



WORTPROTOKOLL

**der 57. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Mittwoch, 16. Dezember 2009

10.13 Uhr - 15.39 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 9106)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 241 der Abgeordneten Ilse Benkö an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend die Einstellung begünstigter Behinderter nach dem Behinderteneinstellungsgesetz

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9107)

Zusatzfragen: Ilse Benkö (S. 9107 u. S. 9108), Johann Tschürtz (S. 9108), Maga. Margarethe Krojer (S. 9108) und Mag. Werner Gradwohl (S. 9109)

Anfrage Nr. 239 des Abgeordneten Christian Sagartz, BA, an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend die derzeitige Zusammenarbeit zwischen LSR und LSV

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9110)

Zusatzfragen: Christian Sagartz, BA (S. 9110 u. S. 9111), Mag. Josko Vlasich (S. 9112) und Norbert Sulyok (S. 9113)

Anfrage Nr. 242 des Abgeordneten Christian Sagartz, BA, an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in den Jahren 2007 und 2008

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9114)

Zusatzfragen: Christian Sagartz, BA (S. 9115 u. S. 9115) und Maga. Margarethe Krojer (S. 9116)

Anfrage Nr. 244 des Abgeordneten Mag. Josko Vlasich an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Steindl, wie viele Flüchtlinge im Burgenland seit 1.1.2008 um humanitäres Bleiberecht im Burgenland angesucht haben

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 9117)

Zusatzfragen: Mag. Josko Vlasich (S. 9118 u. S. 9118), Anna Schläffer (S. 9119), Johann Tschürtz (S. 9119) und Maga. Margarethe Krojer (S. 9119)

Anfrage Nr. 246 der Abgeordneten Doris Prohaska an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend politische Werbung in Schulen

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9120)

Zusatzfragen: Doris Prohaska (S. 9121 u. S. 9122), Maga. Margarethe Krojer (S. 9123) und Christian Sagartz, BA (S. 9123)

Anfrage Nr. 245 des Abgeordneten Mag. Josko Vlasich an Landesrat Dr. Peter Rezar, wie viele der im Rahmen der Grundversorgung im Burgenland betreuten AsylwerberInnen ihren Asylantrag vor dem 1.5.2004 gestellt haben

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Peter Rezar (S. 9124)

Zusatzfragen: Mag. Josko Vlasich (S. 9124 u. S. 9124), Maga. Margarethe Krojer (S. 9125), Johann Tschürtz (S. 9125) und Ing. Rudolf Strommer (S. 9126)

Anfrage Nr. 247 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landesrätin Mag. Michaela Resetar betreffend die Tourismuswirtschaft im Jahr 2009

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 9127)

Zusatzfragen: Ing. Rudolf Strommer (S. 9128 u. S. 9129), Walter Temmel (S. 9129), Mag. Josko Vlasich (S. 9130) und Josef Loos (S. 9130)

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung (Zahl 19 - 864) (Beilage 1384)

Begründung der Dringlichkeit (S. 9131)

Redner: Maga. Margarethe Krojer (S. 9139), Johann Tschürtz (S. 9145), Ing. Rudolf Strommer (S. 9148) und Robert Hergovich (S. 9154)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 9159)

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftsförderung (Zahl 19 - 866) (Beilage 1386)

Begründung der Dringlichkeit (S. 9160)

Redner: Christian Sartz, BA (S. 9162), Mag. Georg Pehm (S. 9167) und Maga. Margarethe Krojer (S. 9175)

Annahme des Dringlichkeitsantrages (S. 9176)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 9106)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 13 Minuten

Präsident Walter Prior: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich er öff n e die 57. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 56. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin Andrea Gottweis: Einlauf für die 57. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Mittwoch, dem 16. Dezember 2009.

Dringlichkeitsanträge sind eingelangt

1. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung (Zahl 19 - 864) (Beilage 1384) und
2. der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftsförderung (Zahl 19 - 866) (Beilage 1386)

weilers ist der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem die XIX. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages vorzeitig beendet wird (Zahl 19 - 865) (Beilage 1385), eingelangt.

Präsident Walter Prior: Danke Frau Schriftführerin. Den selbständigen Antrag Zahl 19 - 865, Beilage 1385, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung, Zahl 19 - 864, Beilage 1384, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung.

Um die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftsförderung, Zahl 19 - 866, Beilage 1386, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT im Anschluss an die Behandlung des Dringlichkeitsantrages Zahl 19 - 864, Beilage 1384.

Von den Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen ist ein Verlangen gemäß § 54 Abs 2 GeOLT auf Einberufung einer Landtagssitzung zum raschest möglichen Zeitpunkt eingelangt.

Das Verlangen ist gehörig unterstützt. Ich setze daher die Landtagssitzung für Montag, den 21. Dezember 2009, 10.00 Uhr fest.

Die Einladungen dazu werden rechtzeitig ergehen.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Fragestunde

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Walter Prior: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 17 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Ilse Benkö an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Ilse Benkö um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Inwieweit erfüllt das Land Burgenland als Dienstgeber seine Verpflichtungen betreffend die Einstellung begünstigter Behinderter nach dem Behinderteneinstellungsgesetz?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Hohes Haus! Es war in der Vergangenheit tatsächlich so, dass das Land Burgenland als Dienstgeber seine Verpflichtung betreffend die Einstellung begünstigter Behinderter nach dem Behinderteneinstellungsgesetz nicht erfüllt hat.

Wir haben zum Beispiel im Jahr 2002 85.000 Euro an Ausgleichszahlungen leisten müssen.

Wir haben dann im Jahr 2003 noch 74.000 Euro an Ausgleichszahlungen leisten müssen.

Aber seit August 2006 wird die Gesamtzahl erreicht, beziehungsweise überschritten und es erfolgte nun keine Vorschreibung von Ausgleichszahlungen durch das Bundessozialamt.

Der Rückgang der Ausgleichszahlungen seit dem Jahr 2000 und die Erreichung der Gesamtpflichtzahl ist natürlich auf die Erhöhung der Anzahl begünstigter Behinderter in der Landesverwaltung zurückzuführen und auch auf die Einstellung von Personen mit schweren Behinderungen, sodass seit dem Jahr 2007/2008, auch 2009 keinerlei Zahlungen zu leisten gewesen sind.

Also doch 85.000 Euro im Jahr 2002 und jetzt keine Ausgleichszahlungen, weil wir eine entsprechende Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von Personen, beschäftigen, die den Begünstigtenstatus haben.

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Inwieweit werden die Quoten bei Beteiligungen des Landes erfüllt?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Diese Quoten werden so berechnet wie sie im Gesetz vorgesehen sind. Es sind über 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die diese Quoten berechnet werden.

Es sind zum einen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, es sind zum anderen die Pädagoginnen und Pädagogen, es sind zum Dritten, und da bin ich auch beim ausgegliederten Bereich von der KRAGES, das sind jene Bereiche, die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu berechnen sind.

Und über diese Einrichtungen gerechnet, haben wir diesen Wert überschritten und damit keine Ausgleichszahlungen zu bezahlen und soweit ich informiert bin, wird auch im ausgegliederten Bereich der KRAGES diese Quote erreicht beziehungsweise überschritten.

Wo wir sie nicht erreichen, das muss man auch dazu sagen, das wird aber gegenverrechnet, ist es bei den Lehrerinnen und Lehrern. Da gibt es auch keine entsprechende Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern.

Aber hier haben wir in einem größeren Ausmaß im Bereich des Landes, des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, aber auch im KRAGES-Bereich das so deutlich überschritten, dass wir hier auch jenen Bereich der Pädagoginnen und Pädagogen gegenrechnen können.

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie hoch ist die Gesamtanzahl?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben Dienstnehmer - Land, Lehrer und KRAGES -, was ich vorher richtig im Kopf gehabt habe, ich habe gesagt, von über 6.000, es sind genau, schwankend zwischen 6.281 und 6.349. Die zu erfüllende Zahl sind 242 bis 245 und diese Zahl wird auch erfüllt.

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben das im Gesamten jetzt berechnet.

Gibt es eine Statistik im Landhaus und in den Bezirkshauptmannschaften, wie viele Behindertenarbeitsplätze wir weniger besetzt haben, im Landhaus und in den Bezirkshauptmannschaften?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Detailliert auf die einzelnen Dienststellen haben wir diese Statistik nicht, aber es ist zusammenfassend so, dass wir diese Statistik beim Amt der Burgenländischen Landesregierung erfüllen.

Also Land erfüllt sie, die KRAGES erfüllt sie auch, die Landeslehrer erfüllen diese Quote nicht.

Aber für jede einzelne Dienststelle haben wir die Statistik jetzt nicht ausgewertet, sondern das wird eben dem Bund in dieser vorgesehenen Form auch gemeldet, übermittelt.

Und der Bund schreibt dann etwaige Ausgleichszahlungen vor oder nicht vor. Und da sind wir immerhin von 85.000 Euro in der Vergangenheit auf Null zurückgefahren, weil wir hier diese Einstellungen in einem größeren Ausmaß vorgenommen haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Maga. Krojer.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Inwieweit erfüllt das Land Burgenland als Dienstgeber seine Verpflichtungen, die Frauenförderpläne in Führungsfunktionen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! So wie wir in den letzten Jahren bei den Menschen mit Behinderungsstatus diese Quote erreicht haben und hier deutlich an Einstellungen in diesem Bereich zugenommen haben, haben wir auch im Bereich der Frauenquote, wo wir ja auch in der Vergangenheit darüber diskutiert haben, was können wir tun, damit mehr Frauen in Führungspositionen kommen, damit mehr Frauen auch in den Landesdienst kommen?

Ich darf Ihnen mitteilen, dass es auch hier seit dem Jahr 2000 sehr positive Veränderungen gibt. Seit der Zeit seit ich Landeshauptmann bin, haben wir im A-Bereich um elf Prozent mehr Frauen, also im qualifizierten Bereich. Im B-Bereich haben wir um 6,5 Prozent mehr Frauen, wir haben im C-Bereich ein Plus von 12,7 Prozent mehr Frauen und im D-Bereich ist es eher rückläufig.

Also wir haben einen deutlichen Anstieg im A, B und C-Bereich an weiblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wir haben im gesamten Bereich, wenn ich wieder Landesverwaltung, Landeskrankenanstalten, Landeslehrer rechne, einen Anteil von 65 Prozent Frauen, von 35 Prozent Männer.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass auch seit diesem Jahr 2000 wichtige Führungspositionen mit Frauen besetzt wurden. Die Frau Dr. Waniek-Kain erst kürzlich - die Leiterin Hauptreferat Sozialwesen, die Frau Dr. Handl-Thaller - Leiterin Stabsstelle Verfassungsdienst, die Frau Mag. Lämmermayr - Generalsekretärin, die Frau Mag. Windisch - Hauptreferatsleiterin Agrarrecht, Frau Mag. Edelbauer - Leiterin Abteilung 1, Frau Dr. Auer - Bezirkshauptfrau, Frau Mag. Fleischhacker - Konsumentenschutz, alles weibliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hervorragend arbeiten und Spitzenpositionen verdient haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Gradwohl.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Ein wesentliches Problem, Herausforderung, in diesem Bereich bei den Behinderten sind die unterschiedlichen Standards in den einzelnen Bundesländern.

So sind also bei manchen Fällen einzelne Bundesländer besser dran als andere. Der jetzt eremitierte Behindertenanwalt Haupt hat gestern im Standard artikuliert, dass beispielsweise das Burgenland in einem Bereich ganz schlecht dran ist, nämlich das Burgenland hat keinen einzigen Behinderten- beziehungsweise Gebärdendolmetsch.

Sind Sie bereit, dieses Manko abzustellen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Problem, das Sie angesprochen haben, wird erstmals hier artikuliert und selbstverständlich werden wir uns das Problem anschauen, soweit es eines ist, und wir werden, wenn wir Defizite haben, so wie wir das einerseits bei der Behinderteneinstellung gemacht haben, wie wir das andererseits bei der Beschäftigung der Frauen beziehungsweise Besetzung von Frauen in Führungspositionen gemacht haben und diese Probleme versucht haben, in den Griff zu bekommen, werden wir auch dieses Problem aufgreifen, das ich jetzt das erste Mal höre.

Wir werden darüber diskutieren, inwieweit wir im Burgenland hier Defizite haben und wie das zu beheben ist. Ob das notwendig ist, ich glaube, da muss man darüber einmal grundsätzlich diskutieren, aber es ist noch nie, sage ich zumindest an mich herangetragen worden, dass das ein Problem ist.

Aber wenn es eines ist, dann ist das Problem auch zu lösen. Wenn es notwendig ist, werden wir das tun. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Sagartz, BA an Herrn Landeshauptmann Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Sagartz, BA um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Burgenländische Landesschülervertretung (LSV) als gesetzlich verankerte Interessensvertretung der Schülerinnen und Schüler hat gemäß Schülerversetzungs-gesetz Anspruch auf organisatorische Unterstützung und Ersatz von Sacherfordernissen durch den Landesschulrat.

Wie beurteilen Sie als Schulreferent in der Burgenländischen Landesregierung die derzeitige Zusammenarbeit zwischen LSR und LSV?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in der Vergangenheit darauf gesetzt, dass die Schüler mit den entsprechenden Vertretern des Landesschulrates zusammenarbeiten, dass sie versuchen, diese Probleme in Form eines Dialogs auch zu lösen.

Es stehen der Schülerversetzungs-gesetz immer 70.000 bis 75.000 Euro zur Verfügung. Das sind Gelder der Steuerzahler, das sind öffentliche Gelder, die nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu verwenden und einzusetzen sind.

Der Bund stellt diese Gelder zur Verfügung und es wurde im März 2009 - und das ist das Problem, das Sie wahrscheinlich ansprechen wollen - von der Schülerversetzungs-gesetz ein Seminar im Seehotel Rust abgehalten, ohne vorige Kontaktaufnahme mit dem Landesschulrat, ohne Abklärung der Kostenübernahme.

Dieses Seminar wurde zwar unter dem Deckmantel der Landesschülerversetzungs-gesetz abgehalten, Informationen des Landesschulrates zufolge handelte es sich ausschließlich um ein parteipolitisch motiviertes Seminar zur Vorbereitung auf die Schülerversetzungs-gesetz wahlen im Juni 2009.

Die Kosten beliefen sich auf 2.900 Euro und ich glaube, es ist natürlich selbstverständlich, dass parteipolitische Seminare nicht mit öffentlichen Geldern bezahlt werden können.

Deswegen hat der Landesschulrat auch darauf aufmerksam gemacht und hat diese Veranstaltung nicht bezahlt.

Ich denke, wir sollten uns einig sein, dass Parteipolitik in den Schulen nichts zu suchen hat.

Das war in der Vergangenheit so, soll jetzt so sein und wird mit Sicherheit auch in der Zukunft so sein, auch wenn manche ÖVP-Vizebürgermeisterinnen in den letzten Tagen Werbematerialien der ÖVP in Schulen verteilt haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Ein Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie wissen, dass das, was Sie gerade gesagt haben, der Unwahrheit entspricht. Dieses Seminar hat stattgefunden. Es wurde so abgewickelt, wie all diese

Jahre zuvor. Dies wird jetzt sogar eingeklagt. Am 14.12. ist eine Klage an das Bundesministerium für Unterricht ergangen.

Sie wissen das auch wahrscheinlich, dass Ihr Landesschulratspräsident hier die Schülervertretung blockiert.

Wie können Sie zulassen, dass ein parteipolitisch motivierter Referent des Landesschulratspräsidenten hier die Vertretung der Landesschülervertreter blockiert und parteipolitisch vereinnahmt?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon gesagt, dass ich der Überzeugung bin, dass keine Parteipolitik in den Schulen gemacht wird. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Da sind wir einer Meinung, Herr Landeshauptmann. Aber was sagen Sie zum Thomas Plank, der hier agiert, als wäre er ein Parteisekretär? Das war die Frage. – Abg. Robert Hergovich: Das ist eine infame Unterstellung. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass Parteipolitik in den Schulen nichts zu tun hat. Ich unterstelle Ihnen, dass Sie Parteipolitik in die Schule tragen werden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das hat doch nicht in der Schule stattgefunden. Das war doch woanders.)*

Das ist ebenso abzulehnen, wie die Aktion Ihrer Vizebürgermeisterin in Weingraben, die mit Werbematerialien der ÖVP in die Schule gegangen ist. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das war ganz woanders. - Abg. Christian Sagartz, BA: Herr Landeshauptmann! Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen.)*

Sie instrumentalisieren die Schüler für Parteipolitik. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Lassen Sie das sein, dass war vor Ihnen alles in Ordnung. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das war ganz woanders. Keine Antwort.)*

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen.

Das eine halte ich nicht für gut, das andere allerdings auch nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Der Vorgänger von Landesschulratspräsidenten Resch, Dr. Krutzler, hat das ganz anders gesehen.

Der hatte noch eine parteipolitische Auffassung, die Ihrer nicht entspricht. Sie wissen, dass das Landesschulratsbudget nur 6.000 Euro umfasst. Die Kosten, die Sie eingerechnet haben, sind nicht nachvollziehbar und stehen den Jugendlichen auch nicht zur Verfügung.

Wie können Sie, trotz dieser Einsparungen, die mit Schülerbeihilfen gerechtfertigt wurden, was allerdings lächerlich ist, denn ein Anstieg der Schülerbeihilfe kann nicht zur Kürzung des LSV-Budgets führen, diese Einschränkung des Budgets der Landesschülervertreter, vor allem im Lichte dessen, dass sehr viele Schüler hier anwesend sind, die vielleicht nachdenken werden, wie Sie mit Ihrer gesetzlichen Vertretung umgehen, rechtfertigen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Herr Abgeordneter! Diese Schüler, die hier anwesend sind, sollen sich ein Bild darüber machen, dass Sie

Parteilpolitik in die Schule tragen, was, laut Gesetz, abzulehnen ist. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Die Schülervvertretung, Herr Landeshauptmann ist nicht die Schule.)*

Entschuldigung! Wenn Sie mich unterbrechen, dann kann ich Ihnen keine Antwort geben. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Das haben Sie bei den letzten zwei Anfragen auch gemeint.)*

Eine gute Schule sollte auch daran erkennbar sein, dass man zuhört, wenn man Fragen stellt. Insofern ersuche ich Sie, mir zuzuhören. Sie haben die Frage gestellt und ich antworte Ihnen. Sie können gerne wieder eine Frage stellen und ich antworte Ihnen wieder. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das kann er eben nicht mehr.)* Das ist auch eine gute Schule.

Ich bin überzeugt davon, dass Sie diese gute Schule haben.

Noch einmal: Ich finde es nicht für gut, dass Parteilpolitik in die Schulen getragen wird. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Da sind wir uns einig, Herr Landeshauptmann.)*

Ich halte es aber schon für überhaupt nicht gut, wenn junge Leute in Richtung einer Partei instrumentalisiert werden, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Da sind wir uns, wie gesagt, einig.)* so, wie Sie das machen.

Es wurde das Budget in Summe nicht gekürzt, sondern, es hat vom Jahr 2007 bis zum Jahr 2009 einen Anstieg der Schülerunterstützung gegeben von 40.000 auf 62.000 Euro. Von 40.000 auf 62.000 Euro für Schülerunterstützung ist ein deutlicher Anstieg.

Es werden jene Schüler dankbar sein, die diese Unterstützung in einem verstärkten Ausmaß bekommen. Dass Sie allerdings Parteilpolitik in die Schule tragen wollen, das lehne ich entschieden ab und dagegen werde ich auch mit aller Konsequenz vorgehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Vlasich.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Landeshauptmann! Die Schülervvertretung ist eine ganz wichtige demokratiepolitische Einrichtung, die natürlich finanzielle Ressourcen dafür benötigt.

Während Sie sich auf der einen Seite aus öffentlichen Mittel freiwillig einen zweiten Landesschulratspräsidenten leisten, wollen Sie auf der anderen Seite die Landesschülervvertretung die finanziellen Mittel entziehen.

Warum messen Sie mit zweierlei Maß?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon gesagt, dass ich dafür bin, dass die Bezirksschulräte, aber auch der Landesschulrat abgeschafft werden und eine Bildungsdirektion eingeführt wird. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier soll es eine schlanke Verwaltung geben, wo Dienstposten in Zukunft nicht nachbesetzt werden und eingespart wird. Im Zuge der Bildungsdirektion ist auch darüber zu befinden, ob ein zweiter Landesschulratspräsident auch tatsächlich notwendig ist.

Ich hoffe, dass im Zuge der Verwaltungsreform der Bund möglichst bald die gesetzlichen Bestimmungen so ändert, dass diese Bildungsdirektionen mit einer schlanken Verwaltung und mit Ersparnissen im Verwaltungsbereich kommen.

Ich bin auch dafür, dass die entsprechenden Mittel den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden. Das ist überhaupt keine Frage, aber, ich bin strikt dagegen, dass man junge Menschen parteipolitisch motiviert und teilweise auch noch aufhetzt. Das ist ein Stil, den ich nicht haben will. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sulyok.

Abgeordneter Norbert Sulyok (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Laut Profil hat das Burgenland die teuerste Schulverwaltung. Der Amtsführende Präsident des Landesschulrates für Burgenland hat zwei Chauffeure, persönliche Referenten, Büroleiter und so weiter.

Wann schaffen Sie diese Luxusausstattung für den geschäftsführenden Präsidenten ab? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Einen zweiten Vize gibt es doch nicht.)*

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ihr löst doch auf.)*

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben auf etwas vergessen, was der Abgeordnete Vlasich gesagt hat, nämlich, was mit dem Vizepräsidenten ist. Schaffen wir den Präsidenten ab und lassen den Vizepräsidenten? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wer löst denn den Landtag auf und lässt uns nicht mehr darüber diskutieren? Wer?)* Sie machen den dritten Schritt vor dem ersten.

Insofern ist auch Ihre Frage entsprechend zu verstehen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Sie sind doch nicht mehr gesprächsbereit, Herr Landeshauptmann.)*

Den Präsidenten gibt es in jedem Land. Der Präsident hat jene Dienstposten, die ihm vom Bund von jeher zugestanden werden. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Außer in Oberösterreich.)*

Entschuldigung! Die gute Schule heißt: Jemanden ausreden lassen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Außer, wie schon gesagt, in Oberösterreich, Herr Landeshauptmann. - Abg. Mag. Georg Pehm zu Abg. Christian Sagartz, BA: Er ist halt ein Störenfried! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Er ist kein Störenfried! Er soll nur sagen wie es ist. - Abg. Norbert Sulyok zu Abg. Mag. Georg Pehm: Du bist ein „Paktler“! - Abg. Christian Sagartz, BA: Außer in Oberösterreich, Herr Landeshauptmann. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen - Abg. Norbert Sulyok zu Abg. Mag. Georg Pehm: Du bist ein „Oberpaktler“!)*

Der Präsident bezahlt für sein Auto einen entsprechenden Beitrag, so, wie das auch bei Regierungsmitgliedern der Fall ist. Der Präsident hat sicherlich nicht mehr Dienstposten, als ihm von Seiten des Bundes zugestanden wird. Aber, im Zuge der Einsparungen, die wir in Zukunft haben werden, werden wir natürlich auch im Landesschulrat die entsprechenden Einsparungen umsetzen.

Das ist überhaupt keine Frage, dass in der Verwaltung gespart wird, damit im Unterricht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. *(Abg. Johann Tschürtz: Fünf vor zwölf ist es.)* Das Land Burgenland gibt, zum Beispiel, pro Volksschulkind das meiste Geld aus.

Da sind wir österreichweit an der Spitze. Wir haben die zweithöchste Maturantenquote und das modernste Bildungssystem Österreichs. Das muss auch einmal gesagt werden.

Insofern haben wir sehr gute Rahmenbedingungen und das Schulwesen im Burgenland lasse ich mir von niemandem schlechtreden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Christian Sagartz, BA, an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche konkreten Initiativen hat das Land Burgenland im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in den Jahren 2007 und 2008 gesetzt?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Land Burgenland hat in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die teilweise in Koordination mit den zuständigen Bundesstellen, teilweise aber auch in Koordination mit den jeweiligen österreichischen Bundesländern umgesetzt wurden.

Es ist diese Zusammenarbeit auch hin und wieder Gegenstand der Landeshauptleutekonferenz, wo in koordinierter Vorgangsweise dann festgelegt wird, welche Schwerpunkte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die einzelnen Bundesländer tatsächlich setzen.

Das geschieht natürlich auch im Blickfeld der Finanzstärke und der Größe der Einwohnerzahl. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf hier ein Beispiel herausgreifen, denn besonders im Bereich der Tsunamihilfe in Sri Lanka hat es diese koordinierte Vorgangsweise gegeben.

Das war, wenn man sich zurückerinnert, eine der schrecklichsten Katastrophen, die es weltweit gegeben hat. Es hat auch dazu die entsprechenden Besprechungen der Landeshauptleute gegeben. Es wurde geschätzt, dass 40.000 Menschen ums Leben gekommen sind, dass viele Hunderttausende obdachlos geworden sind.

Da hat das Land auch in diesem Zeitraum, den Sie erwähnt haben, so, wie andere Bundesländer, die allerdings in einem noch größeren Ausmaß, wesentliche Beiträge geleistet. Aber, man muss immer die Relation der Einwohner von Niederösterreich, Wien, der Steiermark und auch von Kärnten zum Burgenland sehen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aufgrund unserer Größe haben wir auch für den Ausbau und Aufbau in Sri Lanka unseren Beitrag geleistet.

Wir haben auch das Bundesland Oberösterreich bei der Errichtung eines gemeinsamen Begegnungszentrums dreier Dörfer mit verschiedenen Ethnien mitunterstützt.

Wir haben auch PaN – den Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften mitunterstützt. Ein Mitarbeiter des Landes ist ehrenamtlich bei diesem Verein tätig. Wir haben auch, zum Beispiel, den Herrn Grandits für Entwicklungshilfemaßnahmen in Burkina Faso finanziell unterstützt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben Mag. Payer für seine Aktivitäten in Jemen unterstützt. In dieser koordinierten Vorgangsweise und über internationale Organisationen versuchen wir,

allerdings immer auch im Rahmen unserer Möglichkeiten und auch in Relation zu unserer Größe die entsprechenden Unterstützungen zu ermöglichen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Es gibt auch viele NGOs, die im Burgenland tätig sind. Beispielsweise die Dreikönigsaktion oder der freiwillige Auslandsdienst für junge Menschen, die hier etwas organisieren. Die beklagen, dass es zu wenig Ansprechpartner auf Landesebene und keine Koordinierung gibt.

Glauben Sie nicht, dass es Zeit wäre, auch für das Burgenland hier einen Landesansprechpartner zu installieren?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Land in allen Bereichen Ansprechpartner. Es kommen jede Woche Burgenländerinnen und Burgenländer zu mir. Wir haben in den Bezirkshauptmannschaften entsprechende Sprechtage.

Ich habe in den letzten Monaten sieben Sprechtage von Neusiedl bis Jennersdorf abgehalten, wo bei diesem Sprechtag jeweils dutzende Burgenländerinnen und Burgenländer gekommen sind.

Wir, die Regierungsmitglieder, die Kolleginnen und Kollegen, haben jeden Dienstag Sprechtage, wo viele Burgenländerinnen und Burgenländer zu uns ins Landhaus kommen. Ich denke, dass jeder Burgenländer auch seinen Sprechtagstermin bekommt, wo diese Probleme besprochen werden können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich mir zusammenrechne, mit wie viel Burgenländern ich im Jahr 2009 bei Sprechtagsterminen beisammen war, dann war das eine ganze Menge. Ich habe zwar keine aktuelle Statistik, ich werde sie mir aber erstellen lassen und kann Ihnen dann bei der nächsten Fragebeantwortung sagen, wie viele Hundert Leute das waren, die bei meinem Bezirkssprechtag waren, wie viele bei meinen Sprechtagen hier im Land waren, wo wir versucht haben, Probleme zu lösen.

Es ist uns vielleicht nicht überall gelungen, weil niemand ein Zauberer ist, aber, wir haben in vielen Bereichen helfen können. Wenn es Probleme hier in irgendeiner Form gibt, dann sind wir und ich natürlich auch bereit, ein Gespräch zu führen und nach Möglichkeit jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die notwendig sind.

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt habt Ihr gar nicht applaudiert.)*

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Ich denke, Sie kennen die Intention meiner Frage. Es ist einfach so, dass es auf Landesebene viele Vertreter gibt. Es gibt regelmäßige Koordinierungstreffen der Bundesländer und das Land Burgenland ist immer unterschiedlich vertreten.

Einmal durch den Herrn Hofrat Böcskör, einmal durch den Hofrat Pinczolits, einmal durch eine Frau Novosel. Da ist keine kontinuierliche Zusammenarbeit auf Bundesländerebene möglich.

Das ist die konkrete Frage. Ich bitte Sie hier um eine konkrete Antwort.

Werden Sie bereit sein, einen beamteten Ansprechpartner für diese Organisation zur Verfügung stellen, um nicht Kraut und Rüben walten zu lassen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist Ihre Meinung, die grundsätzlich falsch ist. Warum ist sie grundsätzlich falsch? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist die Meinung von Betroffenen, Herr Landeshauptmann. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Genau!)*

Weil wir immer die Fachkräfte schicken. Wenn es um Sicherheit geht, dann ist der Herr Dr. Böckör anwesend. *(Ein Zwischenruf des Abgeordneten Christian Sagartz, BA.)* Wenn es um Raumplanung geht, dann ist die Frau Maga. Novosel verantwortlich. Wenn es um einen anderen Bereich geht, ist eine andere Expertin oder ein Experte anwesend.

Das heißt unsere Anwesenheit richtet sich ... *(Abg. Christian Sagartz, BA: Die Entwicklungszusammenarbeit ist doch ein Thema, Herr Landeshauptmann! Ich bitte Sie wirklich. Das ist doch jetzt lächerlich.)*

Ihre Fragen sind lächerlich! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Warum? - Abg. Christian Sagartz, BA: Die betroffenen Organisationen werden sich, Herr Landeshauptmann, über Ihre Antwort freuen. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Fragen, die ein Mandatar stellt, kann man doch hier nicht als lächerlich qualifizieren. Na, soweit kommt es noch! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. - Abg. Christian Sagartz, BA: Noch einmal: Die betroffenen Organisationen werden sich über Ihre Antwort freuen. Werden sich sicher freuen.)*

Ich lasse mir doch nicht von Ihnen das Wort verbieten. Er unterbricht ständig und dann passen ihm nicht die Antworten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Sagartz, BA: Die betroffenen Organisationen werden sich freuen.)*

Schlechte Schule! *(Abg. Christian Sagartz, BA: Habe anscheinend nicht so einen guten Direktor gehabt, wie Sie einer sind. - Abg. Matthias Weghofer: Nur nicht nervös werden.)*

Ich sage es noch einmal: Wir schicken die entsprechenden Experten dort hin. Das haben wir in der Vergangenheit so gemacht und das machen wir auch in Zukunft.

Unsere Fachkräfte sind bei den entsprechenden Besprechungen dabei. Von Ihnen lasse ich mir das sicherlich nicht vorschreiben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Maga. Krojer. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist so entlarvend! Die werden sich sicher freuen.)*

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Fair Trade garantiert, dass ProduzentInnen in den Entwicklungsländern einen fairen Preis für Ihre Produkte erhalten.

Inwieweit berücksichtigt das Land beim Einkauf Fair Trade Produkte, zumindest bei jenen Produkten, die nicht in unserer Region hier wachsen, wie zum Beispiel Kaffee oder ähnliches?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir versuchen, in den vielen Einrichtungen des Landes burgenländische Produkte einzusetzen, vor allem auch Bioprodukte einzusetzen.

Das haben wir auch schon einige Male besprochen, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das war nicht die Frage!)* dass es uns ein großes Anliegen ist, dass vor allem burgenländische Produkte gekauft werden, dass die Wertschöpfung im Burgenland bleibt, dass Bioprodukte verwendet werden.

Dabei haben wir den Anteil in den letzten Jahren auch deutlich steigern können. Diese regionalen Produkte, denke ich, und das ist auch gut so, dass die im Burgenland verwendet werden.

Wir ermöglichen mit Fair Trade Produkten auch Verkaufsmöglichkeiten hier im Landhaus und auch da gibt es immer wieder die Möglichkeit, entsprechende Produkte zu kaufen beziehungsweise zu erwerben.

Insofern haben wir auch hier im Landhaus die Möglichkeit geschaffen, dass alle Bediensteten, dass alle Anwesenden, (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das war nicht die Frage.*) das eine oder andere Mal in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt haben, Fair Trade Produkte auch zu kaufen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das war nicht die Frage! - Abg. Christian Sagartz, BA: Ist wahrscheinlich nicht so wichtig. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Josko Vlasich an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Josko Vlasich um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Ich möchte mich zunächst einmal für meine Stimme entschuldigen. Ich bin heute ein bisschen heiser.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie sind für das Flüchtlingswesen zuständig. Wie viele Flüchtlinge haben seit 1.1.2008 um humanitäres Bleiberecht angesucht? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vorausschicken möchte ich, dass Anträge auf ein humanitäres Bleiberecht rechtlich erst seit dem 1. April 2009 durch eine Novelle des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes möglich sind. Davor war die Zuerkennung von Amts wegen möglich.

Nun aber zu Ihrer Frage. Flüchtlinge können keinen Antrag stellen. Deswegen, weil der Flüchtlingsstatus bereits ein Aufenthaltsrecht umfasst.

Was Sie wahrscheinlich meinen, ist der Asylwerber, also Personen, deren Asylverfahren noch läuft. Hier ist die Rechtslage so, dass diese Anträge bei der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft oder beim Magistrat eingereicht werden.

Der Antrag wird dann an die Sicherheitsdirektion weitergeleitet, die eine für die Behörde verbindliche Rechtsmeinung mitteilt. Dann gibt es entweder eine Ablehnung oder eine Erteilung.

Wenn man sich jetzt die Ansuchen im Burgenland vor Augen führt, dann gab es bei der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung zehn Ansuchen, bei der Bezirkshauptmannschaft Güssing sechs, bei der Bezirkshauptmannschaft Jennersdorf kein Ansuchen, bei der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg sechs, bei der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See ein, bei der Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf zwei, bei der Bezirkshauptmannschaft Oberwart 18, beim Magistrat Eisenstadt ein und beim Magistrat Rust wiederum kein Ansuchen.

In Summe sind das 44 Ansuchen. Von diesen 44 Ansuchen auf humanitäres Bleiberecht sind bereits sieben Ansuchen positiv erledigt worden. Kein einziges noch negativ. 37 Ansuchen sind noch offen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Diese Zahlen sind natürlich sehr interessant, dass man erstmals so etwas hören kann. Wir hatten vor kurzem einen Fall in Wolfau, wo es um einen Bleiberechtsantrag gegangen ist, der negativ behandelt wurde.

Ich möchte Sie fragen: Welche Kriterien muss ein Asylwerber erfüllen, damit er im Burgenland das Bleiberecht bekommen kann?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Kriterien können Sie natürlich aus den gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien genau herauslesen. Als Exekutivorgan und Regierungsmitglied der Burgenländischen Landesregierung halte ich mich strikt an die Vorgaben des Burgenländischen Landtages.

Sie wissen, dass es am 19. November Anträge gab, die im Burgenländischen Landtag diskutiert und letztendlich dann auch beschlossen wurden. Der Entschließungsantrag betreffend die menschenrechtskonforme Vollziehung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes hat drei Punkte. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

- Die Burgenländische Landesregierung möge sich einsetzen oder wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung einzusetzen, dass die bestehenden Bleiberechtsregelung entsprechend dem dazu korrespondierenden Verfassungsgerichtshofurteil vollzogen werden.
- Dass Asylverfahren in den gesetzlich vorgesehenen Fristen abgewickelt werden.
- Dass diese Verfahren rasch vollzogen werden.

Dieser Antrag, Herr Abgeordnete, ist im Kollegialorgan der Burgenländischen Landesregierung gestern bei der Regierungssitzung behandelt und auch beschlossen worden. Schlussendlich wird er weitergeleitet.

An diese Vorgaben halte ich mich selbstverständlich als Landeshauptmann-Stellvertreter. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo! - Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Da muss ich Ihnen allerdings schon widersprechen, denn es gibt ganz eindeutige Vorgaben, die hier im Burgenland bei einem Niederlassungsantrag nicht berücksichtigt wurden.

Ich frage Sie noch einmal: Ist für Sie eine Person, die mehr als fünf Jahre im Burgenland lebt, unbescholten ist, einen Arbeitsplatzstellungszusage hat, in einem Dorfverein Fußball spielt, in einem Theaterverein mitspielt und perfekt deutsch spricht im Burgenland integriert oder nicht?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Herr Abgeordneter! Ich kenne diesen Fall, den Sie ansprechen. Ich versuche auch als Regierungsmitglied, wo es das Gesetz erlaubt, in vielen Bereichen sehr human vorzugehen.

Auch was, zum Beispiel, die Staatsbürgerschaft anbelangt, versuche ich immer wieder hier die rechtlichen Möglichkeiten auszuloten und diese Beschlüsse in der Landesregierung herbeizuführen.

Nochmals: Ich kann nicht mehr sagen, als dass ich mich als Regierungsmitglied an die gesetzlichen Vorgaben halte und an das, was mehrheitlich der Landtag der Landesregierung und ihr als Exekutivorgan vorgibt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Anna Schläffer.

Abgeordnete Anna Schläffer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Wie beurteilen Sie als zuständiger politischer Referent, die von Frau Innenminister Fekter vorgegebenen Richtlinien beziehungsweise gesetzlichen Bestimmungen für die Anwendung des humanitären Bleiberechts? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Positiv!)*

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Frau Abgeordnete! Ich beurteile diese Richtlinien positiv. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Johann Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es gibt noch immer kein Erneuerungsverbot. Das heißt, jedes Mal wenn jemand um Asyl ansucht und nachdem alle Wege durchgeschritten sind und es vergeht ein Jahr, kann er wieder mit einem neuen Grund um Asyl ansuchen, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das stimmt doch nicht.)* weil er sagt: Eigentlich habe ich das nicht so gemeint, denn ich habe einen neuen Grund, weil deshalb bin ich hier.

Durch diese Tatsache wird jedes Asylansuchen auf fünf Jahre verzögert. Jetzt gibt es ein humanitäres Bleiberecht, wo man dann automatisch nach fünf Jahren ein Bleiberecht bekommt.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Halten Sie das für in Ordnung und können Sie sich vorstellen, dass - ich weiß schon, dass es keine zwei Fragen geben darf, aber: Können Sie sich ein Erneuerungsverbot vorstellen? *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das stimmt doch nicht.)*

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Herr Abgeordneter! Es wird immer wieder Fälle geben, die nicht zwingend in eine Norm passen. Daher halte ich die derzeit bestehenden gesetzlichen Regelungen für ausreichend. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Im Niederlassungsgesetz, wo Sie uns offensichtlich sagen, dass wir es lesen sollen, damit wir erkennen, was dort steht, sind die Kriterien für eine Niederlassungsbewilligung klar definiert. Es sind dies genau diese Kriterien, die die Familie in Wolfau erfüllt.

Nämlich, sie sprechen perfekt deutsch, sie sind unbescholten, sie haben eine Arbeitsplatzzusage und sie sind in den Vereinen integriert. Die Schule, die Schuldirektoren sprechen im höchsten Lob von den Kindern. Ein Kind ist hier geboren, das kann überhaupt nur deutsch.

Warum haben Sie, obwohl sie alle Kriterien im Niederlassungsgesetz erfüllt haben, trotzdem keine Niederlassungsbewilligung erhalten?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Frau Abgeordnete! Dass Sie die Gesetze kennen, von dem gehe ich aus. Das war auch kein Vorwurf. Sondern, ich versuche als Regierungsmitglied mich strikt nach diesen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene zu halten. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nochmals, die Rechtslage ist folgendermaßen: Es werden Anträge bei der Bezirkshauptmannschaft oder beim Magistrat gestellt. Dann wird die Rechtsmeinung der Sicherheitsdirektion eingeholt. Diese ist, meinem Wissen nach, zwingend. Danach entscheidet die Bezirkshauptmannschaft beziehungsweise das Magistrat positiv oder negativ. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall.

Die fünfte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Doris Prohaska an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. Ich bitte daher Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Politische Werbung in Schulen ist sowohl rechtlich unzulässig als auch moralisch abzulehnen. Die Unterlassung politischer Agitation sollte für jede Partei, welche sich zum Grundsatz der politisch neutralen Ausbildung in öffentlichen Bildungseinrichtungen bekennt sowie die Rechte der Kinder achtet, eine Selbstverständlichkeit sein.

Denn Kinder dürfen keinesfalls für parteipolitische Zwecke instrumentalisiert werden.

Dennoch gibt es auch im Burgenland Fälle, in denen elementare, rechtliche und moralische Grundsätze missachtet werden, sei es durch schulfremde Personen, welche auf die Meinungsbildung der Kinder und deren Eltern durch an der Schule verteilte Parteigeschenke Einfluss nehmen wollen oder durch die Duldung solcher Eingriffe durch die Schulleitung.

Wie stehen Sie dazu als Präsident des Landesschulrates für das Burgenland?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Das ist wieder ein Musterbeispiel dafür, wie eine ÖVP-Vizebürgermeisterin in den Schulen Parteiwerbung gemacht hat. Es war tatsächlich so, dass am Freitag, dem 27. November 2009, die Vizebürgermeisterin aus Weingraben, Frau Bernadette Gsertz, von der ÖVP, bei der Direktion der Volksschule Weingraben mit der Absicht vorstellig wurde, einen Adventkalender mit dem Bild des Landeshauptmann-Stellvertreters an die Kinder zu verteilen.

Die Direktorin verwies unter Beisein einer Kindergartenpädagogin auf die gesetzlichen Bestimmungen, wonach derartig parteipolitisch motivierte Aktionen in der Schule verboten sind und daher keine Verteilung möglich ist.

Die Schulleiterin ist mit drei Kindern noch einige Minuten ins Klassenzimmer hineingegangen, sie hatte mit den Kindern noch etwas fertig zu arbeiten, und ging anschließend in den Schulhof, um ihrer Pausenaufsicht nachzukommen.

Dabei bemerkte sie, dass ungeachtet des Verbots und des ausdrücklichen Hinweises, dass hier parteipolitische Werbung vorliegt, und dass man parteipolitische Werbung nicht in der Schule machen darf, dieser Adventkalender von der Frau Vizebürgermeister der ÖVP an die Kinder überreicht wurde und in der Schule zur Verteilung gekommen ist.

Die Bezirksschulaufsicht hat auch versichert, dass alle Direktorinnen und Direktoren, Schulleiterinnen und Schulleiter wissen, dass das natürlich verboten ist. Die Schulleiterin hat das auch vor Zeugen mündlich mitgeteilt. Trotz dieses Hinweises hat die Vizebürgermeisterin hier diese Verteilung vorgenommen und den Kindern den ÖVP-Adventkalender dann auch tatsächlich überreicht.

Genau das ist es, was ich schon eingangs gesagt habe. Das ist Parteipolitik in die Schulen zu tragen. Das ist eindeutig durch Erlässe schon viele Jahre hindurch untersagt. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Es werden alle gleich behandelt, nicht wahr Herr Landeshauptmann?)*

Was wir im Burgenland nicht brauchen, ist Parteipolitik. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wie schon gesagt: Alle werden gleich behandelt oder?)*

Was wir nicht brauchen, ist die Instrumentalisierung von Schülern für Parteipolitik. Was wir nicht brauchen, sind Parteiveranstaltungen, die mit öffentlichen Geldern bezahlt werden sollen.

Wenn man über die Schülervertretung redet, dann darf ich auch sagen, dass die Landesschülervertretung in Oberösterreich im Jahr 2007 für 228.000 Schüler 13.390 Euro bekam, im Burgenland im Jahr 2007, für 37.000 Schüler 6.000 Euro. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ihr werdet noch die zwei letzten Mandate in der Landeschülervertretung verlieren!)*

Pro Schüler bekommt also die Schülervertretung im Burgenland deutlich mehr Geld, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ihr werdet noch die zwei letzten Mandate in der Landeschülervertretung verlieren! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* als in Oberösterreich. Ich denke, dass man damit sieht, dass Ihre ganze Vorgangsweise parteipolitisch fundiert und nicht real nachvollziehbar ist. *(Zwiegespräch zwischen der Abg. Edith Sack und Abg. Christian Sagartz, BA.)*

Das ist Ihre Art Politik zu machen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Ich habe nur nachgefragt. - Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gibt es seitens des Landesschulrates oder des Unterrichtsministeriums Erlässe oder Richtlinien, die den Besuch von politischen Funktionären in Schulen regeln?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist selbstverständlich so, dass es nicht nur entsprechende Gesetze, sondern auch entsprechende Erlässe gibt, da parteipolitische Werbung in der Schule verboten ist.

Es hat sich die Frau ÖVP-Vizebürgermeisterin, aus welchen Gründen auch immer, nicht daran gehalten, das muss so gesagt werden. Es ist auch klar, dass Schulleiterinnen und Schulleiter, die das zulassen, ein Disziplinarverfahren bekommen, sodass sie sich in entsprechender Form natürlich auch rechtfertigen müssen. Das kann bis zur Absetzung des Direktors gehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist auch ganz klar zu sagen. Schüler unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit für Parteipolitik zu missbrauchen, Schülern Parteiwerbung in den Schulen zu geben, das ist alles in entsprechender Form abzustellen. (Abg. Christian Sagartz, BA: *Bei Allen!*)

Da ist natürlich auch rigoros vorzugehen. (Abg. Christian Sagartz, BA: *Aber dann auch bei Allen, Herr Landeshauptmann!*)

Sie sind ein schlechtes Beispiel für die Schüler, (Abg. Christian Sagartz, BA: *Sie sagen heute etwas, was nicht der Wahrheit entspricht.*) denn die benehmen sich sicher besser als Sie. Sie sind ein negatives Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll. (Abg. Christian Sagartz, BA: *Der Lehrer wird es ihnen schon sagen.*)

Ich darf ganz klar sagen, dass bereits der Landesschulrat für das Burgenland im Jahr 1997 per Erlass den Schulbesuch durch politische Funktionäre regelt. Der Landeshauptmann als Präsident des Landesschulrates und der Amts führende Präsident können auch in Abwesenheit eines Beamten des Schulaufsichtsdienstes dem Unterricht einer Schule beiwohnen, sonst niemand.

Die Teilnahme von politischen Funktionären an schulbezogenen Veranstaltungen kann organisiert werden. Es hat eine Einladung zu ergehen. Es ist das auch in entsprechender Form transparent zu machen. Da gibt es Fristen. Zwei Wochen vorher ist das auch dem Landesschulrat zu melden. Der Ablauf ist darzustellen.

Ich bin sehr froh darüber, dass es klare Richtlinien gibt, klare Regeln gibt. Das Letzte was wir im Burgenland brauchen, ist Parteipolitik in die Schulen zu tragen. Das ist abzulehnen, das sage ich noch einmal. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Mai 2005 erging ein Brief vom Landesschulrat an die Schulen aus dem Anlass, weil die Frau Landesrätin Resetar mit DVD's in die Schulen kam.

Wie können Sie gewährleisten, dass auch in zukünftigen Wahlkämpfen so etwas nicht vorkommt?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es hat schon unter dem früheren Präsidenten Dr. Krutzler, unter dem jetzigen Präsidenten Dr. Resch, von früheren Unterrichtsministerinnen, Unterrichtsministern, von der jetzigen Unterrichtsministerin, immer wieder Erlässe gegeben, wie das zu handhaben ist. Das sind ganz klare Vorgaben.

Die Schuldirektorinnen und -direktoren sind wieder aufmerksam gemacht worden, dass sie hier in entsprechender Form agieren müssen. Sie wurden auf die Erlässe aufmerksam gemacht. Sie wurden auf die Gesetze aufmerksam gemacht.

Diese Direktorin hat auch ganz klar gesagt, dass das nicht möglich ist, dass das nicht erfolgen kann. Aber es wurde trotzdem getan. Also es wurde ja aufmerksam gemacht, dass man offensichtlich auch die Leute bis zur Türe begleiten muss, damit sie nicht unterwegs auch noch etwas machen, was nicht den Richtlinien entspricht.

Für mich ist es mehr als verwunderlich, dass eine ÖVP-Vizebürgermeisterin ÖVP-Werbematerial in den Schulen verteilt. Das ist nicht in Ordnung. Dagegen müssen wir natürlich von der Schulaufsicht, von den Leiterinnen und Leitern in entsprechender Form auch Konsequenzen ziehen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Seit „Wählen mit 16“ ist, ist aber auch ganz wichtig geworden, dass gerade auch in den Schulen politische Diskussionen geführt werden, die natürlich in einem Rahmen sein müssen, wo ausgewogen politisch diskutiert werden kann.

Werden Sie jetzt in den nächsten Monaten auch dafür sorgen, dass zum Beispiel solche ausgewogenen politischen Diskussionen stärker stattfinden, auch in den Schulen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich bin hier ganz Ihrer Meinung, dass politische Bildung eigentlich einen größeren und wichtigeren Stellenwert haben sollte, als das jetzt der Fall ist. Es hat auch die Frau Unterrichtsministerin Schmied gerade auch in den letzten Monaten, im letzten Jahr, einige Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung gesetzt.

Ich glaube, es war auch ein Fehler der Politik, ich sage das auch ganz offen, zu sagen ja, es gibt „Wählen mit 16“, aber die politische Bildung - nicht die parteipolitische Bildung, das möchte ich ausdrücklich unterstreichen - die politische Bildung hat in einem entsprechendem Ausmaß in der Schule statt zu finden.

Da sind die entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen von Seiten des Landesschulrates beziehungsweise des Pädagogischen Institutes vorzubereiten, mit möglichst guten Vortragenden. Die Lehrer machen sehr, sehr viele Fortbildungsveranstaltungen.

Das ist alles auf Schiene zu bringen. Für mich ist es wichtig, dass in den Klassen politische Bildung, nicht parteipolitische Bildung, einen größeren und wichtigeren Stellenwert bekommt und dass hier in ausgewogener Art und Weise, nicht Werbeprospekte einer Partei in einer Volksschule verteilt wird, sondern nach einem klar strukturiertem Lehrplan politische Bildung unterrichtet wird.

Da müssen wir mit Nachdruck darauf hinarbeiten, dass das auch in Form eines Lehrplanes geschieht. Dass die entsprechenden Stunden zur Verfügung gestellt werden, und vor allem auch die Qualifikation der Lehrerinnen, der Lehrer, in entsprechender Form angeboten wird, Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden. Da bin ich ganz bei Ihnen, dass politische Bildung einen höheren Stellenwert haben sollte. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich gebe Ihnen 100prozentig vollinhaltlich Recht bei Ihrem letzten Statement, politische Bildung muss mehr betont werden. Auch haben Sie Recht, dass es einen Erlass des Landesschulrates gibt, was politische Werbung an Schulen betrifft. Auch daran haben sich alle zu halten, auch unsere Vizebürgermeisterin, das war ein Fehler.

Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie in all diesen Fällen politischer Werbung an Schulen, gleich strikt vorgehen? Da gibt es Fälle, wo die sozialistische Jugend Oggau Geldpreise an Schulen verteilt. SG-Mitglieder haben am Theresianum Werbung vor der Nationalratswahl gemacht, Landesrat Rezar hat ARBÖ-Jacken verteilt, Klubobmann Illedits Laptops des Klubs in der Volksschule Sigleß. *(Abg. Christian Illedits: Nicht vom Klub!)*

Gehen Sie bei allen Fällen so strikte vor? Sie haben Laptops des Landes verteilt (*Abg. Christian Illredits: Übergeben!*) in der Volksschule Sigleß.

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! (*Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Man darf nicht alles in einen Topf werfen.

Da waren natürlich Aktionen dabei, die vor... (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Das ist wieder Ihre Unterstellung, da sind Sie besonders gut. (*Abg. Paul Fasching: Erklären Sie es uns!*) Einige dieser Aktionen, die Sie genannt haben, haben vor den Schulen stattgefunden und es ist ja bekanntlich ein Unterschied, ob ich vor Schulen, im Umfeld von Schulen oder in der Schule Prospekte verteile.

Grundsätzlich gilt das für alle Direktorinnen und Direktoren. Wer zulässt, dass Parteipolitik in der Schule gemacht wird, hat mit einem Disziplinarverfahren zu rechnen. Das gilt für jeden, von Kittsee bis Kalch, gleiches Recht für alle. Gleiche Pflichten für alle und alle, die sich nicht daran halten, kriegen ein Disziplinarverfahren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – Abg. Christian Sagartz, BA: Bravo! – Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt geht es los! Jetzt geht es los! – Abg. Christian Sagartz, BA: ...was Ihnen gar nicht zusteht!*)

Präsident Walter Prior: Die sechste Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Mag. Josko Vlasich an Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar gerichtet.

Bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Landesrat! Wie viele der im Rahmen der Grundversorgung im Burgenland betreuten Asylwerber und Asylwerberinnen haben ihren Asylantrag, vor dem 1. Mai 2004 gestellt?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Burgenland haben sich mit Stichtag 9. Dezember 2009 insgesamt 62 Personen in Betreuung befunden, die vor dem 1. Mai 2004 den Asylantrag gestellt haben.

Rechnet man die neu dazu gekommenen Familienmitglieder, also zum Beispiel nachgezogene Familienangehörige, beziehungsweise nachgeborene Kinder hinzu, ergibt sich derzeit, mit Stichtag 9.12. dieses Jahres, insgesamt eine Anzahl von 85.

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Verehrter Herr Landesrat! Die Asylwerberinnen und Asylwerber haben das Recht auf 40 Euro Taschengeld im Monat. In welchen Fällen wird oder wurde ihnen bereits im Burgenland dieses Taschengeld aus welchem Grund entzogen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mir sind derzeit keine Fälle bekannt, wo Taschengeld entzogen worden ist.

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Ja, dann muss ich Sie bitten, Herr Landesrat, sich in Ihrer Abteilung zu erkundigen, was da läuft. Ich habe folgendes Geschehen, Ereignis, übermittelt bekommen:

Ein Asylwerber hat sich ein Auto ausborgt, damit er im Spital seine Frau besuchen fahren kann. Aufgrund dessen, das er mit einem Auto gefahren ist, wurde ihm das Taschengeld entzogen, weil, wenn er mit einem Auto fahren kann, dann braucht er kein Taschengeld zu bekommen, aus Ihrer Abteilung.

Präsident Walter Prior: Die Frage, Herr Kollege.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE) (*fortsetzend*): Die Frage, ob Sie darauf schauen werden, dass in Hinkunft solche Fälle nicht mehr passieren?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie werden verstehen, dass ich nicht in allen Details von der Abteilung informiert werde. Ich werde selbstverständlich versuchen, den von Ihnen angesprochenen Fall mir vorlegen zu lassen und werde diesen genau prüfen.

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Innenministerium hat der Caritas die Rechtsberatung von Flüchtlingen entzogen. Der Verein Menschenrechte, ein verlängerter Arm des Innenministeriums, betreibt nun statt Flüchtlings- und Integrationsberatung nur mehr die Heimkehrberatung. Die Caritas macht jetzt im Burgenland trotzdem weiterhin die Flüchtlings- und Integrationsberatung, aus Spendengeldern finanziert.

Wie stellen Sie sicher, dass gewährleistet ist, dass diese Flüchtlings- und Integrationsberatung wieder im Burgenland passiert?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Frau Abgeordnete! Wenn das Innenministerium der Caritas Berechtigungen entzieht, dann liegt das nicht in meinem Kompetenzbereich. Ich kann Ihnen dazu auch keine näheren Auskünfte geben.

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Tschürtz. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Na, ganz so kann man das nicht sagen!*)

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Asylanten bekommen nicht nur Unterkunft, nicht nur Verpflegung, sondern wir haben es auch gerade gehört, Taschengeld, Bekleidungsgeld, Freizeitgeld. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: 40 Euro im Monat Taschengeld!*)

Es gibt im Burgenland einen großen Stand von Armut. Es gibt sehr viele armutsgefährdete Personen. Wir wissen das. Im Burgenland gibt es anscheinend im Prozentvergleich die höchste Armut in Österreich.

Können Sie sich vorstellen, dass auch armutsgefährdete Burgenländer genau die gleiche Unterstützung wie Asylanten bekommen? (*Abg. Mag. Margarethe Krojer: Ganz im Gegenteil!*)

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte Sie nur ersuchen, die zwei Dinge nicht miteinander zu vermengen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das glaube ich!*)

Sie wissen ganz genau, dass wir hier in einem Bereich die legislativen Grundlagen im Grundversorgungsgesetz vorfinden. Ich halte mich an diese gesetzlichen Vorgaben, wie Sie das hier auch im Landtag beschlossen haben.

Zum anderen haben Sie den großen Sozialbereich angesprochen. Hier ist es so, dass weit unterschiedliche, weit höhere Unterstützungsbeträge geleistet werden. Wir nehmen hier unsere soziale Verantwortung in einem Höchstmaß... (*Abg. Johann Tschürtz: Die bekommen aber keine Wohnung, kein Haus und keine Verpflegung!*)

Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, gibt es eine ganze Reihe von Wohnkostenunterstützungen, von Hilfen in besonderen Lebenslagen, (*Abg. Johann Tschürtz: Aber nicht komplett!*) von Dauerunterstützungen, so wie es im Burgenländischen Sozialhilfegesetz vorgeschrieben ist. (*Abg. Anna Schläffer: Die Sicherung des Lebensbedarfes!*)

Es wird kein Burgenländer, keine Burgenländerin, schlechter behandelt als ein Asylwerber. Das ist etwas, was ich zurückweisen möchte, was Sie hier behauptet haben. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! In Österreich hat es gute Tradition, dass Personen, die in ihrem Heimatland aufgrund ihrer politischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen mit Verfolgung oder Tod bedroht werden, dass sie in Österreich, in einem hoch entwickelten Land, Asyl bekommen. Das ist gut so, das muss auch künftighin so sein.

Versus dazu, haben wir eine Diskussion (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Sagen Sie das der Innenministerin!*) über Zuwanderung. Hier hat die Frau Innenministerin dieser Tage klare Richtlinien in der Öffentlichkeit diskutiert, wo unter anderem auch Deutschkenntnisse vorausgesetzt werden sollen.

Sind Sie der Meinung, dass wir auch bei diesen Zuwanderungsbestimmungen diese Deutschkenntnisse für eine geordnete Zuwanderung voraussetzen sollen?

Präsident Walter Prior: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, dass die grundsätzliche Problematik in der Dauer der Asylverfahren liegt. Wir hätten in Österreich weit weniger politische Diskussionen, wenn Asylverfahren möglichst rasch abgewickelt werden könnten.

Es gibt Fälle, die fünf, sechs, sieben, acht und mehr Jahre dauern. Das ist völlig unzumutbar. Das ist in einem Rechtsstaat völlig unvorstellbar. Wir hätten zum Beispiel überhaupt keine thematische, keine inhaltliche Problemstellung, etwa mit einem humanitären Bleiberecht, weil sich bei raschen Asylverfahren diese Thematik gar nicht erst stellen würde.

Das heißt, hier ist die Innenministerin in höchstem Maße gefordert. Lange Verfahrensdauern stellen natürlich auch für die Länder entsprechende Problemsituationen und Problemfälle dar.

Ich kann Sie nur ersuchen, Herr Abgeordneter, bei der Ihrer Partei zugehörigen Innenministerin zu appellieren, dass Verfahren rasch und zügig abgewickelt werden können, damit wir künftighin bei Asylverfahren keine Probleme mehr haben. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Es ist um Deutschkenntnisse bei der Zuwanderung gegangen!*)

Die siebente Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar gerichtet.

Bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Das Jahr 2009 war auch für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft eine große Herausforderung. Bereits im Dezember 2008, also kurz nach dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, haben Sie als zuständige Tourismuslandesrätin ein Tourismuskonjunkturpaket vorgelegt. Dieses Paket zur verstärkten Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, die als Motoren für Tourismus und Arbeitsplätze gelten, wurde auch beschlossen.

Frau Landesrätin, wie hat sich die Tourismuswirtschaft im Jahr 2009 entwickelt?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei all Jenen, die zum Erfolg beigetragen haben, dass der Tourismus so dasteht, wie er letztendlich ist, wir haben nämlich ein Rekordergebnis.

Wir hatten schon im Jahr 2008 enorme Erfolge. Aber, dass wir in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Situation auch dieses Ergebnis und vor allem das beste Ergebnis von ganz Österreich haben, ist der Verdienst hier aller anwesenden Bürgermeister, die mitgeholfen haben, aber selbstverständlich auch aller Unternehmerinnen und Unternehmer und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb möchte ich mich herzlich bedanken. (*Beifall bei der ÖVP*)

Als wir alle miteinander im Jahr 2008 gemerkt haben, dass die Situation im Jahr 2009 nicht wirklich gut wird, habe ich selbstverständlich darauf reagiert und bereits im Dezember 2008 ein Konjunkturpaket in die Regierung eingebracht. Dieses Konjunkturpaket wurde selbstverständlich auch einstimmig beschlossen.

Und dieses Konjunkturpaket greift. Im Konkreten gibt es Fördermaßnahmen für Kleinbetriebe, für Jungunternehmer, aber selbstverständlich auch für die Kleinstbetriebe. Diese Kleinstbetriebe sind vor allem jene, die nicht mehr als zehn Betten haben.

Das sind zum Teil Privatzimmervermieter, das sind zum Teil Betriebe „Urlaub am Bauernhof“, auch sie haben in den letzten Monaten wesentlich investiert. Es gibt nun einen Förderbonus von fünf Prozent für Klein- und Mittelbetriebe, dazu einen Bonus für Betriebs- und Qualitätsoptimierung von ebenfalls fünf Prozent und einen dreiprozentigen Förderbonus für Jungunternehmer.

Selbstverständlich haben wir auch darauf reagiert, dass eine höhere Förderung für Tourismus- und Freizeitwirtschaft möglich ist, vor allem schon deshalb, um auch positive arbeitsmarktpolitische Effekte zu erzielen, eine eindeutige strategische Positionierung des Angebots und vor allem auch dann, wenn es um einen Innovationsgehalt des Projekts gegangen ist.

Derzeit sind bei den EU- und Additionalitätsprojekten folgende Fördersätze vorgesehen: Für das Nordburgenland 25 Prozent Gesamtförderung - das teilt sich jeweils auf EU, Bund und Land - und für das Südburgenland 30 Prozent - das sind um jeweils fünf Prozentpunkte mehr, als in der letzten EU-Förderperiode.

Wir hatten einmal eine Diskussion in der Strategiesitzung, wo eventuell auch gesagt wurde, dass man die Fördersätze für das Nord- und Südburgenland gleichsetzen

soll. Diese Diskussion halte ich für entbehrlich, schon deshalb, weil sich die Unternehmer verlassen haben und weil natürlich die Unternehmer auch darauf schauen und dann auch letztendlich investieren.

Die angesprochenen Privatzimmervermieter-Qualitätsinvestitionen haben sich auch bezahlt gemacht, denn viele Privatzimmervermieter haben auch schon investiert.

Das sind oft Kleinigkeiten, die gemacht wurden, aber die dann letztendlich sehr viel Geld für die Jeweiligen gebracht haben, nämlich wenn es einfach nur um Neueinrichtung und Ausstattung der Gästezimmer geht, bei Frühstück- und Aufenthaltsräumen oder auch zum Beispiel beim Einbau oder Totalerneuerung von Sanitärräumen.

Wir haben immerhin 1.000 Privatzimmervermieter, die ungefähr 400.000 Nächtigungen ausmachen. Das ist auch ein Betrag zu dem Erfolg, den uns letztendlich alle Betriebe beschert haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Gesundheitsbewusstsein und Drang nach mehr Bewegung, haben den Radtourismus für das Burgenland in eine ganz zentrale Bedeutung gerückt.

Mit Unterstützung durch die Tourismusabteilung, für die Sie zuständig und auch verantwortlich sind, haben die Gemeinden sehr viel in das Radwegenetz investiert. Meine Heimatregion - in Illmitz wohne ich - die Region Neusiedler See allein hat 500 km Radwege.

Nun gibt es eine neue Förderrichtlinie vom Tourismusminister Dr. Reinhold Mitterlehner für gewerbliche Betriebe, um den Radtourismus noch weiter zu forcieren.

Was wird durch diese Radtourismusoffensive genau gefördert?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Zunächst darf ich einmal festhalten, dass der Radtourismus im Bereich des Sporttourismus einen sehr wesentlichen Beitrag dazu leistet, dass wir zum einen zusätzliche Gäste in das Land bringen, die alleine und ausschließlich wegen Natur- und Radtourismus in das Burgenland kommen, aber zum anderen ist es uns mit dem Radtourismus auch gelungen, die Saison zu verlängern.

Nämlich ins Nordburgenland kommen schon sehr Viele früher und sie bleiben auch länger bis in den September und Oktober hinein. Wir haben in Summe 2.500 km beschilderte Radwege.

Die Gemeinden haben hier in den letzten Jahren sehr viel investiert. Ich möchte mich an dieser Stelle wirklich herzlich bedanken. Wir hätten das sonst nicht geschafft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Ich bin noch nicht fertig!

Präsident Walter Prior: Entschuldigung. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das hätte jetzt niemand geglaubt!)*

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP) (fortsetzend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Ihrer Frage in Bezug auf die neue Förderung im Bereich Tourismus.

Ich bin unserem Wirtschaftsminister sehr dankbar dafür, dass es Förderungen gibt. Investiert müssen mindestens 2.000 bis 20.000 Euro werden und 50 Prozent dieser Investitionskosten werden gefördert.

Da geht es um Investitionen bei der Errichtung und Verbesserung von Fahrradgaragen, bei der Anschaffung von Fahrrädern, bei Helmen und wo weiter. Also eine hohe Förderung auch für die Klein- und Kleinstbetriebe. Herzlichen Dank an den Minister. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Damit ist unbestreitbar, die Saison nach vor und nach rückwärts zu verlängern. Das von Ihnen als zuständige Tourismuslandesrätin bereits im Dezember 2008 vorgelegte und einstimmig beschlossene Tourismuskonjunkturpaket, das eine verstärkte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben und Privatzimmervermietern beinhaltet, wirkt und wurde 2009 erfolgreich umgesetzt.

Wie sind diese Ergebnisse Frau Landesrätin?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Jahr 2009 hatten wir in Summe 93 Förderanträge, das waren Tourismus-, Gastronomiebetriebe, Privatzimmervermieter. Sie wurden positiv erledigt, die im großen und überwiegenden Teil in die Qualität investiert haben.

Es wurden in Summe rund 31 Millionen Euro an Gesamtförderung investiert und es wurden in Summe 5,7 Millionen Euro gewährt. Damit konnten wir 160 neue Arbeitsplätze schaffen, aber immerhin die vielen Arbeitsplätze, die es in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft gibt, auch absichern. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Walter Temmel.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die SPÖ blockiert Tourismusprojekte im Südburgenland, was unverständlich ist, weil dadurch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region verhindert werden.

Bei welchen Projekten wird von der SPÖ gebremst und blockiert?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin sehr froh darüber, dass zum einen sich das Südburgenland sehr gut entwickelt hat.

Man kann sagen, wenn jetzt nicht ungedingt das Mittelburgenland - nämlich Oberpullendorf - dazu zählt, die leider Gottes ein Minus haben und eigentlich der Burgenland Tourismus überhaupt nicht reagiert hat, haben wir von den Bezirken Oberwart, Güssing und Jennersdorf, nach wie vor ein Plus.

Die Regionen haben sich gut entwickelt. Wir sind auch verpflichtet, seitens der Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, weil wir auch an Infrastruktur viel geschaffen haben, dass wir diese Projekte und viele Projekte unterstützen.

Im konkreten Fall wurden vier Projekte, leider Gottes, nach wie vor blockiert: Das ist das Südburgenland Marketing Projekt mit einer Projektsumme von 200.000 Euro, das ist ein Infrastrukturprojekt, Apfelparadies Südburgenland.

Dann gibt es das Projekt Grenzerfahrungsweg Bildein und ein Folgeprojekt zum Ökoenergieland, nämlich ein Infrastrukturprojekt - auch das wurde blockiert. Es ist schade darum, denn die Gemeinden haben hier sehr viel investiert.

Alles, was an Investitionen getätigt wurde, ist mit der heimischen Wirtschaft vollzogen worden. Deshalb finde ich es schade, dass diese Projekte von Seiten der SPÖ und vom Herrn Landeshauptmann blockiert werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Josko Vlasich.

Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE): Frau Landesrätin, Sie haben schon angedeutet, im Bezirk Oberpullendorf haben wir ein saftiges Minus von neun Prozent bei den Nächtigungszahlen eingefahren.

Was haben Sie als Tourismuslandesrätin falsch gemacht?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Ich habe vielleicht falsch gemacht, dass ich - und das wird mir immer zum Vorwurf gemacht - beim Budget des Vorstands des Burgenland Tourismus nicht mitgestimmt habe.

Ich habe voriges Jahr auch darauf hingewiesen, dass eine Position geschaffen wurde - und zu dem stehe ich auch - 100.000 Euro Förderung für die St. Martins Therme & Lodge.

Ich habe aber damals schon angeregt, wenn wir diese 100.000 Euro Förderung, zu dem ich auch stehe, machen, dann sollte es letztendlich zumindest nur 100.000 Euro Förderung für die drei anderen Thermen, nämlich für Lutzmannsburg, für Bad Tatzmannsdorf und für Stegersbach geben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ist, leider Gottes, nicht erfolgt. Aber selbstverständlich habe ich mich schon mit den Betrieben zusammengesetzt. Wir werden jetzt ein Maßnahmenpaket schnüren, damit es selbstverständlich auch den Betrieben im Bezirk Oberpullendorf besser geht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Loos.

Abgeordneter Josef Loos (SPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die SPÖ blockiert nicht, sondern sie fördert Tourismusprojekte. Sie bestätigen die positive Entwicklung im Tourismus.

Das ist hauptsächlich ein Verdienst der Tourismusverantwortlichen der vielen Betriebe. Der Burgenländische Tourismusverband mit Landeshauptmann Hans Niessl als Präsident, hat hier ausgezeichnete Rahmenbedingungen geschaffen.

Warum haben Sie als Einzige im Tourismusvorstand gegen das Budget gestimmt? Gibt es bei Ihnen *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das sind zwei Fragen!)* keine Absprachen, weil die anderen - Ihre ÖVP-Kollegen - ja dem Budget zugestimmt haben?

Präsident Walter Prior: Bitte Frau Landesrätin. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das waren zwei Fragen!)*

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Diese Kollegen, die Sie ansprechen, Herr Abgeordneter, das sind gestandene Unternehmer. Leider Gottes haben wir nur mehr zwei Unternehmer, das ist der Herr Krutzler und der Herr Kroiss. *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* So schaut es einmal aus.

Ich habe es schon vorher gesagt, aber ich wiederhole es gerne noch einmal. Ich habe gemeint, dass diese 100.000 Euro, die zusätzlich für das Nordburgenland und für die St. Martins Therme geschaffen wurden - zu dem stehe ich - aber ich habe auch die Anregung getätigt, wir sollten auch 100.000 Euro für die anderen drei Thermen, nämlich für Lutzmannsburg, für Bad Tatzmannsdorf und für Stegersbach geben. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Wird das irgendwie begründet?)*

Sie betreiben eine Kindesweglegung und das lasse ich nicht zu. *(Abg. Josef Loos: Da sind Sie die Einzige, Frau Landesrätin! – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist durch Zeitablauf beendet.

Da gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung erfolgen kann, unterbreche ich die Sitzung bis 13.20 Uhr.

Ebenso ersuche ich die Mitglieder der Präsidialkonferenz zu einer Sitzung gleich in mein Büro zu kommen.

Die Sitzung ist **u n t e r b r o c h e n**.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 28 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 24 Minuten wieder aufgenommen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung (Zahl 19 - 864) (Beilage 1384)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wir kommen zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung, Zahl 19 - 864, Beilage 1384, da die Behandlung geschäftsordnungsgemäß nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung zu beginnen hat.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Illedits das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um zu diskutieren, weshalb wir unter anderem heute einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht haben.

Und ich beginne mit einem Zitat von Ingeborg Bachmann: „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar.“

Die Wahrheit ist, dass die ÖVP Neuwahlen vom Zaun gebrochen hat. *(Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Mag. Werner Gradwohl: Der war gut. Der Witz des Tages! – Abg. Helmut Sampt: Glaubst Du das selber?)*

Die Wahrheit ist, die ÖVP hat mit ihrem landesfeindlichen Verhalten Neuwahlen provoziert.

Das heißt, wir brauchen eine Klärung der Lage. Es ist in wirtschaftlich schwierigsten Zeiten seit dem Jahr 1945 unmöglich, dass eine Regierungspartei in der Regierung nicht arbeitet und sogar Fundamentalopposition betreibt.

Es gab - und auch das ist die Wahrheit - (*Abg. Helmut Sampt: Die Wahrheit ist, dass Ihr nicht mehr wollt.*) im Burgenland über viele Jahre ein ungeschriebenes Gesetz, dass beide Regierungsparteien das Gemeinsame, das Eine wollten, egal, wo sie politisch auch stehen und standen, sie wollten eines, sie wollten das Beste für das Burgenland und seine Menschen. (*Zwischenruf der Abg. Andrea Gottweis*)

Und es wurde immer das Gemeinsame über das Trennende gestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das hat es unter Ferry Sauerzopf, unter Karl Kaplan, unter Ehrenhöfler und sogar unter Jellasitz und vielen anderen ÖVP Politikern so gegolten.

Unter Franz Steindl ist alles anders geworden. Die Steindl-ÖVP hat diesen burgenländischen Weg aufgekündigt.

Und erst jetzt geht es nicht mehr, und dies seit längerer Zeit, darum, was ist für das Burgenland gut? Sondern für Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, stellt sich nur mehr die Frage: Was ist für die ÖVP gut?

Daher schrecken Sie auch nicht davor zurück, dem Burgenland Schaden zuzufügen, wenn es in das parteipolitische Kalkül Ihrer Partei passt. Sie betreiben Politik, die landesfeindlich ist und sich gegen die Menschen im Burgenland richtet.

Eine Politik, die eben nur deshalb so in dieser Art möglich ist, weil der Proporz der ÖVP die Möglichkeit gibt, Oppositions- und Regierungspartei gleichzeitig zu sein.

Daher hat sich auch in dieser Woche die ÖVP als einzige Partei in diesem Hohen Hause gegen die Abschaffung des Proporztes gestellt.

Und lassen Sie mich noch einmal zurückblenden! Ich habe es hier schon gesagt, aber es ist wichtig, weil es doch auch eine durchgängige Argumentation der ÖVP natürlich ad absurdum führen wird.

Denn diese Verhandlungen und ich komme zu denen, sind gut und konstruktiv verlaufen. Dass man dann sich das Motto auswählt und noch andere auch mit in dieses Argumentationsboot nimmt und von Durchpeitschen spricht, kann, nachdem ich bei jeder Verhandlung dabei war und das ganze Verhandlungsgeschehen nicht seit einem Monat, sondern seit vielen Jahren und im Speziellen seit der Landtagsenquete hier sehr genau und intensiv verfolgt und mit gelebt habe, eigentlich nicht verstehen.

Wir wollten ein Ergebnis und dieses Ergebnis, meine Damen und Herren, wäre möglich gewesen, wenn die ÖVP am Montag bei der Abstimmung aufgestanden wäre.

Das haben Sie, meine Damen und Herren von der Steindl-ÖVP, zu verantworten! Nicht die SPÖ! Wir könnten seit Montag die modernste Landesverfassung Österreichs haben. Das haben wir in guten, in vielen Gesprächen, Vorbereitungen, in Verhandlungen so aufbereitet.

Und wenn wir viel und oft verhandelt haben, dann denke ich nicht so, wie Sie es als Vorwurf verstehen, sondern, ich denke, wir werden schlussendlich dafür bezahlt.

Was die angeblich so übereilten Abänderungsanträge betrifft, werden jetzt ganz bewusst Unwahrheiten gestreut. Alle Punkte wurden angesprochen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es gab viel Konsens, denn alle Änderungen wurden in die Abänderungsanträge noch vor den Ausschusssitzungen eingearbeitet. (*Abg. Andrea Gottweis: Geh! Geh!*) Ich war, und ich sage es wirklich jetzt nach diesen Abstimmungen auch hier ganz offen, eigentlich über die ganze Zeit über optimistisch.

Ich hatte immer, bis zum Sonntag, das Gefühl, dass die ÖVP über ihren Schatten springt. Aber, am Sonntag war mir dann klar, dass es nicht ein Schatten ist, über den sie zu springen hatte, sondern mir war klar, dass es zu einem künstlichen Aufbauen von Hürden gekommen ist und die wurden drastisch erhöht. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Die ÖVP hatte und hat keine Kompromisse gewollt, weil sie es, und das ist mir im Nachhinein dann natürlich sehr klar geworden, auf ein Scheitern der Verfassungsreform angelegt hat. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Die erste Hürde war dieses permanente Beharren auf der Diskussion über das Zweitwohnsitzwahlrecht, wo man ganz klar das Verfassungsgerichtshoferkenntnis negiert hat, hier noch eine Verschärfung angestrebt hat und 20.000 Pendlern und Studierenden das Wahlrecht aberkennen und nehmen wollte.

Ich frage Sie: Wie soll es da einen Kompromiss geben, wenn eine Partei den Verfassungsgerichtshof einfach negiert?

Die zweite Hürde ist sehr interessant, wenn ich eine Aussendung vom Herrn Parteisekretär Sagartz lese, der vom Sparen und von mehr Geldausgeben, vom Geldverschwenden seitens der SPÖ spricht.

Dann frage ich Sie, Herr Kollege Sagartz und Ihre Kolleginnen und Kollegen: Wo war Ihr Sparwille, wenn wir zehn Millionen Euro bei der Verkleinerung des Landtages und der Landesregierung hier im Hohen Hause beschließen wollten? (*Abg. Christian Sagartz, BA: Ich zeige Ihnen dann nachher den Pressespiegel, Herr Kollege! Da können Sie dann alles nachlesen!*)

Nein, ganz im Gegenteil, Sie haben unter dem Deckmantel Stärkung des Landtages anscheinend auch den kleinen Oppositionsparteien versprochen, dass man hier mit einer Mehrausstattung der Klubs (*Abg. Christian Sagartz, BA: Davon hat Dein Parteisekretär gesprochen.*) mit mehr Personal, sprich, mit mehr finanziellen Möglichkeiten für die Klubs, die SPÖ unter Druck setzen und so Mehrausgaben in der Höhe von einer Million Euro hier beschließen und nicht einsparen könnte. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Gleichzeitig machen Sie Aussendungen, wo Sie von Geldverschwendung sprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP! Auch hier, denke ich, haben Sie sich eigentlich wieder ganz klar entlarvt.

Ich frage Sie: Wo kann es hier einen Kompromiss geben, wenn wir von zehn Millionen Euro an Einsparungen sprechen und Sie von einer Million Euro an Mehrausgaben? Das war die nächste Hürde, die Sie aufgebaut haben.

Dann natürlich noch der Proporz. Wenn ich jetzt höre und lese, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter behauptet, wäre weiterverhandelt geworden, hätte es doch ein Ergebnis gegeben, dann frage ich Sie: Wie soll man mit einer Partei verhandeln, die nicht verhandeln will?

Ich denke nochmals an unseren letzten Termin. Wir alle waren auf Konsenskurs. Da meine ich die SPÖ, die Grünen und die Blauen, damit wir eben dieses erste Verfassungspaket mit dem Kernpunkt Proporz gemeinsam beschließen können. Die ÖVP ist hier eigentlich mit leeren Händen in diese Verhandlungen gegangen.

Das Beispiel Zweitwohnsitzwahlrecht haben schon viele angesprochen, auch der Kollege Tschürtz, weil er ganz klar auch das bestätigt, was ich sage: Es hat keinen einzigen Vorschlag von der ÖVP in diese Richtung gegeben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie sind mit leeren Händen in diese Verhandlungen gekommen, denn Sie wollten keine Ideen hier einbringen. Die leeren Hände sind ein Symbol dieser gescheiterten Verfassungsreform. Hände anscheinend nur zum Aufhalten, um Regierungsgagen für Oppositionsarbeit zu kassieren, Hände anscheinend die man nur zum Blockieren braucht.

Zur Frage der politischen Glaubwürdigkeit, nochmals das Zitat aus der Diplomarbeit von Franz Steindl: Die Abschaffung des versteinerten Proporz in der Landesregierung durch Einführung des Mehrheitswahlsystems an Stelle des Verhältniswahlsystems wird von vielen gefordert und wäre ein Vorschlag zur Demokratiereform. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie glaubwürdig, meine Damen und Herren, ist ein Politiker, der sich in seiner eigenen Diplomarbeit für die Abschaffung des Proporz ausspricht, seine Partei allerdings gegen diese Abschaffung abstimmen lässt?

Diese Antwort, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollen am besten die Burgenländer selbst beantworten, denn auch dieser Klärung dient die nächste Landtagswahl.

Weiterarbeiten im Landtag ist ein wichtiges Thema für uns, weil wir nie den Gedanken gehegt haben, irgendetwas anderes zu tun, *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten)* oder so, wie Sie behaupten, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ingeborg Bachmann dreht sich um!)* dass man die Arbeit niederlegt. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da musst Du doch selber lachen! - Abg. Christian Sagartz, BA: Da müssen wir aber schmunzeln.)*

Lieber Herr Kollege! Sie brauchen sie nicht niederlegen. Wenn Sie sie seit langem nicht aufgenommen haben, braucht man sie nicht niederlegen. Aber, eines sage ich Ihnen schon: Heute haben Sie es wieder eindeutig dokumentiert: Wir werden in der nächsten von uns beantragten Sonderlandtagssitzung vorläufig nur den von uns beantragten Tagesordnungspunkt, der sich mit der Auflösung des Landtages im Rechtsausschuss heute und dann im Landtag voraussichtlich behandeln, einbringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Alle anderen Anträge, so wie wir es angeboten haben, nicht nur wir, sondern auch die kleinen Oppositionsparteien, bleiben auf Ihren Wunsch hin liegen. Das sind wichtige Entschließungsanträge, die wir abarbeiten wollen.

Wir wollen die Frage zur S 31 beschließen, wo wir ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir nur im Konsens mit der UNESCO hier ein Projekt umsetzen wollen.

Hier gibt es einen Regierungsbeschluss und hier wird es, zur Dokumentation, auch klarerweise einen Notariatsakt geben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was soll das? Ihr habt eine absolute Mehrheit im Landtag! Ihr habt eine absolute Mehrheit im Ausschuss und Ihr habt eine absolute Mehrheit in der Regierung! Da beschwert Ihr Euch, Ihr könnt nicht arbeiten! Freunde! Ihr steht unter Wasser! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir werden ganz klar, auch die Petitionen, die im Jugendlandtag beschlossen worden sind, umsetzen. Da können Sie versichert sein. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ihr löst doch den Landtag auf! Was soll das? – Allgemeine Unruhe)*

Wir lassen auch, und ich versichere Ihnen das, die in unserem Verantwortungsbereich liegenden Materien Landes-Rechnungshofgesetz und ebenso die

Verhandlungen zur Geschäftsordnung nicht liegen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es hat zu dieser Thematik viele Zurückweisungen an den Ausschuss gegeben, weil Sie dem Proporz und deren Abschaffung nicht zugestimmt haben.

Hier gehen wir wieder zurück an den Start. Dass heißt, und ich habe es in der Präsidiale gesagt und wiederhole es hier im Hohen Hause, hier gibt es auch Einladungen, nach Weihnachten weiter zu verhandeln, weil diese Materien für das Land und für die Menschen ganz wichtig sind.

Aber, ich sage Ihnen noch zwei Materien, die seit langem hier im Landtag liegen und nicht behandelt werden: Zwei Anträge, die für die Gemeinden und demzufolge auch für die Menschen des Burgenlandes sehr wichtig wären, liegen wirklich irgendwo herum.

Bei der Novelle zur Gemeindeordnung ist die Begutachtungsphase abgeschlossen. Wir wissen die Ergebnisse nicht. Es kommt keine Einladung zur Parteienverhandlungen. Hier geht es um die Ausweitung der Kontrollrechte, um die Prüfkompetenz des Prüfausschusses auf die ausgelagerten Gesellschaften, denn die sind nicht eingearbeitet. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier ist der Herr Gemeindereferent Franz Steindl zuständig und hier, denke ich, ist es notwendig, zu handeln.

Nun noch zur Novelle zum Baugesetz. Wir haben einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht. Der Herr Klubobmann Strommer verspricht in jeder Präsidiale, die Kolleginnen und Kollegen mögen mich korrigieren, wenn es nicht stimmt, und er wird auch immer wieder dazu aufgefordert, zu Parteienverhandlungen einzuladen.

Bis heute ist keine einzige Einladung dahingehend ausgesprochen worden. Hier geht es um viel Geld für die Burgenländischen Gemeinden. Hier geht es um eine notwendige Reparatur dieses Baugesetzes. Hier geht es um Schutzbauten, die man sehr genau diskutieren muss, ob sie noch in der vorliegenden Fassung so notwendig sind. Hier geht es um 100.000 Euro für die Gemeinden, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Radakovits! Auch Sie hätten Ihren Parteivorsitzenden daran erinnern können, dass hier eine Reparatur höchst notwendig ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die beiden Materien liegen in der Regierungsverantwortung von Franz Steindl. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Deswegen lösen wir den Landtag auf? Wegen dieser zwei Materien wird der Landtag aufgelöst? Das darf doch nicht wahr sein!)*

Jetzt frage ich Sie: Wer arbeitet und wer arbeitet nicht? Sie sagen, wir arbeiten für das Land, wir wollen weiter arbeiten, so heißt es jetzt von der ÖVP. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist sehr interessant, denn in den letzten Jahren, und ich werde Ihnen im Folgenden einige Beispiel liefern, war von dieser Arbeit auf Regierungsseite der ÖVP nichts zu bemerken, ganz im Gegenteil.

Wo Sie blockieren und verhindern konnten, haben Sie dies getan. Ich werde, weil es allzu schnell in Vergessenheit gerät, einige Etappen dieser Blockadepolitik in Erinnerung rufen.

Die Installierung der Baudirektion haben Sie verhindert und behindert. Das begann mit Landesrat Rittsteuer, denn der wollte das nicht. Wir hatten keine Mehrheit und konnten dies deshalb nicht umsetzen. Ohne SPÖ-Absolute wäre diese Umsetzung niemals möglich und deshalb unmöglich gewesen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nun zur Blockadepolitik der ÖVP. Die Vorfinanzierung im Straßenbau mussten wir allein beschließen, denn die ÖVP war dagegen. Gleichzeitig gab es aber, und das ist die Doppelbödigkeit, im Mittelburgenland einen Aktionismus der Volkspartei, weil die Verlängerung der S 31 nicht schneller geht. Das ist doppelbödig und nicht nur scheinheilig. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist leider keine Vorfinanzierung sondern eine Mitfinanzierung. So schaut es leider aus! – Allgemeine Unruhe)*

Der Bund, wo Sie damals noch einen Bundeskanzler stellten, hat dies so oft gemacht. Wir haben es hier bei der Vorfinanzierung, bei Eisenbahnprojekten sehr wohl gemacht. Damals hatten Sie nichts dagegen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Interessant war, dass in der letzten Landtagssitzung der Herr Landesrat Falb-Meixner zu den Hochwasserschutzprojekten, wo er oder Berlakovich oder wer auch immer von der ÖVP-Riege seit vielen Monaten säumig ist, gesagt hat, dass den Gemeinden, die Hochwasserschäden erlitten haben, anscheinend Geld vorenthalten wird.

Hier könnten wir, sagt er, von einer Vorfinanzierung über die Gemeinden sprechen, da denkt man auf einmal nach, wenn es um das Geld der Gemeinden geht, Herr Kollege! Das ist Scheinheiligkeit und das ist keine Art der Politik, wie wir sie hier verstehen. Das ist unehrliche Politik! *(Beifall bei der SPÖ - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, haben das Schulschließungsprogramm eingebracht. Nach dieser Änderung hat es nicht mehr in das parteipolitische Kalkül gepasst. Dann hat man dagegen opponiert.

Beim Wirtschaftsförderungsgesetz haben Sie gegen den Kaplankurs opponiert und den Verfassungsgerichtshof eingeschaltet. *(Ein Zwischenruf des Abg. Christian Sagartz, BA.)*

Sie haben natürlich das Wichtigste ausgeschlagen, denn Sie haben zu den Budgets und den Nachtragsvoranschlag *(Abg. Matthias Weghofer: Ein Budget der SPÖ!)* hier die Zustimmung verweigert, weil dies die Grundlage für jedes politische Handeln und für jede Investition im Burgenland ist.

Die ÖVP hat dagegen gestimmt und trotzdem den Menschen bis zum heutigen Tage vorgegaukelt, dass sie diese Investitionen mit trägt und mit verantwortet.

Die Causa Strem widerspiegelt ein Aufsichtsversagen von Gemeindereferent Steindl, denn alle Aufsichtsorgane wurden politisch ausgeschaltet. Sogar eine Weisung hat er erteilt. Diese hat er bestritten. Jetzt ermittelt der Staatsanwalt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In Zurndorf haben Sie, Herr Kollege Falb-Meixner, als Bürgermeister im Alleingang riskante Spekulationsgeschäfte gemacht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Deswegen lösen wir jetzt den Landtag auf?)*

Zur Belohnung wurden Sie Landesrat. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Armes Österreich! - Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist eine Argumentation! Das darf doch nicht wahr sein! - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das heißt, Ihr Vorsitzender hat Sie nicht nur beschützt, er hat Sie auch befördert.

Frau Landesrätin Resetar! Wir haben dieses Aufsichtsversagen beim Wasserleitungsverband Süd schon diskutiert. Sie haben so getan, hier nachzulesen im Protokoll, als ob Sie davon nichts wüssten.

Wenn es jetzt um jemand anderen ginge, würde ich sagen, dass das eine Kindesweglegung war. Aber, es geht um Ihren Ehemann, der dort im Vorstand ist. Jetzt

fällt mir der Ausdruck dazu nicht ein. *(Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Damals war es positiv!)*

Sie haben heute hier in der Fragestunde, weil diese Frage wieder gekommen ist, wieso Sie dem Tourismusbudget nicht zugestimmt haben, gesagt: Ich habe nicht zugestimmt, weil ich 100.000 Euro mehr auch für die anderen Thermen haben wollte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt frage ich Sie: Wieso haben Sie nicht nur dem Tourismusbudget nicht zugestimmt, sondern hier im Hohen Hause, wo auch diese 100.000 zu finden gewesen wären, auch nicht zugestimmt? Sie reden von Geld, wo Sie keine Zustimmung erteilt haben. *(Abg. Leo Radakovits: Sie hat doch kein Stimmrecht! Im Landtag hat sie kein Stimmrecht! - (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, wo Sie gegen die Burgenländischen Krankenanstalten Stimmung gemacht haben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das glaubst Du doch selber nicht!)*

Sie haben 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verunsichert. Sie haben die Reputation der burgenländischen Spitäler beschädigt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da geht es um die KRAGES.

Herr Kollege Strommer! Da waren Sie als Hauptakteur dabei. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich bin geklagt worden! Ich bin von einer Nomenklatura geklagt worden! Der Streitwert war 30.000 Euro! Mit Landesmitteln wurde hier ein Mandatar geklagt. Das lässt Ihr zu?)*

Wenn Sie dem Nachtragsvoranschlag, Herr Kollege Strommer, nicht zugestimmt haben, dann frage ich Sie: Was haben Sie gegen die Ärmsten in unserem Land? Was haben Sie gegen das Rote Kreuz? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wo denn?)*

Was haben Sie gegen die notwendigen Notarzhubschrauber? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dort haben Sie bei der Finanzierung im Nachtragsvoranschlag nämlich „Nein“ gesagt.

Sie, der eigentlich von Sicherheit eine Ahnung haben müsste, haben zugeschaut, wie die „schwarze“ Innenministerin die Polizei ausgedünnt hat. Dass Sie, als einer, der beim österreichischen Bundesheer war, zusätzlich noch gegen den Assistenzeinsatz aufgetreten sind, ist eigentlich doch auch eine Vorgehensweise, die eigentlich schon für sich spricht. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wo denn? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben allesamt als ÖVP, um die Frau Bürgermeister Fraunschiel zu unterstützen, gegen den Assistenzeinsatz in Eisenstadt, nicht nur sich lauthals gemeldet, sondern sogar interveniert. Sie haben politische Intervention betrieben. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das würde ich gerne sehen, wie Du das beweisen kannst! Wirklich sehr gern würde ich das sehen! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt frage ich Sie: Ist es möglich, mit so einer Partei zusammen zu arbeiten? Sie, als ÖVP, haben sich längst entschieden. Seit der letzten Wahl sind Sie im Dauerwahlkampf. Ein Zitat dazu von Franz Steindl: Nach der Wahl ist vor der Wahl! Genauso hat er auch agiert. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Bei der Gemeinderatswahl habt Ihr geklagt, oder?)*

Seit Jahren zählt für ihn nur der Erfolg der ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Dafür ist Ihnen kein Preis zu hoch. Jeder Misserfolg für das Burgenland und für die Menschen in diesem Land ist Ihnen recht. Wer Politik so versteht, der muss die

Plätze tauschen, nicht auf die Regierungsbank sondern auf die Oppositionsbank, meine Damen und Herren von der ÖVP. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Für die SPÖ gilt das Gegenteil. Je besser es dem Burgenland geht, desto besser geht es uns, weil wir eben eine Burgenlandpartei sind, die ernsthaft für die Menschen und für dieses Land arbeitet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Deshalb muss es eine Klärung geben. Eine Klärung der politischen Verhältnisse. Die ÖVP macht Fundamentalopposition von der Regierungsbank aus. Die Burgenländer sollen eben entscheiden, ob das weiter möglich sein soll. Die Steindl-ÖVP hat schon in den vergangenen Jahren wenig zur erfolgreichen Entwicklung dieses Landes beigetragen und immer wieder auch gegen das Land agiert.

Aber, das was sich hier in den letzten Monaten ereignet hat, das ist eindeutig nicht mehr tragbar. Diese Fundamentalopposition gibt es, seit dieser Landes-Rechnungshofanzeige gegen den Landeshauptmann-Stellvertreter wegen der Weisung in der Causa Strem. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Wichtigste, meine Damen und Herren, in einem Land, in einer Gemeinde, in einem Betrieb sind die Finanzen, das Budget. Die Steindl-ÖVP hat gegen das Budget gestimmt. Sie hat auch gegen den Nachtragsvoranschlag gestimmt.

Es ist nicht im Interesse der Bevölkerung, wenn Regierungsmitglieder gegen die Landeshilfe für die vom Hochwasser geschädigten Burgenländerinnen und Burgenländer, aber auch gegen zusätzliche Mittel für die Wirtschaft stimmen.

Herr Kollege Sagartz! In Ihrer Aussendung sagen Sie, dass die Betriebe unterstützt werden müssen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Haben wir doch eingebracht, oder? Drei Punkte!)*

Wieso stimmen Sie dann mitten in der schwierigsten wirtschaftlichen Situation seit dem Jahr 1945 gegen mehr zusätzliche Mittel für die Wirtschaft? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Warum stimmst Du gegen die 500 Startjobs für junge Burgenländer?)*

Wieso stimmen Sie gegen eine Entlastung der Familien im Burgenland? *(Allgemeine Unruhe - Abg. Christian Sagartz, BA: Ich habe Dir eine Gegenfrage gestellt.)*

Wieso stimmen Sie gegen die Gelder für den Gratiskindergarten? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Warum stimmt Ihr gegen das fünf Millionen Euro Investitionspaket für die Gemeinden?)*

Wieso stimmen Sie, wo Sie doch behaupten, die Jugendarbeitslosigkeit muss bekämpft werden, gegen die Gelder für mehr Ausbildungsplätze? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Warum stimmt Ihr gegen den 250 Millionen Euro Haftungsrahmen für die Betriebe?)*

Wieso stimmen Sie gegen die burgenländischen Feuerwehren? Sie stimmen gegen mehr Geld für die Feuerwehren im Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man stelle sich nur vor, das würde im Bund so sein. Ein Minister würde folgendes tun: Ein Minister würde den anderen zum Rücktritt auffordern. Wäre das im Bund vorstellbar? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na ja, nicht wirklich. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das verlangt doch eine 5/7 Mehrheit.)* Aber, im Burgenland schon. Hier hat die Steindl-ÖVP Landesrat Bieler zum Rücktritt aufgefordert.

Hier wird im Südburgenland Landesrätin Dunst seit Monaten auf mieseste Art zusätzlich angeschüttet. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das Land hätte es ausgehalten.)*

Hier wird nichts unversucht gelassen, um Landesrat Rezar von seiner erfolgreichen Sozial- und Spitalspolitik abzubringen.

Das ist nichts anderes als Fundamentalopposition. Das haben im Burgenland nicht einmal die Grünen oder die Freiheitlichen betrieben. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht unser Burgenland klare und stabile Verhältnisse.

Gerade in schwierigen Zeiten können wir es uns nicht leisten, dass ein Teil der Regierung burgenlandfeindlich agiert und gegen die Interessen der Bevölkerung arbeitet.

Daher haben wir heute diesen Antrag auf Sonderlandtag eingebracht. Daher haben wir den Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Weil Ihr arbeiten wollt.)*

Ich verspreche auch, dass von Seiten der SPÖ, wie in der Vergangenheit und in der Gegenwart, auch in der Zukunft, bis zur letzten Minute weiter gearbeitet wird.

Die Burgenländer können sich auf uns verlassen. Wir stehen in der Wirtschaftskrise zu unserem Bundesland, denn wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Wir setzen die Konjunkturpakete, die wir mit den Sozialpartnern geschnürt haben, auf Punkt und Bestrich um. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber, eines ist klar: Es ist für das Burgenland besser, wenn nicht nach, sondern noch vor dem Sommer gewählt wird. Das garantiert nämlich einen kurzen, einen fairen und einen sparsamen Wahlkampf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das garantiert aber auch zum Zweiten, das im Herbst wieder rasch weiter gearbeitet und ein Budget beschlossen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann sind die Wählerinnen und Wähler am Wort. Sie können und werden sich, davon bin ich überzeugt, entscheiden, ob es klare und stabile Verhältnisse im Lande gibt. Sie werden und sie können sich entscheiden, ob es ein Schwarz-Blau-Experiment gibt. Sie können dies verhindern. Die Weichen dazu sind da anscheinend auch schon gestellt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Wählerinnen und Wähler sind am Wort. Sie können entscheiden, und sie können sicherstellen, dass in Zukunft keine Partei in der Regierung sitzt, die nicht für das Land arbeiten möchte. Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Zwiegespräch zwischen Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl und Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Wir, als SPÖ, die Regierungsmitglieder SPÖ, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir, die SPÖ, die Regierung! Ist es also schon soweit?)* werden ungeachtet der Landtagswahl 2010 kontinuierlich weiter arbeiten und weiterhin die konsequente Umsetzung aller bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung ermöglichen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages ein. Als erster Rednerin erteile ich der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Illedits! Sie langweilen uns mittlerweile. *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP)*

Das, was Sie jetzt alles erzählt haben, hören wir jetzt schon seit Tage und Wochen. *(Abg. Erich Trummer: Dann sind Sie hier falsch am Platz!)* Es ist immer die gleiche Leier. *(Abg. Erich Trummer: Dann sind Sie hier falsch!)*

Heute war es die Zusammenfassung der einzelnen Schwerpunkte. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Die Medien haben schon alles geschrieben, was Ihr erzählt habt. *(Abg. Erich Trummer: Dann sind Sie hier nicht richtig!)*

Ich möchte auf diese Dinge eigentlich gar nicht mehr eingehen, weil auch die Leute das nicht mehr hören können und sie bis oben hin von alle diesen Botschaften bereits genug gehört haben. Sie werden das jetzt bis zum Mai, bis es irgendwie auch im letzten Ohr angekommen ist, wiederholen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie haben einen Antrag auf Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung eingebracht. Das haben Sie gemacht, nachdem Sie gehört haben, dass die Grünen gestern gesagt haben: Schluss mit dieser Selbstinszenierung! Wir arbeiten, denn dafür sind wir auch gewählt worden und das erwarten sich die Leute von uns.

Wer gestern im BKF die Befragungen auf der Straße gehört hat, der hat auch gehört, dass acht von zehn Personen gesagt haben: Die sollen arbeiten! Was geht uns die Wahl jetzt schon wieder auf die Nerven. *(Abg. Christian Illredits: Wir arbeiten auch! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine hat gesagt: Wahlen gibt es? Die andere hat gesagt: Unser Herr Landeshauptmann wird das schon machen. Das war ungefähr das Feedback aus diesen Befragungen. *(Abg. Robert Hergovich: Recht hat sie gehabt! - Abg. Vinzenz Knor: Die Wahrheit ist zumutbar! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte auf eines jetzt noch hinweisen: Herr Landeshauptmann! Sie haben in Ihrem Entwurf die Verkleinerung des Landtages von 36 auf 34 Mitglieder vorgeschlagen. Wir haben gesagt, dass Demokratie auch etwas kosten darf.

Das wäre ein Einsparungspotential von sage und schreibe 200.000 Euro im Jahr. *(Abg. Christian Illredits: Die Landesregierung?)* Ich rede jetzt einmal vom Landtag.

Wir haben auch gesagt, dass wir dagegen sind, denn was würde das bedeuten? Das würde bedeuten, dass es eine kleinere Fraktion schwieriger haben wird, in den Landtag zu kommen. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Der Kollege Vlasich war aber dafür! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das würde bedeuten, dass die Opposition, von den jetzt herrschenden Mehrheitsverhältnissen aus betrachtet, *(Abg. Mag. Georg Pehm: Der Kollege Vlasich hat gesagt, dem stimmt er zu. - Abg. Mag. Josko Vlasich: Wo?)* jetzt einmal rein Infrastruktur mäßig, mundtot gemacht werden soll. Das ist offensichtlich das Ziel.

Gut. Wir wollen auch das lassen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, wenn Sie vom Einsparen reden, dann, denke ich mir, sollte das auch für Sie selber gelten. Die Wahlen sind noch nicht einmal ausgerufen. Der Wahltermin steht noch nicht einmal fest. Was tun aber die beiden obersten Regierungsmitglieder?

Mit was hat vorige Woche der Landeshauptmann-Stellvertreter angefangen? Die SPÖ hat natürlich schnell nachgezogen. *(Die Abgeordnete hält diverse Zeitungsinserate in die Höhe.)* Wir haben in einer Woche solche Inserate zu lesen bekommen. Eins und zwei! Da steht nicht, SPÖ oder ÖVP, nein, das wurde mit Regierungsgeldern finanziert. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Nein! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! - Nicht bei der ÖVP - Abg. Matthias Weghofer: Nur bei der SPÖ!)*

Das ist oben mit dem Wappen des Landes Burgenland versehen (*Abg. Christian Sagartz, BA: Der Herr Landeshauptmann hat inseriert.*) und dann steht dort: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist er! - Abg. Christian Sagartz, BA: Genau!*) und unten steht: Amt der Burgenländischen Landesregierung! (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist er! - Abg. Matthias Weghofer: Das ist die Adresse! - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich lege Wert auf die Feststellung, dass die ÖVP Burgenland diese, unsere Inserate finanziert hat. - Abg. Anna Schlaffer: Aber mit Kopfpapier des Landes. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ist er jetzt Landeshauptmann-Stellvertreter oder nicht? Wollt Ihr das jetzt auch noch bestreiten? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Anna Schlaffer: Das ist ein offizielles Logo.*) In Ordnung.

Gut. Das gleiche in rot. –Bitte, Ihr könnt Euch dann zu Wort melden. Ich habe mir das ausgerechnet, was diese Inseratseiten hier kosten und bin auf genau 46.000 Euro gekommen. (*Abg. Ilse Benkö: Soviel Geld stehen uns nicht einmal im Wahlkampf zur Verfügung. - Abg. Christian Sagartz, BA: Geh! Geh!*)

Beide Parteien zusammen haben in einer Woche 46.000 Euro auf den Markt geworfen. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Geh! Geh!*)

Glaut Ihr, ein Mensch glaubt Euch, dass Ihr bereit mit solchen Kampagnen bereit seid, zu sparen? Wollt Ihr das jetzt fünf Monate lang durchziehen? (*Beifall bei den Grünen*)

Wie gesagt, mir geht es auf den Geist. Mir gehen diese ständigen Beschuldigungen auf den Geist. Mir geht auch diese ununterbrochene Selbstinszenierung auf die Nerven. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Tatsache ist, und das wissen alle, da brauchen wir überhaupt nicht darüber reden, dass diese Regierung absolut versagt und sich selbst an die Wand gefahren hat. Sie ist nicht in der Lage, zu arbeiten. Noch einmal: Den Leuten ist es egal, ob Ihr miteinander wollt oder nicht. Sie können sich auch nicht jeden Tag fragen: Bin ich denn mit meinem Chef oder mit meiner Mitarbeiterin oder mit meinem Mitarbeiter zufrieden? (*Abg. Christian Illedits: Das habe ich Ihnen ohnehin schon gesagt.*)

Kann ich mit denen arbeiten? (*Abg. Christian Illedits: Das habe ich Ihnen schon gesagt.*) Na, dann werden sie eben fristlos entlassen, wenn sie nicht bereit sind, zu arbeiten. (*Abg. Christian Illedits: Was regen Sie sich so auf?*)

Das ist der Punkt. (*Abg. Christian Illedits: Sie kriegen noch einen Herzinfarkt! Das haben Sie uns schon einmal gemacht.*) Aber, Ihr könnt Euch offensichtlich hier alles leisten.

Sieben Leute sitzen hier in einer Regierung und sind nicht fähig zu arbeiten? Was macht Ihr denn nach der Wahl? Ich habe das in einer diesen zahllosen Sitzungen schon gesagt, denn dann sitzen vielleicht die gleichen sieben Leute wieder da. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es ändert sich doch nach der Wahl nicht, dass die ÖVP wieder in dieser Regierung sitzt. (*Abg. Paul Fasching: Das predigen Sie aber auch schon sechsmal! - Abg. Christian Illedits: Wieso wissen Sie das?*)

Das ändert sich doch nicht. Diese ganzen Theater mit Schwarz-Blau (*Abg. Christian Illedits: Wieso wissen Sie das?*) oder Rot-Blau oder sonst etwas, (*Abg. Ilse Benkö: Genau!*) sind völlig irrelevant. (*Abg. Johann Tschürtz: Vielleicht Grün-Blau? - Abg. Christian Illedits: Schauen wir einmal, was sich ergibt - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es wird eine Proporzregierung geben. Die wird es bis 2015 geben. Punkt. Diese Regierung hat sich viel zu lange mit den eigentlichen Problemen, mit ihren Inszenierungen beschäftigt und hat dazu auch die staatlichen Institutionen, wie den Landtag missbraucht und hat damit auch den Wert dieser demokratischen Einrichtung weit hinunter gezogen. *(Abg. Christian Illedits: Das machen Sie am Intensivsten.)*

Nein, *(Abg. Christian Illedits: Doch!)* Sie brauchen nämlich nur zu lesen, wie über die Landtage in den Medien österreichweit berichtet wird. *(Abg. Christian Illedits: Das haben Sie schon alles erzählt. Sie wiederholen sich, Frau Kollegin!)*

Es ist uns im Wesentlichen prinzipiell völlig egal, ob Sie miteinander können oder nicht, es interessiert uns überhaupt nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie sind gewählt worden und Sie werden auch dafür bezahlt, zu arbeiten. *(Abg. Christian Illedits: Sind Sie nicht gewählt worden?)*

Im nächsten Jahr erwartet uns eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit. Da haben wir keine Zeit uns mit uns selber zu beschäftigen. Wir haben infolge der Finanzkrise eine weltweite Rezession.

Wir haben sie täglich präsent. Das haben nicht die zu tragen, die das verschuldet haben.

Wir sehen es ja. Der Haider hat in Kärnten die Hunderter und die Tausender nur so ausgeteilt. Dass das Land dabei zu Grunde gegangen ist, bankrott gegangen ist, interessiert niemanden.

Das zahlt jetzt der Staat. Der Staat springt ein und die Geschichte ist erledigt. Hätten wir vielleicht auch so klug sein sollen im Vorfeld und uns die Bank Burgenland vom Staat bezahlen lassen sollen? *(Landesrat Helmut Bieler: Kennen Sie die Details?)*

Die Folgen dieser Finanzkrise tragen nicht die Leute die ihren Job verlieren, deren Firmen auf Grund dieser Finanzkrise ins Straucheln gekommen sind, wo die Aufträge zurückgegangen sind. Nein, die bekommen das voll und ganz zu spüren.

Daher sollte es unser Anliegen sein, uns nicht noch einmal mit uns selber zu beschäftigen, sondern wir sollten Investitionen in eine grüne Zukunft setzen.

Was heißt Grüner New Deal? Das ist kein Begriff, den wir erfunden haben. Der Generalsekretär der UNO, Ban Ki-moon, hat zum Beispiel gesagt, ein großer Teil dieser Investitionen, sollten Investitionen in eine grüne Zukunft sein. Investitionen im Kampf gegen den Klimawandel und für Millionen neuer grüner Jobs und für grünes Wachstum.

Wir brauchen ein Wachstum, das allen Nationen nutzt, den Armen und den Reichen und nicht nur einigen Wenigen. Auch Präsident Obama spart nicht mit Vorschlägen für eine andere Zukunft, spart nicht mit Worten für eine andere Energiewirtschaft.

Dort wird man sehen, was aus diesen Worten werden wird. Denn eines ist klar, die Rhetorik haben mittlerweile alle drauf, das wissen wir. Das sage ich auch immer, wenn ich unseren Landeshauptmann höre, rhetorisch würde ich sagen, er ist ein Obergrüner. Die Frage ist nur, was hinter den Worten steckt.

Es ist tatsächlich so, wenn man die Konjunkturpakete anschaut, was denn damit passiert ist. Ein einziges Beispiel das in Ökoenergien gegangen ist, war der Sanierungsscheck. Das war nur eine halbherzige Sache, weil der Sanierungsscheck erstens einmal, im Dezember ausläuft, und Gas- und genauso Ölheizungen fördert.

Wir haben heute gespürt, wie kalt es ist, wenn das Gas abgedreht wird. Ja, hätten wir uns nicht in die Abhängigkeit eines Herrn Putin gegeben, könnten wir vielleicht eine unabhängige Energiewirtschaft haben.

Aber nein, wir investieren jetzt österreichweit viereinhalb Milliarden Euro in neue Gaskraftwerke, in elf neue Gaskraftwerke, und in die Nabucco-Pipeline.

Das heißt, wir haben es rhetorisch drauf, aber die Taten sind ganz anders. Wir brauchen ein Wirtschaftsförderungspaket, und jetzt komme ich zum Thema, darum geht es auch in unserem Abänderungsantrag, den wir einbringen werden, denn wir haben heute einen eigenen Antrag angekündigt, dass wir ein Wirtschaftsförderungspaket haben wollen und zwar ein nachhaltiges.

Nachdem ich nicht weiß, was die SPÖ aus unserem Antrag machen wird, wie sie ihn abändern wird, (*Abg. Christian Illredits: Das werden Sie erfahren!*) ob wir ihn dann etwa nicht mehr wieder erkennen, werden wir vorsichtshalber unseren Antrag jetzt als Abänderungsantrag einbringen. Daher nehme ich jetzt dazu Stellung und spare mir dann beim nächsten Tagesordnungspunkt meinen Redebeitrag.

Das heißt, wir brauchen jetzt Konjunkturpakete die nachhaltig sind, die die Wertschöpfungen der Region erhöhen und nicht Arbeitsplätze in Russland oder in der Ukraine schaffen. Wir brauchen Investitionen die positive Beschäftigungseffekte haben, um die Arbeitsplätze zu sichern und um unsere heimischen Betriebe zu schützen und sie zu fördern.

Denn wenn wir in die Sanierung gehen und dort Geld investieren, dann haben unsere Firmen etwas davon, unsere Baumeister, unsere Installateure, unsere Elektriker, die haben alle etwas davon. Wenn wir in die Photovoltaik investieren, haben unsere Betriebe etwas.

Das sind nachhaltige, das sind Green Jobs, das sind nachhaltige Jobs, die nicht abwandern, wenn sie die Förderung kassiert haben und sie wandern auch nicht nach fünf Jahren weiter in ein anderes Land, um wieder Förderungen zu kassieren. Der nachhaltige Umgang mit Energie und Ressourcen senkt auch die Ausgaben der Einzelnen, die diese Sanierungsmaßnahmen tätigen.

Es geht jetzt darum, Konjunkturkonzepte auf den Tisch zu legen und Wirtschaftsförderung zu betreiben, statt Wahlkampfgeplänkel. Das größte Zukunftspotenzial für unsere Wirtschaft ist eben in unsere Arbeitsplätze zu investieren.

Wie gesagt, es ist nicht nur der Umweltbereich der nachhaltig Arbeitsplätze schafft und sichert. Green Jobs ist ja ein Begriff, der über die Ökologie hinausgeht. Das ist ein Begriff der von Nachhaltigkeit gekennzeichnet ist.

Was ist nachhaltiger als ein Job, der nur hier in unseren Gemeinden, in unserem Land gemacht werden kann und sonst nirgends? Denn nirgends sonst können unsere Kinder in der Schule unterrichtet werden, als hier in unseren Schulen.

Nirgends sonst können wir Jobs für KindergartenpädagogInnen schaffen, wenn sie hier vor Ort zu arbeiten haben. Das heißt, nicht nur ein Schulterschluss von Umwelt und Wirtschaft schafft zukunftssichere Jobs, sondern auch Jobs in anderen Bereichen.

Nur zu den Ökojobs noch ein Wort. Die Umweltindustrie hat in der Europäischen Union mehr Arbeitsplätze als die gesamte europäische Autoindustrie. Das zeigt einfach, dass wir viele Jahre auf das falsche Pferd gesetzt haben und dass eigentlich dort, wo die Zukunftsbranchen liegen, wir nicht investieren. Wir investieren in sterbende Konzepte, in rückwärts gewandte Konzepte.

Das heißt, wenn wir auch hier oft diskutieren darüber, wie viele Euro in Autobahnen investiert werden. Ich möchte es noch einmal sagen. Bis 2013 sind es im Burgenland 750 Millionen Euro. Umgerechnet auf die Haushalte könnten wir jeden Haushalt im Burgenland, der gewillt ist, eine Sanierung seines Bestandes zu machen, seines Hauses, seiner Wohnung, einen Sanierungsscheck von 7.000 Euro geben und dass, wenn alle Haushalte im Burgenland sanieren würden.

Wenn wir davon ausgehen, dass das vielleicht nicht alle sind, sondern vielleicht nur drei Viertel, oder zwei Drittel, dann könnte dieser Betrag noch höher ausfallen mit dem gleichen Geld.

Das heißt, die Investitionen in den Ökobereich sind ein wesentliches Kapitel. Hier erwarten wir, dass in den nächsten Monaten entsprechende Taten gesetzt werden. Herr Landeshauptmann oder Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, weil die ÖVP kann das rhetorisch genauso gut, wenn Sie der Meinung sind, dass das die Bereiche sind, wo wir investieren müssen, weil sie heimische Wertschöpfung bringen, weil sie die Arbeitsplätze hier schaffen und weil sie auch den Menschen etwas bringen, so freut es mich - ganz nebenbei, ich möchte das gar nicht in den Vordergrund stellen - dass es so ist.

Es ist auch ein Riesenbeitrag zum Klimaschutz. Wir wissen, dass wir hier Handlungsbedarf haben. Anstatt Milliardenbeträge in Zertifikatszukäufe von Verschmutzungsrechten zu investieren, bin ich der Meinung, dass wir hier investieren sollten und nicht woanders.

Der zweite große Bereich ist, wie gesagt, der Bereich wo wir sagen, wir wollen eine kostenlose Nachmittagsbetreuung für unsere Kinder. Die Ausweitung der Öffnungszeiten im Kindergarten ist zum Teil im Gange. Da ist aber auch noch etwas möglich. Und kleinere Gruppen.

Wir wissen, die KindergartenpädagogInnen waren auf der Straße, sie haben ihre Forderungen gebracht, sie sind mit der Situation absolut überfordert. Das wären Investitionen in Sozialberufe, in Berufe, die den Menschen hier vor Ort Arbeit bringen, damit sie nicht abwandern.

Deshalb haben wir einen Abänderungsantrag zum SPÖ-Antrag eingebracht. Er ist Ihnen an und für sich bekannt, denn es ist unser Antrag, den wir als Dringlichkeitsantrag eingebracht haben.

Aber wegen der Gefahr der Abänderung, der Nichtwiedererkennung oder sonst etwas, bringen wir diesen gleichlautenden Antrag jetzt als Abänderungsantrag ein. Er liegt Ihnen vor.

Der Landtag hat beschlossen:

Durch Investitionen in Klima- und Umweltschutz, Bildung, Pflege sowie Kinder- und Altenbetreuung entstehen tausende Arbeitsplätze für die Zukunft und im Burgenland. Sie sind krisensicher und nachhaltig, bieten unserer Jugend große Chancen und sorgen für soziale Gerechtigkeit. Daher wird die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, umgehend folgende Maßnahmen umzusetzen:

- die Einführung eines Sanierungsschecks mit Anhebung der Einkommensgrenzen
- verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie in den Ausbau von erneuerbaren Energien wie Biomasse, Biogas, Geothermie, Photovoltaik, Windenergie oder Solarthermie

- in allen Betrieben und Einrichtungen des Landes und der Gemeinden ist beim Einkauf von Produkten auf die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und der regionalen Wertschöpfung zu achten.
- Verkleinerung der Gruppengrößen in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Förderung des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen
- die Förderung der mobilen Pflege sowie alternative Pflegemodelle
- eine verstärkte Ausbildung und Qualifizierung sowie eine bessere Entlohnung von KindergartenpädagogInnen und Pflegekräfte
- die schon bestehenden sozialökonomischen Betriebe sowie die Errichtung neuer sozialökonomischer Betriebe sind verstärkt zu fördern
- Ausbau einer qualitativ hochwertigen Nachmittagsbetreuung im Pflichtschulbereich, die auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder abgestimmt ist. *(Beifall bei den Grünen – Abg. Maga. Margarethe Krojer übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Kollegen ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gem. § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Antrag hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die weiteren Verhandlungen mit einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ich sage es gleich vorweg, ich werde meine Stimme bei dem nächsten Dringlichkeitsantrag nicht mehr erheben, denn wir haben jetzt schon das wiederholte Mal - Jeder aus jeder Partei - immer wieder das Gleiche immer wieder hier kundgetan.

Ich kann schon jetzt wahrscheinlich jedem erzählen, was dann nachher der Herr Landeshauptmann sagen wird und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Das heißt, wenn wir jetzt noch fünf Dringlichkeitsanträge einbringen, die um die Beschäftigungspolitik gehen und um die Wirtschaftspolitik, so finde ich das eigentlich als eine Farce.

Denn es geht heute um die Auflösung des Landtages und das ist eigentlich das Thema. Was soll bitte heute der Dringlichkeitsantrag über Beschäftigungspolitik?

Ich sage, dass das Showtime pur ist. Das eine, was mir natürlich gefällt, ist die Situation rund um die Freiheitliche Partei Burgenland. Das gefällt mir schon muss ich sagen. Denn zum einen heißt es schwarz-blau ist abgemacht, zum anderen heißt es nein, rot-blau ist abgemacht.

(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Hellblau!) Dankeschön, da sieht man, wie wichtig die Freiheitliche Partei ist. *(Abg. Ilse Benkö: Blau-Blau!)* Blau-blau, das wäre eine Option. Das könnten wir vielleicht auch noch diskutieren. Also schwarz-blau, rot-blau, blau in aller Munde, Dankeschön.

Da sieht man, wie wichtig es sein wird, dass es eine Veränderung gibt im Burgenländischen Landtag, wie wichtig es sein wird, dass endlich die Freiheitliche Partei massiv mitzureden hat.

Wenn wir heute schon von Beschäftigungspolitik... *(Beifall bei der FPÖ)* Danke Ilse, geht schon. Wenn wir heute schon von Beschäftigungspolitik reden, dann frage ich mich schon einiges. Und zwar zum einen, warum gibt es noch immer 42.000 Pendler?

Warum gibt es seitens des AMS Kurse, die definitiv so zugeschnitten sind, dass sie eigentlich niemand braucht? Warum hat es eine Arbeitsstiftung gegeben, wo es Trainerrechnungen, -abrechnungen gegeben hat, obwohl nicht einmal ein Seminar stattgefunden hat, obwohl es nicht einmal ein Training gegeben hat?

Also, dort müssen wir anfangen. Wir müssen dort, wo wirklich Missstände herrschen, etwas ändern. Daher ist es sehr, sehr wichtig, dass wir auch im Bereich der armutsgefährdeten Burgenländer, und es gibt ja 40.000 Burgenländer die armutsgefährdet sind, endlich sozusagen initiativ werden und etwas unternehmen. *(Abg. Paul Fasching: Das hören wir aber auch schon sehr oft!)*

Das hören wir auch schon sehr oft und das werden wir noch öfters hören, weil das ein ganz ein zwingendes und auch dringendes Problem ist. Ich darf auch darauf verweisen, dass es 2011 die Arbeitsmarktöffnung gibt.

Dann wird natürlich die Situation im Burgenland noch schlimmer. Denn wenn ich jetzt schon davon spreche, dass in der neuen Seewinkeltherme oder in der Therme in Frauenkirchen aus der Region so viel beschäftigt sind, dann muss man halt eines feststellen, dass man definitiv einmal die Zahlen präsentieren muss. Wie viele Burgenländer sind nicht aus der Region beschäftigt?

Nicht aus der Region sind 70 Prozent beschäftigt. Wie viele Burgenländer sind beschäftigt? Es sind sicher nicht mehr wie 20 Prozent Burgenländer beschäftigt und dass ist genau das Problem, *(Abg. Josef Loos: Na, geh!)* Herr Abgeordneter, dass ist das Problem.

Fahren Sie einmal in die Therme, schauen Sie sich das einmal an. *(Abg. Josef Loos: Ich hab es mir angeschaut!)* Sie wissen das. Sie wissen das ja ganz gut.

Ich habe nicht nur... *(Abg. Ewald Gossy: Warst Du schon dort?)* Nein, ich habe nicht nur ein Schreiben bekommen, sondern ich bekomme ständig Zuschriften, wo genau dieser Umstand sozusagen zur Kenntnis gebracht wird.

Daher wird es wichtig sein: Burgenländische Arbeitsplätze für Burgenländer zuerst. Das wird Priorität haben und das wird auch an Wichtigkeit bekommen.

Diese heutige Showtime, die hier über die Bühne geht, das ist ungefähr so zwischen schwarz und rot, wie wenn man eine heiße Kartoffel in der Hand hat und dann schmeißt man sie dem hin und der schupft sie wieder weiter. Das heißt, diese Streitereien, die sind nicht nur unerträglich, sondern diese Streitereien sind auch der Anlass, dass diese Legislaturperiode vorzeitig beendet wird.

Es stellt sich aber die Frage: Wer hat diese vorzeitige Neuwahl vom Zaun gebrochen?

Also ich selbst war dabei bei den Verhandlungsrunden, die Inserate, die Ilse hat mit das jetzt sehr gut zu Gesicht gebracht. Faktum ist natürlich, obwohl die Verhandlungsrunden noch gelaufen sind, wurden schon bei allen möglichen Zeitungen Inserate bestellt.

Aber wenn man sich diese Verhandlungsrunde angesehen hat, da ist mir wirklich folgendes aufgefallen. Mir ist aufgefallen, dass die SPÖ ganz klar, ganz klar die Verhandlungen auf ein Scheitern angelegt hat, weil die SPÖ gewusst hat, dass die ÖVP beim Proporz nicht mitgeht. *(Abg. Christian Illedits: Warum haben wir dann verhandelt?)*

Faktum war natürlich, dass die ÖVP natürlich versucht hat, ganz geschickt davon zu sprechen, wie komme ich weg oder wie kann ich mich durchwinden, damit ich ja nicht irgendwie den Proporz abschaffen muss. *(Abg. Christian Illedits: Worüber habt Ihr verhandelt?)*

Wir haben klar Farbe bekannt. Wir haben gesagt, wir wollen die Verkleinerung der Landesregierung, *(Abg. Christian Illedits: Was haben wir gesagt?)* wir wollen die Verkleinerung des Landtages und wir wollen die Abschaffung des Proporztes. Da sind wir auch mit der SPÖ einig. *(Abg. Christian Illedits: Eben!)*

Das ist natürlich auch schon ein Problem, das man sehen muss. Aber ich hoffe, und vielleicht kommen wir dazu, dass es nach der Wahl es eine Zweidrittelmehrheit derjenigen gibt, die für eine Abschaffung des Proporztes sind. Denn dann gibt es dieses Spiel nicht mehr, dieses Katz und Maus-Spiel.

Denn entweder möchte ich regieren oder *(Abg. Edith Sack: Das musst Du nicht uns vorwerfen! Das musst Du der ÖVP vorwerfen!)* ich möchte in Opposition sein. Das ist nämlich das allerwichtigste Thema, dass auch natürlich in der Bevölkerung schön langsam durchsickert, denn unter Proporz versteht man in der Bevölkerung „Packelei“, „Freunderlwirtschaft“.

Das ist der Gedanke der Bevölkerung über den Proporz. Das ist einfach so. Eines darf man auch nicht vergessen, wenn es nicht zur Abschaffung des Proporztes kommt, das muss man auch ganz klar feststellen, *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)* wenn es nicht zur Abschaffung des Proporztes kommt, dann ist einmal eines einzementiert, dass die Herrschaften, die jetzt hier sitzen, nachher wieder gemütlich Platz nehmen werden.

Das heißt, wir haben jetzt eine vorzeitige Neuwahl, wo wir davon sprechen, oder die SPÖ davon spricht, dass es unmöglich mit der ÖVP geht, weil die ÖVP blockiert. Wie kann man eine absolute Mehrheit blockieren? Das frage ich mich wirklich allen Ernstes. Wie kann man eine absolute Mehrheit blockieren?

Jetzt kommt die vorzeitige Neuwahl. Faktum ist, wir wählen zwar vorher, aber wir wissen alle, dass nach der Wahl wieder alle gemeinsam Platz nehmen werden. Da geht der Streit wieder von vorne los. Das ist ja ungefähr so, wie wenn man sich erwarten kann, dass wir alle Jahre Neuwahlen haben, weil alle Jahre der Streit so explodiert, dass es einfach nicht geht.

Das heißt, diese Neuwahl wäre deshalb schon nicht notwendig gewesen, weil wir auch warten hätten können auf den Oktober. Wenn es dann im Oktober oder im September beim regulären Wahltermin zu einer Zweidrittelmehrheit derjenigen Kräfte gekommen wäre, die wirklich die Abschaffung des Proporztes wollen, ja dann hätte man immer noch den Proporz abschaffen können.

Natürlich leider erst für die nächste Legislaturperiode. Aber das ist nicht der Grund, warum es plötzlich Neuwahlen geben soll oder Neuwahlen geben muss. Wie gesagt, dieses Land braucht diese ewigen Streitereien nicht. Dieses Land braucht Verantwortung, dieses Land braucht eine Veränderung. Dieses Land braucht zum Beispiel einen Landesvolksanwalt.

Dieses Land braucht mehr direkte Demokratie, wo das Volk auch mitbestimmen kann, wo das Volk auch mitreden kann. Dieses Land braucht eine Mieterschutzbehörde.

Wir alle wissen, dass die Genossenschaften sich selbst überprüfen, dass dort kein Kontrollorgan die Möglichkeit hat, die Genossenschaften zu prüfen.

Das heißt, es gibt einen Revisionsverband und die prüfen sich selbst. Da kann nicht einmal der Rechnungshof prüfen. Der Rechnungshof kann nicht den Wasserleitungsverband prüfen und nicht den Müllverband prüfen. Es gibt zwar gutachterliche Prüfungen, aber die müssen wieder dem Landtag nicht vorgelegt werden. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Der Rechnungshof hat uns mehrfach geprüft!)*

Aber wo sind die Prüfungen? Das ist ja das Problem. Sie werden in der Schublade geheim gehalten und das ist das Problem. Wir müssen mehr Kontrollrechte haben und genau das muss natürlich auch vorher besprochen werden.

Wir brauchen überhaupt im Bereich der Sicherheit ein Sicherheitspaket, unbedingt ein Sicherheitspaket, wo es mehr Kriminalpolizei gibt - habe ich schon dreimal gesagt, wir wiederholen uns alle schon ständig - *(Abg. Josef Loos: Ja, eben!)* wo der Alarm, wenn die Alarmanlage ausgelöst wird, direkt zur Polizei geht.

Dann haben wir auch die Möglichkeit, mehr Polizisten zu haben im Burgenland. Denn dann wird sich auch Jeder überlegen einzubrechen, weil er weiß, der Alarm geht sofort zur Polizei und die Polizei ist dann in kürzester Zeit da. *(Abg. Erich Trummer: Wenn es noch eine Polizei gibt, Herr Kollege!)*

Wir brauchen die Wiedereinführung der Grenzkontrollen. Wir brauchen zeitweise Grenzkontrollen, damit auch hier im Bereich der Sicherheit etwas getan wird. Das heißt, es braucht ein größeres Paket. Es braucht aber nicht den Streit, den es da gibt.

Daher wäre es wichtiger gewesen und notwendig gewesen, dass man sich zusammengesetzt hätte und gesagt hätte in Ordnung, es geht zwar nicht immer, aber versuchen wir in verschiedenen Bereichen Lösungen zu finden oder in den Bereichen, wo wir einen Konsens haben.

Aber nicht einfach hier einen Streit vom Zaun brechen. Ich glaube auch, dass der Wähler das auch erkennen wird. Ich bin sehr zuversichtlich, wirklich sehr zuversichtlich im Bereich der Jugend, die jetzt wirklich durch zahlreiche Mitgliedsanträge bewiesen haben, dass sie gerne zur FPÖ kommen.

Wir haben, glaube ich, heuer an die 500 neue Mitglieder, überhaupt im Jugendbereich - und ich glaube, genau dort werden wir ansetzen, genau dort werden wir auch der Bevölkerung zeigen, wie wichtig uns Sicherheit ist, wie wichtig uns Kontrolle ist und wie wichtig es uns ist, diese „Packelei“ und diesen Streit abzuschaffen.

Wir brauchen eine Veränderung. Wir brauchen die Freiheitliche Partei in der Regierung, damit endlich etwas weiter geht. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Illedits hat mit Ingeborg Bachmann begonnen - eine Schriftstellerin, in Klagenfurt geboren, in Rom dann nach einem Brandunfall in ihrer Wohnung verstorben.

Sie hat 1956 einen großen Gedichtband herausgegeben, Herr Kollege Illedits. „Anrufung des großen Bären“. So einen großen Bären wollen Sie dem Landtag heute aufbinden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man Ihnen zuhört, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man fast glauben, Sie waren in den letzten vier Jahren in einem anderen Land als im Burgenländischen Landtag, (*Abg. Christian Illredits: Das ist ein Wahnsinn!*) denn wenn Sie heute hier sagen, wir wollen weiter arbeiten, lassen aber gleichzeitig einen Auflösungsbeschluss hier einlaufen, um am Montag den Landtag aufzulösen, dann müssen Sie schon den Leuten im Burgenland erklären, wie Sie das verstehen.

Wie wollen Sie denn arbeiten im Landtag, wenn Sie das Gremium, das arbeiten soll, auflösen? Sie haben die absolute Mehrheit im Landtag! Sie haben die absolute Mehrheit in der Regierung! Sie haben die absolute Mehrheit in den Ausschüssen!

Niemand außer die SPÖ selbst kann Sie blockieren, (*Abg. Christian Illredits: Der Bürger versteht es, nur die ÖVP nicht!*) meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Die heutige Präsidiale zur Vorbereitung der Ausschusssitzung - jede Landtagssitzung bedarf natürlich einer Ausschusssitzung vorher - war gekennzeichnet davon, wie wir die weiteren Monate abarbeiten. Meine Fraktion hat hier eine klare Meinung. Wir haben uns zu Beginn dieses Arbeitsjahres im Herbst einen Landtagsfahrplan gegeben, der bis Juni geht.

Wir haben die Präsidialsitzungen, die Ausschusssitzungen und die Landtagssitzungen fix vereinbart. Im Jänner die Ausschusssitzung für die Feber-Landtagssitzung, März, April bis Juni. Wir haben noch eine Fülle von Arbeiten zu erledigen. Es gibt viel abzuarbeiten.

Wir sehen keinen, wie immer gearteten Anlass, den Landtag vorzeitig aufzulösen, (*Abg. Christian Illredits: Hab ich alles schon gesagt! Alles erledigt!*) im Gegenteil, es gibt viel Arbeit. Der Fahrplan dafür ist gelegt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP - Abg. Christian Illredits: Nur müsst Ihr auch arbeiten!*)

Nur, wenn mir Ende des letzten Monates, Ende November, hochrangige Sozialisten hier im Haus (*Abg. Christian Illredits: Sozialdemokraten!*) schon erzählt haben, (*Abg. Edith Sack: Sozialdemokraten!*) im Dezember (*Abg. Christian Illredits: Herr Kollege Strommer, Sozialdemokraten, merken Sie sich das!*) wird es vier Landtagssitzungen geben... (*Abg. Mag. Georg Pehm: Dazu ist der Herr Klubobmann intellektuell nicht in der Lage!*) Herr Kollege Pehm, ich sage jetzt nur das, was gestern ein Poster im ORF ON gesagt hat.

Das sind nicht meine Worte: (*Abg. Christian Illredits: Wenn ich das alles sage, was die Poster über die ÖVP sagen!*) „Nur weil man zu einem Esel plötzlich Pferd sagt, läuft der Esel auch nicht schneller“. (*Allgemeine Heiterkeit*) Ich sage, dass sind nicht meine Worte. Das hat einer im ORF ON gepostet. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Ich habe nur gesagt, dass Sie es intellektuell nicht schaffen, sich zu erinnern, dass wir Sozialdemokraten sind!*)

Ihre Sache ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren... (*Allgemeine Unruhe – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Ich bitte um Ruhe. Am Wort ist der Redner. Danke.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP) (fortsetzend): Ich stelle weiterhin klar, wenn Sie Inserate in den Medien sehen, die Mandatare der Österreichischen Volkspartei zum Inhalt haben, dann wird die Österreichische Volkspartei diese Inserate, die sie auch bestellt hat, bezahlen.

Wir haben das bisher getan und wir werden das auch künftighin tun, auch jene die in dieser Woche erschienen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*) Klar ist, nachdem die acht Verhandlungsrunden zu keiner Verfassungsreform

geführt haben, dass die SPÖ Scheinverhandlungen geführt hat, ausschließlich mit dem Ziel, handstreichartig und jetzt sage ich es noch einmal, handstreichartig eine Wahlordnung hier zu beschließen (*Abg. Christian Illredits: Ihr seid nicht aufgestanden!*) zu einem Zeitpunkt, als der Kollege Illredits schon am Rednerpult war, 46 Punkte bei einem Abänderungsantrag (*Abg. Christian Illredits: Das muss ich! Das erfordert die Geschäftsordnung!*) hier eingebracht – nein, das hätten Sie nicht müssen, wäre auch anders gegangen. Wir haben erst zehn Minuten später über elektronischem Weg den Abänderungsantrag bekommen.

Eine legistische Arbeit von guter Vorbereitung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht anders aus. Das ist es jedenfalls nicht. (*Beifall bei der ÖVP*) Dem Kollegen Falb-Meixner, der sich im Bereich des Hochwassers, das heuer großen Schaden angerichtet hat, in einer Art und Weise eingebracht hat, versucht hat mit Gemeinden, mit Land und Bund finanzielle Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, kann man nicht vorwerfen, dass hier die Vorfinanzierungen nicht schon passiert sind.

Nicht nur die Gemeinden, auch das Land und der Bund, alle werden vorfinanzieren müssen, damit wir sicherstellen, dass in unserem Land solche Dinge nicht mehr passieren. Herr Landesrat Falb-Meixner vielen herzlichen Dank für diese Arbeit, die hier geleistet wurde. (*Beifall bei der ÖVP*)

Zur Arbeit in der Regierung: Ich muss es hier noch einmal sagen. 57 Prozent aller Regierungsbeschlüsse (*Abg. Mag. Georg Pehm: Katzenkastrationen!*) sind von den drei ÖVP-Regierungsmitgliedern eingebracht worden. Vier SPÖ-Regierungsmitglieder haben drei... (*Abg. Mag. Georg Pehm: Vergrämung von Saatkrähen!*)

Herr Kollege Pehm, dass 57 mehr ist als 43, das geht mit dem kleinen Finger. Das werden Sie wohl wissen. Der (*Abg. Mag. Georg Pehm: Katzenkastration!*) Herr Landesrat Falb-Meixner ist ein Jahr lang Mitglied dieser Landesregierung. Er (*Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) hat mehr Regierungstagesordnungspunkte eingebracht, als die Frau Landesrätin Dunst in vier Jahren. (*Abg. Vinzenz Knor: Die sind vom Berlakovich übrig geblieben!*) Falb-Meixner in einem Jahr mehr als Dunst in vier Jahren! Einmal Falb-Meixner ist viermal Dunst.

Wenn Sie von Arbeit reden, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Dinge, die klar am Tisch liegen. 98,3 Prozent aller Regierungsbeschlüsse fallen einstimmig. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier von einer Opposition zu sprechen, Fundamentalopposition, oder was hat er gesagt? (*Abg. Christian Illredits: Ich habe nur Beispiele aufgezeigt!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das glaubt Ihnen niemand. Das wissen die Menschen in diesem Land, dass Sie Neuwahlen vom Zaum brechen wollen, weil Sie ganz einfach glauben, und sagen Sie das auch ehrlich, dass Sie rund um die Wahl des Bundespräsidenten (*Abg. Christian Illredits: Herr Kollege Strommer!*) im Mai eine etwas bessere Ausgangsposition haben, als wenn sich im Herbst Häupl und Strache in Wien anscheinend ein großes Duell liefern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn Sie den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter angesprochen haben, ja auch hier liegt noch viel Arbeit, wir haben gemeinsam ausverhandelt. Die Gemeindeordnung, einige Verhandlungsrunden. Bin sehr froh, dass wir viele Dinge außer Streit stellen können.

Nicht in allen Bereichen ist es gelungen, aber wir haben uns darauf verständigt, dass wir das, was wir gemeinsam erarbeitet haben, in Begutachtung schicken. Die Begutachtung ist nunmehr abgeschlossen.

Nunmehr gilt es all die Dinge, die im Rahmen dieser Begutachtung gekommen sind, einzuarbeiten. Ich gehe davon aus, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter - so wie vereinbart - nachdem alles was in der Begutachtung zusätzlich als erwähnenswert und als richtig erkannt wird, auch nach einem abschließenden Gespräch eingearbeitet und dann dem Landtag zugewiesen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben das immer so gepflogen, vor allem der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Alle mit einbinden in ein gemeinsames Gespräch und dann die Entscheidungen treffen. Auch hier werden wir so handeln, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die SPÖ-Spitze hat durch ihr Vorgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, an sich gewaltigen Schaden zugefügt. Was sollen sich die Bürgerinnen und Bürger bei solch einem Trauerspiel denken, *(Abg. Matthias Gelbmann: Welchen Schaden?)* das hier vorgestern am Montag abgelaufen ist?

Eine Wahlordnung, die in allen anderen Demokratien lange und unter Begutachtung von obersten Verfassungsexperten gut vorbereitet beschlossen wird, wird handstreichartig innerhalb von Minuten im Landtag von der SPÖ durchgepeitscht. Ich habe es vorhin angesprochen.

Wir, die Abgeordneten, hätten innerhalb von zehn Minuten über einen SPÖ-Abänderungsantrag entscheiden sollen, der sich schon beim ersten Blick an von den Verhandlungsgrundlagen unterschieden hat. Das ist nicht nur Husch-Pfusch, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Skandal, das wäre ein Übereumpeln des Landtages.

Das kann man sich hier nicht bieten lassen. Es gibt selbst am Balkan höhere Standards, als hier am Montag von der SPÖ an den Tag gelegt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

In Wirklichkeit *(Abg. Christian Illedits: Die Wahrheit ist, dass Ihr nicht aufgestanden seid! Ihr seid nicht aufgestanden!)* ist Ihr Neuwahlantrag, ist der Neuwahlantrag der SPÖ, ein Konkursantrag, eine Bankrotterklärung, denn selbst mit absoluter Mehrheit in der Regierung, im Landtag und in Ausschüssen, sind Sie anscheinend nicht fähig, *(Abg. Christian Illedits: Aber nicht bei der Landesverfassung! Ihr seid nicht aufgestanden, Herr Kollege!)* dieses Land zu regieren.

Das ist keine Empfehlung für einen künftigen Wählerauftrag, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Die Bürgerinnen und Bürger werden das honorieren wissen. Jeder in diesem Land hat durchschaut, dass es der SPÖ nicht um die Demokratie geht, sondern um ein Ausweichen vor der Wien-Wahl.

Die österreichischen Sozialisten fürchten wie der Teufel das Weihwasser, denn wenn in Wien gewählt wird, dann will man ganz einfach nicht dabei sein. Ich sage es noch einmal, schon vor vier Wochen ist hier im Landtag von hochrangigen SPÖ-Vertretern von vier Landtagssitzungen im Dezember gesprochen worden.

Das hat sich bewahrheitet. Das heißt, dass, was hier abläuft, ist klar nach einem schönen Regiebuch gedreht, schon lange geplant gewesen. Wir wissen, dass der Herr Landeshauptmann Niessl auch über eigene Mandatare darüberfahren musste. *(Abg. Christian Illedits: Bei uns? – Abg. Mag. Georg Pehm: Trinken Sie?)*

Es ist ja nicht alles einhellig, solche Aktionen, solche Manöver gehen ja nicht, Herr Kollege Pehm es ist so. Wir haben jetzt den Beweis. Die Verhandlung um eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform im Burgenland waren - wie es der Kollege Tschürtz gesagt hat - von Anfang an auf Scheitern ausgelegt, sonst hätte nicht am Mittwoch der

Landtag (*Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) die Konsenspunkte zur Stärkung des Landtages und der Rechte der kleineren Parteien ohne weiteres wieder an den Ausschuss zurück verwiesen.

Aufs Scheitern ausgelegt, sonst hätte nicht am Mittwoch der Landtag die Konsenspunkte zur Stärkung des Landtages und der Rechte der kleineren Parteien ohne Weiteres wieder an den Ausschuss zurückverwiesen. Wir hätten die, was wir Konsens gestellt haben, auch gemeinsam beschließen können, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP – Abg. Christian Illedits: Proporz haben wir doch gesagt.*)

Es gibt keinen einzigen vernünftigen Grund für vorzeitige Wahlen, außer, dass die SPÖ jetzt lieber wählen will.

Wir wollen arbeiten bis zum Schluss. Wir haben das immer gesagt. (*Abg. Christian Illedits: Ja, gesagt habt Ihr es, aber gemacht habt Ihr es nicht.*)

Wir sehen keinen Grund, den Landtag vorzeitig aufzulösen.

Die SPÖ missbraucht die Landesverfassung für Ihre parteipolitischen Taktierereien, (*Abg. Christian Illedits: Inszenieren! Das ist nicht zum Aushalten.*) für Ihre parteipolitischen Machtspiele, um im Mai die Wahl durchführen zu können.

Ich sage Ihnen: In einer Demokratie muss man jederzeit bereit sein, vor den Wähler hinzutreten und zu sagen, jawohl, bewerte mich, was ich bisher getan habe und bewerte, was ich künftighin in meinen Programmen vorhabe zu tun.

Nur es sieht niemand in der Bevölkerung ein, aus taktischen Gründen vorzeitig eine Legislaturperiode abubrechen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie stellen heute, haben heute schon gestellt, Ihren Konkursantrag, der am Montag beschlossen werden soll. (*Abg. Christian Illedits: ... Ihr habt es gemacht.*)

Sie werden mit ihren 19 Stimmen von 36 diesen Konkursantrag selbst beschließen können.

Drei Parteien im Burgenländischen Landtag sind der Meinung, dass weitergearbeitet werden soll. (*Abg. Christian Illedits: Opposition!*)

Drei Parteien haben in der letzten Landtagssitzung den Antrag, den der Kollege Tschürtz eingebracht hat, auf Weiterarbeiten bis zum regulären Ende dieser Legislaturperiode, zugestimmt. (*Abg. Christian Illedits: Das tun wir auch. Wir arbeiten eh weiter, immer weiter. Das ist doch klar, Herr Kollege Strommer.*)

Sie haben mit Ihrer absoluten Mehrheit diesem Antrag nicht zugestimmt, weil Sie schon wussten, dass Sie am Montag den Landtag auflösen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Abg. Christian Illedits: Wir arbeiten weiter. Da können Sie sicher sein. Wir lassen uns davon nicht abhalten.*)

Das ist es, was Sie wollten! (*Abg. Christian Illedits: Wir lassen uns nicht vom Arbeiten abhalten.*)

Und seien Sie dann auch so viel Manns, seinen Sie so viel Manns genug, und sagen das auch den Burgenländerinnen und Burgenländern, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Sie missbrauchen Ihre Allmacht hier in diesem Haus. Die SPÖ-Spitze hat in den vergangenen Jahren immer wieder ihre absolute Mehrheit - und ich sage Ihnen klar - gegen das Land eingesetzt. (*Abg. Christian Illedits: Dafür hat sich das Land so schlecht entwickelt, nicht?*)

Ich sage Ihnen wo! Sie haben zweimal mit Ihrer absoluten Mehrheit gegen drei im Landtag vertretenen Parteien das Objektivierungsgesetz geändert. Sie haben ein Objektivierungsgesetz hier verändert, das den Namen Objektivierungsgesetz gar nicht mehr verdient. *(Abg. Christian Illredits: Das behaupten Sie!)*

Sie haben beschlossen, hier herinnen, dass bei dringendem Personalbedarf, und den dringenden Personalbedarf entscheidet der Herr Landeshauptmann, dass dann die Objektivierung außer Kraft gesetzt wird.

Der zweite Anschlag war, dass bei Überstellungen von landeseigenen Betrieben in den Landesdienst die Objektivierung nicht gilt. Das heißt, ohne Objektivierung wird in landeseigenen Betrieben aufgenommen *(Abg. Christian Illredits: Hat das Rechtsgültigkeit, Herr Kollege?)* und dann wird in den Landesdienst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier haben Sie das Objektivierungsgesetz pervertiert, mit diesen beiden Beschlüssen hier im Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Verfassungsgerichtshof hat sich in dieser Periode mit Beschlüssen, die Sie als Initiativantrag bei Gesetzen eingebracht haben, so oft befassen müssen wie noch nie. *(Abg. Christian Illredits: Na, geh!)*

Kehrgesetz aufgehoben, das Grundverkehrsgesetz aufgehoben, Kehrordnung, ich weiß nicht, was wir noch alles hatten. Wirtschaftsförderungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben zwar nicht mitgestimmt als Österreichische Volkspartei, trotzdem ist es für den Burgenländischen Landtag kein Renome, wenn hier mit dieser schlampigen Vorarbeit für Gesetze Dinge beschlossen werden, die schlussendlich auch nicht halten, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ähnlich ist es auch jetzt, wo mit dieser Wahlrechtsänderung hier Dinge passiert sind, die so im Vorfeld nie besprochen, geschweige denn Konsens gestellt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Eine absolute Mehrheit kann sich nur selbst blockieren.

Es ist einzigartig auf der ganzen Welt, dass eine mit absoluter Mehrheit regierende Partei jammert, dass sie in der Arbeit behindert wird. Wer kann sie denn hindern, außer sie selbst? Denn wer eine absolute Mehrheit hat, kann sich ja nur selbst behindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage nur mehr drei kurze Punkte, bevor ich einen Abänderungsantrag einbringe, und die muss ich bringen, diese drei kurzen Punkte, weil ich habe ein Plakat von der SPÖ gesehen. 1.000 Startjobs für Jugendliche - erfreulich!

Hätten Sie unserem Antrag beim Budget zugestimmt, *(Abg. Ewald Gossy: Hätten wir nur 500. – Zwiegespräche in den Reihen)* hätten Sie plakatieren können, 1.500 Startjobs, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie! *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Georg Pehm: Sie wollten nicht einmal 1.000.)*

Wir wollten zusätzliche drei Millionen Euro für das Schaffen von zusätzlichen 500 Startjobs.

Ihr Plakat, Kollege Hergovich, gefällt mir sehr gut, 1.000 Startjobs, noch besser würde es mir gefallen, wenn 1.500 draufstehen würde. Sie hätten nur unserem Antrag zustimmen müssen. Erster Punkt. *(Abg. Christian Illredits: Wenn Sie beim Budget mitgestimmt hätten, hätten wir allerhand. Hätten wir auch 100.000 für die Pendler machen können.)*

Der zweite Punkt: Wir wollten zusätzlich zu dem im Budget vorgesehenen Mittel für die Gemeinden weitere fünf Millionen, um im Rahmen der jetzigen Wirtschaftskrise den Betrieben (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist Gießkannen-Politik.*) vor Ort und die Gemeinden sind die größten Auftraggeber, weitere Möglichkeiten der Investition zu geben.

Sie haben für weitere Hilfe der Gemeinden dagegen gestimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das Ausweiten des Haftungsrahmens hätte hoffentlich nichts gekostet.

Es glaubt doch niemand in diesem Land, dass einer der hier 36 gewählten Mandatäre oder ein anderer Burgenländer, der sich die Situation sehr genau ansieht, dagegen ist, dass mehr an Sicherheit gegeben wird. (*Abg. Willibald Stacherl: Die ÖVP!*) Niemand ist gegen einen Assistenzeinsatz, eine Ausweitung, Weiterführung, aufgetreten. Niemand!

Wenn Sie das hier als Grund für einen Neuwahlantrag, das glaubt Ihnen kein Mensch. (*Abg. Mag. Georg Pehm: 19 Prozent mehr Straftaten!*) Ihr einziger Grund ist, dass Sie im Mai wählen wollen, weil Sie hier die größeren Chancen haben, Ihren Allmachtsanspruch auch künftighin ausleben zu können. Das ist Ihr Zugang. (*Beifall bei der ÖVP*)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde ich zu diesem Antrag einen Abänderungsantrag einbringen.

Ich verlese die Beschlussformel Ihres Antrages: Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert, ungeachtet der Landtagswahl 2010, so schreiben Sie das, kontinuierlich zu arbeiten und weiterhin die konsequente Umsetzung aller bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung zu ermöglichen.

Dem könnten wir ja zustimmen, wenn wir nicht wüssten, dass Sie die Periode 2010 verkürzen wollen. Auch 2010 wählen.

Deshalb werden wir in unserem Abänderungsantrag die Beschlussformel so formulieren: Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, bis zum regulären Ende der laufenden Legislaturperiode kontinuierlich zu arbeiten und weiterhin die konsequente Umsetzung aller bereits eingeleiteten und noch zu erarbeitenden Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung zu ermöglichen.

Ich darf Sie einladen, diesem unseren Abänderungsantrag die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der ÖVP - Abg. Ing. Rudolf Strommer übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die weiteren Verhandlungen mit einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Die Klubobfrau Krojer hat heute vieles gesagt. Einen Satz möchte ich besonders herausheben. Der war nämlich sehr gut und muss unterstrichen werden.

Das war ein Satz, den sie zitierte von einer Dame, die gestern interviewt wurde, der im Wesentlichen sinngemäß gelautet hat: „Der Landeshauptmann wird's schon richten.“

Und das kann ich unterstreichen, denn der Landeshauptmann hat es in der Vergangenheit gerichtet, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die ist bei Euch angestellt, oder? Angestellte der SPÖ! – Zwischenruf der Abg. Maga. Margarethe Krojer)* er tut es jetzt, er tut es weiter bis zum Wahlbeginn, und ich kann Ihnen jetzt schon prophezeien, er wird es auch in Zukunft tun. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber die Kollegin Krojer hat sich in einer Art und Weise wieder hier präsentiert und hat hier vorgeworfen, es würden hier Steuergelder für Inserate verwendet und dergleichen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: So viel verdient ein Arbeiter in zwei Jahren, was Sie in einer Woche rausgeworfen haben.)*

Und da habe ich mir angeschaut, wie Grüne mit Inserate umgehen. Es gibt nämlich einen Grünen, immerhin einen Grünen, der in dieser Republik Regierungsverantwortung trägt, und das ist der Landesrat Rudi Anschober.

Und der hält, meine sehr geehrten Damen und Herren, jährlich Schaltungen ab, von 500.000 Euro für Inserate. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Wie viel? 500.000 Euro!)* Kollegin Krojer, 500.000 Euro!

Ich denke, alle Ihre Vorwürfe, Kollegin Krojer, lösen sich in Luft aus, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Der steht nicht zur Wahl. Aber Ihr steht zur Wahl. – Abg. Christian Illedits: Das ist eine Grün-Politik. So san's! – Zwiegespräche in den Reihen – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* und es tut mir zwar leid, aber Sie sollten besser recherchieren, wenn Sie über das eine oder andere Inserat sprechen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Soll ich Euch erzählen, was der Haider in Oberösterreich macht? Der ist die Oppositionspartei. – Abg. Christian Illedits: Ja, klar! – Abg. Maga. Margarethe Krojer: Minus 13 Prozent hat er bei der Wahl abgeschnitten. Das ist Oberösterreich.)*

Zum Kollegen Tschürtz. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: SPÖ - Minus 13 Prozent in Oberösterreich! Willst Du Dich mit Oberösterreich vergleichen? Dann tu es!)* Kollegin Krojer, regen Sie sich nicht so auf, Sie brauchen ja nicht nervös werden, es passiert Ihnen ja nichts.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Am Wort ist der Redner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ) *(fortsetzend)*: Beruhigen Sie sich wieder!

Herr Kollege Tschürtz, ich nehme das durchaus als Kompliment auf. Sie sagen, die Regierung streitet, hängen gleichzeitig den Satz an, aber streitet bitte weiter.

So schlecht kann ja das nicht sein, was wir tun, weil wenn Sie gegen vorgezogene Wahlen sind, dann muss man ja davon ausgehen, dass zumindest ein Teil der Regierung hervorragend arbeitet. Und ich nehme das durchaus als Kompliment auf, wenn die FPÖ sagt, aber auch die Grüne sagt, bitte wählen wir ja nicht früher, weil es rennt eh so gut, Ihr macht es eh so gut, Ihr seid eh so fleißig, tut nur so weiter. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das hat niemand gesagt. Geh bitte! Da warst in einem anderen Film! Oder Theater! – Zwiegespräche in den Reihen – Abg. Johann Tschürtz: Das war Ostern. - Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das ist eine Inszenierung. – Abg. Johann Tschürtz: Der zweite Akt!)*

Ich muss auch auf eine Aussage, Kollege Tschürtz, zurückkommen, wo Sie sagen, was ändert sich nach der Wahl? Und Sie haben eines schon angedeutet. Es geht in Wahrheit um ein Mandat. Die ÖVP muss noch ein Mandat verlieren, dann gibt es eine Zwei-Drittel-Mehrheit abseits der ÖVP und dann ist vieles möglich. Und darauf setze ich. Ich setze auch auf ein weiteres Indiz, nämlich, wenn die ÖVP ein Mandat verliert, dann ist es so, dass sich die konstruktiven Kräfte in der ÖVP wieder durchsetzen werden und ein

Burgenlandweg wieder beschriftet wird, der die konstruktiven Kräfte miteinander wieder arbeiten lässt.

Dass das jetzt nicht so ist, erleben wir ja tagtäglich.

Wenn vom Kollegen Strommer, der sich heute hier herstellt und zum Philosophieren beginnt, Herr Kollege Strommer, und es schneit zwar heute, aber hören Sie bitte auf, mit diesen Weihnachtsmärchen!

Denn, wenn Sie hergehen und von Sicherheit sprechen und seit heute in der Früh läutet bei mir fast minütlich das Telefon, wo sich Exekutivbeamtinnen und Exekutivbeamte bei mir beschweren, dass jetzt kurz nach der Personalvertretungswahl heute die Marschbefehle kommen und viele Polizistinnen und Polizisten von Jennersdorf, von Neusiedl wieder einmal dienstzugeteilt werden nach Niederösterreich, nach Wien und dergleichen, dann ist das ein Armutszeugnis, ist doppelbödig und zeigt, wie die ÖVP hier agiert. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der Kollege Strommer hat auch einen Esel in sein Gebet genommen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! – Zwiegespräche in den Reihen)* Und das erinnert mich sofort irgendwie an den Zustand der ÖVP unter dem Motto „Tischlein deck dich, Esel streck dich“. Wir bleiben bei unseren Dienstwägen, wir bleiben bei unseren Gagen, wir wollen den Proporz aber nicht abgeben. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Ihr auch nicht!)* Tischlein deck dich, das ist das Motto der ÖVP, und ich denke, das wird der Wähler auch ordentlich abstrafen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, ich frage mich, warum haben Sie denn so Angst vor Wahlen? Warum sind Sie so ängstlich? *(Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Wir sind gewählt für fünf Jahre.)* Warum scheuen Sie die Wahlen wie der Teufel das Weihwasser? Haben Sie nichts vorzuweisen in viereinhalb Jahren?

Ich denke, das werden sich auch die Bürgerin und der Bürger fragen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Vier Jahre!)* Denn, wenn Sie gearbeitet hätten, dann hätten Sie auch keine Angst haben müssen, dann könnten Sie auch guten Wissens in diese kommende Wahl marschieren.

Meine Damen und Herren! Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit ist natürlich das Gebot der Stunde. Ich bin sehr froh, dass die konstruktiven Kräfte in diesem Land hier gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit ankämpfen, denn der Landeshauptmann mit dem Landesrat Dr. Peter Rezar hat mit den Sozialpartnern, mit der Arbeiterkammer, mit der Wirtschaftskammer, mit den Sozialpartnern, aber auch mit dem WIFO ein tolles Kraftpaket, ein Konjunkturpaket geschnürt.

Das hilft, das wirkt, das zeigt schon, dass wir den zweitgeringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Burgenland verzeichnen können. Und das ist ausschließlich die Leistung des arbeitenden Teils in der Regierung, der SPÖ-Mandatäre, denn die ÖVP hat sich hier ins Winkeln gestellt und gesagt, wir wollen da nicht mitmachen, wir lassen die Burgenländerinnen und Burgenländer im Stich.

Dafür gibt es ja Gott sei Dank die SPÖ-Regierungsmitglieder und die machen das auch hervorragend. *(Beifall bei der SPÖ)*

Beispielsweise hat sich durch die Anhebung der Landeshaftungen von 80 auf 100 Millionen Euro bewährt, dass viele Kleinbetriebe und mittlere Betriebe diese Maßnahmen auch anfragen und bekommen.

Aber darüber hinaus haben das Land und die landesnahen Betriebe fest investiert, nämlich 2009 und 2010 430 Millionen Euro, wobei 117 Millionen Euro an Investitionen vorgezogen wurden.

Ich denke, auch eine wichtige Säule ist beispielsweise die Wohnbauförderung. Hier wurden 37 Millionen Euro aufgestockt, auf 143 Millionen Euro.

Wir dürfen und wir wollen aber auch nicht jene im Stich lassen, die diese Wirtschafts- und Finanzkrise besonders trifft. Und das sind eben junge Leute, die hier unter die Räder kommen würden, wenn nicht der arbeitende Teil der Regierung hier etwas unternehmen würde. Nämlich ein neun Millionen Euro Paket für 1.000 Jugendliche, die hier eine Zukunftsperspektive, eine Zukunftschance, erhalten.

Wenn ich beispielsweise an ein sehr erfolgreiches Projekt denke, wo uns ganz Österreich darum beneidet, wo der arbeitende Teil dieser Regierung, mit den konstruktiven Kräfte des Landes ein Konzept erarbeitet hat - Lehre mit Matura -, das sehr erfolgreich unterwegs ist, das von allen Bundesländern abgeschaut wird, und wo wir feststellen, dass rund zehn Prozent aller Lehranfänger hier daran teilnehmen. Dann ist es eine Erfolgsgeschichte und, ich glaube, da kann man auch einen kräftigen Applaus dem Landeshauptmann und dem dafür zuständigen Landesrat Dr. Peter Rezar gewähren, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und gerade weil dem arbeitenden Teil der Regierung die Jugend besonders am Herzen liegt, wurde hier ein Beschäftigungs- und Ausbildungspaket geschnürt.

Dieses Paket hat den Fokus auf zwei Zielgruppen. Die eine Zielgruppe sind die bis 19-Jährigen und die zweite Zielgruppe sind die 19- bis 24-Jährigen.

Ich denke, da ist auch einiges herzeigbar. In Summe gibt es 446 Ausbildungsplätze und Lehrstellen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten. 20 der insgesamt Kurse finden in einer der zwölf Lehrwerkstätten statt. Mit diesem Angebot in den BAG-Maßnahmen wird jedoch jungen Burgenländerinnen und Burgenländer eine Facharbeiterausbildung geboten.

Für die Zielgruppe der 19- bis 24-Jährigen werden vier Ausbildungszweige angeboten. 50 junge Burgenländerinnen und Burgenländer können die Maßnahme, wie beispielsweise „Reif für den Job“ ergreifen. Da holen sie auch die Matura beispielsweise nach.

Land und AMS haben auch zwei Jugendstiftungen mit insgesamt 170 Plätzen ausgearbeitet. 50 stehen in einer Outplacement-Stiftung zur Verfügung und 120 werden in „Learning bei Doing“ parallel zur Arbeit in einem Betrieb besser qualifiziert.

Auch „Jobtimissmus 2“ ist wieder Thema. Hier gibt es in 18 Monaten eine Facharbeiterintensivausbildung, die sehr gut auch angenommen wird.

Zusätzlich bietet das Arbeitsmarktservice Kurse für mehr als 200 Jugendliche an. Diese Kurse dauern durchschnittlich drei Monate und sollen jungen Burgenländerinnen und Burgenländer bis 24 schneller zu einem Job verhelfen.

In Summe stehen also neun Millionen Euro zur Verfügung. 1.000 junge Burgenländerinnen und Burgenländer werden davon profitieren.

Bildung und Qualifikation schützen vor Arbeitslosigkeit und, ich denke, da müssen wir auch insbesondere in den kommenden Wochen noch sehr stark daran arbeiten.

Aber ich bin auch froh, dass der Finanzlandesrat Helmut Bieler dieses wichtige Budget geschnürt hat. Denn dieses Budget ist ein ganz klares Zeichen, dass der arbeitende Teil dieser Regierung Verantwortung in schwierigen Zeiten übernommen hat.

Dieses Budget ist auch die Grundlage für jeden Impuls, der hier im Landtag beschlossen wird.

Jeder Impuls, der im Burgenland dazu beiträgt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Job behalten.

Dieses Budget ist der Impuls, dass die Konjunktur belebt wird.

Dieses Budget stärkt die kleinen und mittleren Betriebe und dieses Budget dient zur Sicherung der Arbeitsplätze und bietet vor allem jungen Burgenländerinnen und Burgenländer die Chance auf einen Ausbildungsplatz, die Chance auf eine Zukunftsperspektive.

Warum Sie von der ÖVP Angst vor Wahlen haben, verstehe ich, denn all da waren Sie nicht dabei.

Da gibt es keine Zukunftschancen für junge Burgenländerinnen und Burgenländer.

Da gibt es keine Perspektiven und Investitionen für kleine und mittlere Betriebe.

Da haben Sie die Burgenländerinnen und Burgenländer im Stich gelassen, und ich denke, Sie haben auch die Burgenländerinnen und Burgenländer im Stich gelassen im Bereich der Sicherheit, wenn es darum geht, dass heute wieder der Marschbefehl kommt für dutzende Polizistinnen und Polizisten, die aus dem Burgenland wieder dienstzugeteilt werden.

Die Kriminalität steigt, die Aufklärungsquote sinkt und der Kollege Strommer tut so, als wäre hier alles in Ordnung.

Ich denke, die Wählerinnen und Wähler wissen aber genau, dass das nicht so ist und sie wissen auch, wer dafür verantwortlich ist.

Kollege Strommer, wir werden vom Arbeiten nicht aufhören. Der arbeitende Teil dieser Regierung wird weiterarbeiten, wird zig, zwanzig, weiß nicht wie viele Regierungssitzungen noch machen, hunderte von Akten noch beschließen, in etwa 800, und auch der Landtag wird noch öfters und vielleicht sogar öfters als geplant tagen und hier weiterarbeiten.

Sie können sich darauf verlassen, dass die SPÖ Verantwortung in schwierigen Zeiten übernimmt, weiter für dieses Land arbeitet, während sich die ÖVP ins Winklerl stellt, schmollt und sagt, alle sind schuld, nur nicht wir.

Aber ich denke, da hat keiner Verständnis und schon gar nicht die Wählerinnen und Wähler.

Ich habe natürlich auch ein tolles Wording der ÖVP erhalten, das gestern ausgesendet wurde und da versucht wird, zwar glaube ich, nicht sehr erfolgreich, aber der Versuch gestartet wird, dass die ÖVP der SPÖ jetzt die Schuld geben muss und das ist eigentlich eh alles so unfair und eigentlich hätte ja die ÖVP alles im Griff gehabt und so viel gearbeitet, denn es gilt jetzt auch die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es gilt natürlich jetzt auch die Betriebe zu unterstützen und es gilt jetzt auch die Gemeinden zu stärken.

Ich frage mich, was war denn die letzten vier Jahre? Hatten da die Jugendlichen keine Probleme, hatten die Gemeinden keine Probleme, gab es keine Probleme für die Betriebe? Warum kommt man da jetzt drauf und da gibt es ein Zitat: „Am Ende des Tages wird der Faule fleißig.“ Das stammt von einem ÖVP-Mandatar, das gebe ich hier gerne zurück. Ich denke, das trifft die Sache sehr gut.

Und dann wird der Versuch gemacht, die SPÖ hat gegen die Budgetvorschläge gestimmt. Die SPÖ stellt sich damit gegen die burgenländische Jugend, gegen die burgenländischen Gemeinden und gegen die burgenländischen Betriebe. *(Beifall des Abg. Ing. Rudolf Strommer)*

Ich frage mich, Herr Kollege Sagartz, *(Zwischenruf des Abg. Christian Sagartz, BA)* wer hat denn in diesem Hohen Landtag das Budget beschlossen? War es die ÖVP oder war es die SPÖ, die Verantwortung in schwierigen Zeiten übernommen hat? *(Beifall bei der SPÖ)*

In diesem Sinne kann ich Ihnen versprechen: Ich gebe eine Garantie für alle SPÖ-Abgeordneten und auch für die Regierungsmitglieder der SPÖ, dass wir uns von niemandem aufhalten lassen zu arbeiten, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Das Erste stimmt, der zweite Zusatz war ...)* und schon gar nicht von jenen, die bis jetzt noch nichts getan haben. *(Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP)*

Wir werden weiter im Interesse der Burgenländerinnen und Burgenländer für unser Heimatland, für die Menschen in diesem Heimatland arbeiten. Darauf können sich die Burgenländerinnen und Burgenländer verlassen! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Im Schritt – Marsch! Und geht schon.)*

In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Es liegen nun mehrere Anträge zur Abstimmung vor. Ich lasse zunächst als ersten Antrag über den von der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den weiteren von Landtagsabgeordneten Ing. Strommer eingebrachten Abänderungsantrag und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag vom Abgeordneten Ing. Strommer zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag ist somit abgelehnt.

Ich bitte um Ruhe während des Abstimmungsvorganges.

Ich lasse nunmehr über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung, Zahl 19 - 864, Beilage 1384, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Arbeitsplatzsicherung und Konjunkturbelebung, Zahl 19 - 864, Beilage 1384, ist somit mehrheitlich angenommen.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftsförderung (Zahl 19 - 866) (Beilage 1386)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag.

Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftsförderung, Zahl 19 - 866, Beilage 1386, und ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich habe vieles davon schon in meinem vorigen Redebeitrag argumentiert, weil wir der Meinung sind, dass Schluss sein muss mit diesen Selbstinszenierungen und dass Arbeit ansteht.

Auch wenn hier noch einmal alle betonen, dass sie arbeiten wollen, frage ich mich, ob tatsächlich gearbeitet wird? Und wir werden auch uns das anschauen, was in den nächsten Wochen passiert.

Ich habe heute schon gesagt, Geld wird schon ausgegeben, auf Teufel komm raus. (*Abg. Robert Hergovich: 500.000 Euro!*) 50.000 Euro haben der Landeshauptmann-Stellvertreter und der Landeshauptmann in einer Woche ausgegeben, (*Abg. Christian Illedits: Hoffentlich stimmt das, was Sie sagen.*) das kannst nachrechnen, (*Abg. Christian Illedits: Ja! Ja! Sie können alles gut nachrechnen. Ich kann mich erinnern an die Bank-Burgenland-Rechnungen. Die haben auch alle gestimmt?*) eine ganze Seite in der Kronen Zeitung mal zwei. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Durch zwei! Weihnachtsaktion! Das müsste Ihr Klub wissen. 50 Prozent Minus.*) Eine ganze Seite in der Kronen Zeitung mal zwei, ungefähr 8.000 Euro pro Seite. (*Abg. Mag. Georg Pehm: 50 % Rabatt!*)

Ganze Seite in den Bezirksblättern, ganze Seite in der BVZ, ganze oder halbe Seite im Kurier, Sie können sich das ausrechnen, Sie wissen die Inseratenpreise genauso wie ich. Es sind knappe 50.000, also 46.000 Euro macht das aus, (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das stimmt aber nicht! Stimmt überhaupt nicht!*) weil es mal zwei ist.

Herr Kollege Pehm, wenn Sie Sonderkonditionen haben, (*Abg. Mag. Georg Pehm: Das haben alle! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) das sind die offiziellen Anzeigepreise. (*Abg. Christian Illedits: Aus dem Internet?*) Die habe ich hier genommen, ich weiß nicht, welchen Mengenrabatt Sie irgendwo haben.

Ein anderes Beispiel kann ich Ihnen auch noch gerne sagen, über den Missbrauch - der Herr Landesrat Rezar ist jetzt nicht da - zum Beispiel von Geldern, die der KRAGES gehören.

Da läuft im BKF ein Werbebeitrag, wo der Herr Landeshauptmann den Herrn Landesrat zu den Spitälern interviewt - unten KRAGES. Natürlich zahlt die Werbung die KRAGES. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Wer ist Aufsichtsratsvorsitzender?*)

Wenn ich mir das anschau, da passiert offensichtlich ein Missbrauch. Mit fremdem Geld kann man leicht Werbung machen, keine Frage. (*Abg. Christian Illedits: Sie lenken jetzt ab.*)

Ich möchte zur Dringlichkeit meines Antrages zurückkehren. (*Abg. Christian Illedits: Sie lenken von der Forderung ab, die Sie gestellt haben.*) Wir sind der Meinung, dass gearbeitet werden soll. (*Abg. Christian Illedits: Sie wollten mehr Geld haben. Sagen Sie, dass Sie mehr Geld wollten bei den Verhandlungen! Das war Ihr Ansinnen. Sie wollten mehr Geld haben!*)

Nein, (*Abg. Christian Illedits: Na klar! So schaut es aus!*) wenn Ihr die landeseigenen Institutionen missbraucht, um für Euch Wahlwerbung zu machen, (*Abg. Mag. Georg Pehm: So tief.*) und wenn Ihr den Landtag missbraucht, um Eure Inszenierungen abhalten zu können, es hält Sie ja niemand auf, Sie tun das ja, ob wir

dafür sind oder nicht - also wozu? Da brauchen wir gar nicht viel diskutieren. (Abg. Christian Illedits: Was tun Sie?)

Die Dringlichkeit unseres Antrages möchte ich hier noch einmal vor Augen führen. Internationale ExpertInnen sind sich einig, dass grüne Jobs und nachhaltige Energieversorgung das größte Zukunftspotential für unsere Wirtschaft und für unsere Arbeitsplätze bieten.

Wir brauchen Investitionen und zwar zusätzliche Investitionen in diese Arbeitsplätze. Das macht das Burgenland attraktiv für Arbeitsplätze und als Lebensraum.

Als Beispiel möchte ich nur sagen: In Deutschland wurden seit der Einführung des erneuerbaren Energiegesetzes 280.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das sind Vorgaben, das hat eine grüne Regierungsbeteiligung dort erwirkt.

Was haben wir? Den absoluten Stillstand. (Abg. Christian Illedits: Dann müssen wir mit dem Berlakovich reden.)

Bitte, wer sitzt in der Regierung? Der Minister Berlakovich, der ständig Blabla macht, null Kompetenzen hat, null Geld hat, (Abg. Mag. Georg Pehm: Aber entschuldige!) aber er sitzt in einer rot-schwarzen Regierung, die nicht gewillt ist, ein ordentliches Ökostromgesetz zu machen.

Wie haben denn die burgenländischen ÖVP-Nationalratsabgeordneten in Wien beim Ökostromgesetz gestimmt? (Abg. Ing. Rudolf Strommer: So wie die SPÖ-Abgeordneten.) Genau! Ihr ward Euch einig. In dieser Regierung ward Ihr Euch einig.

Genauso wie die ÖVP-burgenländischen Nationalratsabgeordneten haben auch die SPÖ-burgenländischen Nationalratsabgeordneten für das Ökostromvernichtungsgesetz gestimmt. (Abg. Christian Illedits: So dumm ist das Gesetz doch nicht.)

Und sich dann herzustellen und zu sagen, wir sind für ein energieautarkes Burgenland, das ist ja wirklich der Gipfel der Zumutung. (Abg. Christian Illedits: Schauen Sie, wenn wir die Einspeisetarife ... - Abg. Mag. Georg Pehm: Der Landwirtschaftsminister ist von den Schwarzen, der Wirtschaftsminister ist von den Schwarzen und der Finanzminister auch.)

Ja. Genau. (Abg. Mag. Georg Pehm: Und dann tun Sie nicht differenzieren. – Zwiesgespräche in den Reihen) Ich darf nur daran erinnern, dass der Herr Landeshauptmann von einem energieautarken Burgenland spricht, als Vorstandsmitglied der Bundes-SPÖ diesem Regierungsprogramm zugestimmt hat, in die Verhandlungen involviert war. (Abg. Mag. Georg Pehm: Keine Budgetziffer drinnen.)

Und da gehen wir her, und da möchte ich jetzt nicht den Landeshauptmann alleine bezeichnen, sondern ich möchte auch die ÖVP hier mit in dieses Boot hineinnehmen. (Abg. Mag. Georg Pehm: Wow! Etwas ganz Neues!) Hier im Burgenland sich hinzustellen und erzählen, was man alles besser macht, im Bund aber ganz was anderes stimmt, das nenne ich Doppelbödigkeit in der Politik. Das ist Doppelmoral. (Beifall bei den Grünen)

Zum Dringlichkeitsantrag zurück. Ähnlich wie die Situation, ich habe das schon erläutert, im Ökobereich, ist es auch im Bereich einer sich abzeichnenden Sozialkrise.

Pflege-, Gesundheits- und Betreuungsleistungen werden immer wichtiger und es gibt keine Maßnahmen oder ganz wenige Maßnahmen, nur um diese Berufe attraktiver zu machen.

Auch der Bildungsbereich vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung, auch dieser wird in Zukunft ein wichtiger Jobmotor sein.

Das sind die Sektoren, die die höchsten Wachstumsraten haben.

Investitionen in Pflege, Gesundheit und Kinderbetreuung sind daher wichtig.

Wir haben, wie gesagt, diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht - mit konkreten Vorschlägen, wie zum Beispiel Sanierungsscheck, das heißt, Investitionen tätigen, um die Sanierung anzuheizen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nur daran erinnern, dass der Bund 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Unsere Landespolitiker sagen: Der Bund muss erhöhen. Ja, das ist richtig. Der Bund muss noch einmal diese Initiative machen, denn 50 Millionen Euro entsprechen analog, ich habe es schon mehrmals gesagt, den Ausgaben für ungefähr 2 Kilometer Autobahn.

12.000 gab es in zwei Monaten an Anträgen, die herein gekommen sind. Das Geld wurde völlig unbürokratisch ausbezahlt. Im Burgenland hat man in demselben Zeitraum von zwei Monaten keinen einzigen Antrag noch bearbeitet, weil man Einkommensgrenzen eingezogen hat.

Genau jenes untere Einkommensteil der Bevölkerung hat jetzt im Zuge der Wirtschaftskrise gar nicht das Geld, es so zu investieren. Das heißt, wir brauchen hier höhere Einkommensgrenzen, um auch tatsächlich einen Jobmotor auszulösen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir brauchen die Steigerung der Energieeffizienz. Wir brauchen den Ausbau von erneuerbaren Energien. Tatsache ist, dass wir seit drei Jahren einen absoluten Stillstand haben.

Der Anteil der erneuerbaren Energien sinkt beim Stromanteil. Wir brauchen eine Verkleinerung der Gruppengröße. Wir brauchen alternative Pflegemodelle. Wir müssen mehr in Ausbildung und Qualifizierung investieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

In diesem Sinne haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um endlich wieder das Augenmerk auf das Arbeiten zu lenken, und uns hier nicht ständig nur zu beflegeln. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Christian Sagartz, BA das Wort.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der Grünen umfasst sehr weit reichende Maßnahmen und behandelt im Groben sicherlich Ziele und Inhalte, die allen hier vertretenen Fraktionen gemeinsam sein werden.

Insbesondere möchte ich dieser Formulierung, dass es nur eine umweltbewusste Rhetorik gibt und dass die Bundes- und Landesregierung bisher nicht zum nötigen Umdenken bewegt werden konnte, schon entgegenhalten, dass es viele Initiativen gegeben hat.

Eine davon, von den Grünen selbst eingebracht, war der Sanierungsscheck. Auch hier gab es einheitlich die Meinung, dass ein Sanierungsscheck kommen soll. Ich gebe Ihnen auch Recht, dass hier ein Verbesserungsbedarf besteht und es hier zu Optimierungen kommen soll. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Vor allem läuft es Ende des Jahres aus. Nicht zu vergessen.)*

Ich denke mir trotzdem, dass man nicht sagen kann, dass es nur um Rhetorik gegangen ist. Auch hier gab es Initiativen. Von den Initiativen auf Bundesebene möchte ich gar nicht sprechen.

Ich finde es von den Grünen allerdings kleinlich, einen Umweltminister, der erst ein Jahr im Amt ist, Unterstellungen zu machen, (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Die Grünen von Österreich. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) er hätte über Monate oder über Jahre diese Initiativen setzen können, um einer drohenden Klimaerwärmung entgegenzuwirken.

Ich denke mir, das ist etwas scheinheilig und das weise ich auf das Schärfste zurück. (*Beifall bei der ÖVP*)

Die in Ihrem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen für die Burgenländische Landesregierung als Aufforderungskatalog kann meine Fraktion größtenteils nachvollziehen. Die Einführung des Sanierungsschecks habe ich bereits erwähnt. Die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, aber auch die Stärken der regionalen Wirtschaftskreisläufe sind ein gutes Beispiel, wo die Landesregierung Handlungsbedarf hat.

Ich möchte nur anmerken, dass es auch Klein- und Kleinstbemühungen gibt, um hier die regionale Wertschöpfung zu erhöhen. Ich möchte nur ein kleines Beispiel bringen, weil es mir persönlich sehr gut gefällt.

Ich denke, dass es auch in solchen Momenten notwendig ist, das in den Mittelpunkt zu stellen. Es gibt Vermarktungsgemeinschaften. Es gibt auch im Burgenland sehr viele Initiativen.

Ich denke hier an PIO, an die Pinkafelder Obstverwertung, wo über 1.200 Mitglieder gemeinsam in die Wertschöpfung regionaler Produkte investieren, wo auch in den nächsten Jahren sehr zukunftsweisend investiert werden wird.

Das ist für mich ein tolles Beispiel, wie man regionale Wertschöpfung auch im kleinsten Bereich steigern und erhöhen kann. Solche Beispiele möchte ich erwähnen und auch seitens der Burgenländischen Landesregierung unterstützenswert wissen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Die Verkleinerung der Gruppengrößen in den Kinderbetreuungseinrichtungen findet sicherlich auch unsere Unterstützung. Auch die Förderung der mobilen Pflege und alternative Pflegemodelle. Hier muss man sich das natürlich im Detail ansehen. Das wird auch sicherlich intensiv verhandelt werden müssen, welche Modelle und welche Art der Alternativen hier gemeint sind.

Gegen eine Verstärkung der Ausbildung, Qualifizierung der KindergartenpädagogInnen wird wohl niemand hier im Hohen Haus etwas haben.

Natürlich, und da werde ich vor allem den Kommunalpolitikern aus der Seele reden, muss man sich auch Gedanken darüber machen, wer am Ende des Tages die Rechnung dafür bezahlen muss, weil ich nicht auf der einen Seite sagen kann, ich möchte die KindergartenpädagogInnen auf einem höheren Qualifizierungs- und Ausbildungsniveau wissen und ihnen andererseits dasselbe Gehalt weiter bezahlen.

Auch die Nachmittagsbetreuung im Pflichtschulbereich muss ausgebaut werden. Die ÖVP bekennt sich zu einer ganztägigen Betreuungsform. Es soll hier viele Möglichkeiten geben. Auch die differenzierten Schulformen sollen weiterhin erhalten bleiben. Eine Nachmittagsbetreuung soll dort angeboten werden. Was wir nicht wollen, aber das steht auch nicht im Antrag, ich möchte es lediglich hier mitdeponiert wissen, ist die Verpflichtung zu einer Ganztagschule.

Die ÖVP bekennt sich zu ganztägigen Betreuungsformen, auch in Kombination mit den Schulen, aber nicht für eine Ganztagschule im Sinne des sozialdemokratischen Modells.

Ich möchte eine Anmerkung machen, die mir heute im Laufe der Fragestunde aufgefallen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kollege Pehm! Ich möchte Sie in aller Ruhe und aller Förmlichkeit daran erinnern, dass Sie den Ausspruch „Störenfried“ getätigt haben. Ich nehme an, Sie haben damit mich gemeint und haben gemeint, wenn ich von meinem Fragerecht als Abgeordneter Gebrauch mache, dann bin ich ein Störenfried. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Nein, nicht deswegen, sondern weil Sie ununterbrochen dazwischen gequatscht haben.)*

Sie haben heute dem Herrn Landtagsabgeordneten Strommer vorgeworfen, *(Abg. Mag. Georg Pehm: Weil Sie ständig dazwischen gequatscht haben.)* er sei intellektuell nicht in der Lage, Ihrer Argumentation zu folgen und haben daraufhin noch eines nachgeschossen und haben gemeint: „Trinken Sie?“ *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Abgeordneter! Ich weiß, die Landtagswahlen stehen nahe. Ich weiß, dass die Nervosität und auch die Anspannung groß sind. Aber, ein gewisses Niveau der Zwischenmenschlichkeit sollten Sie sich sehr wohl bewahren.

Sie waren einer der Ersten, der sich über den Tonfall im Hohen Haus aufgeregt hat. Ich habe das noch gut in Erinnerung.

Herr Abgeordneter! Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wo sind die Grenzen, wenn man einem Kollegen unterstellt, dass er intellektuell nicht in der Lage sei, einem zu folgen, ihm sogar Alkoholismus unterstellt und einen anderen Kollegen als Störenfried bezeichnet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Grenzen hat man in dieser Republik schon einmal überschritten. Das war zu unseligen Zeiten. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Na, na! Das waren die Austrofaschisten!)* Kollege Pehm! *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das waren die Austrofaschisten!)* Sie disqualifizieren sich! *(Abg. Mag. Georg Pehm: Nein! Das waren die Austrofaschisten! Lernen Sie Geschichte!)*

Sie schreiben Bücher. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Lernen Sie Geschichte!)* Sie geben sich als Herausgeber wissenschaftlicher Forschungen und dann disqualifizieren Sie sich mit solchen Aussagen. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Lernen Sie Geschichte! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das haben wir beide nicht notwendig. Das hat vor allem das Hohe Haus nicht notwendig. Bitte mäßigen Sie sich. Dieses Niveau ist nicht erträglich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte Ihnen nur vorlesen, was ich dieser Tage, nämlich heute, in meinem Postfach gefunden habe. Da schreibt mir jemand: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, für die Zusammenarbeit und die Unterstützung zu danken. Ich wiederhole: Ein aufrichtiges Bedürfnis!

Wissen Sie, Herr Kollege Pehm, wer mir das geschrieben hat? *(Abg. Mag. Georg Pehm: Ich nehme an, dass Sie es gleich sagen werden.)* Mit den besten Glückwünschen zu Weihnachten. Mit den besten Grüßen - Hans Niessl, Landeshauptmann vom Burgenland.

Ich denke mir, wenn der Herr Landeshauptmann der Auffassung ist, dass wir alle gut zusammenarbeiten und wir unserer gegenseitige Unterstützung brauchen, dann

verstehe ich nicht, warum Sie, als seine Mandatäre, heute einen Auflösungsbeschluss des Landtages herbeiführen möchten oder zumindest eingeleitet haben? (*Allgemeine Unruhe*)

Ganz verstehe ich das nicht. Ich kann es mir nur so erklären. (*Abg. Kurt Lentsch: Loswerden wollen Sie uns! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Mit Kugelschreiber!*)

Ich habe mir das jetzt angesehen, denn es ist schon ein einheitliches Bild. Es gibt zwei, drei Akteure. Kollege Illedits! Wir kennen uns schon sehr lange.

Christian! Ich glaube, dass muss ich hier nicht betonen. Ich kenne Dich auch aus Deiner Funktion als Bürgermeister. Du hast Dich heute sehr schwer getan, (*Abg. Christian Illedits: Nein, nein! Das war nicht schwer!*) hier zu argumentieren, warum aus diesen Gründen, die Du genannt hast, es absolut notwendig ist, den Landtag aufzulösen. (*Abg. Christian Illedits: Aber das Ganze darzustellen war schwer.*)

Ich verstehe das. Lass mich es nur ganz kurz zu Ende formulieren. Ich verstehe, dass es jetzt aus parteitaktischen Gründen notwendig ist, so zu argumentieren.

Die Österreicher, nicht nur die Burgenländer, haben sich in der nationalen Presse längst ein Bild gemacht. Da gibt es ein einheitliches Bild.

Ich möchte nur die Wiener Zeitung zitieren. Die titelt am 15.12.: Auf der Flucht vor Straches langem Schatten wählt das Burgenland im Mai. Das ist die Zusammenfassung der nun mittlerweile tagelang andauernden Inszenierung. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wir müssen uns doch nicht hinter fadenscheinigen Ausreden verstecken, wenn wir der Auffassung sind - und ich rede jetzt aus dem Blickwinkel der SPÖ -, dass es günstiger ist, im Mai zu wählen. (*Abg. Christian Illedits: Christian! Das gelingt Dir nicht!*)

Es ist selbstverständlich Ihr gutes Recht, wenn Sie 19 von 36 Mandatären stellen, zu sagen: Wir wollen nicht mehr! Sie wollen den Burgenländern weismachen, dass man, weil es im Landtag Initiativen gibt, die man nicht unterstützenswert findet, (*Abg. Christian Illedits: Das wollen wir nicht mehr! Genau!*) den Landtag auflösen muss.

Weil der Herr Klubobmann und der Herr Landtagspräsident eine Zufahrtsstraße fordern, muss man den Landtag auflösen? Weil es angebliche Interventionen gegen einen Assistenzinsatz in Eisenstadt gibt, muss man den Landtag auflösen?

Ich möchte Sie fragen: Wo ist den schwarz auf weiß diese Intervention, die es absolut notwendig macht, jedem Burgenländer zu sagen: Mit dieser ÖVP, mit der FPÖ und mit den Grünen geht nichts mehr! Wir müssen den Landtag auflösen! (*Abg. Christian Illedits: Am Montag sind Sie nicht aufgestanden, Herr Kollege! Oder sind Sie aufgestanden? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das stimmt, aber dieses Argument haben Sie erst zuletzt gebracht. Aber, wenn das das einzige Argument ist, Herr Kollege Illedits, (*Abg. Christian Illedits: Sie wollten oder wollen noch immer am Zwangsproporz festhalten.*) dann hätten Sie nur das bringen können.

Der Herr Kollege Pehm kritisiert Initiativen im landwirtschaftlichen Bereich, die ich genauso kritisieren könnte, wie alle anderen Landtagsbeschlüsse und Landesregierungsbeschlüsse. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Ich kritisiere es nicht! Ich weise nur darauf hin, was Sie einbringen.*) Sie haben es ins Lächerliche gezogen. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Banalitäten!*)

Sie werden ja hoffentlich der Auffassung sein, (*Abg. Mag. Georg Pehm: Banalitäten! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) wenn Ihre vier

Regierungskollegen, die Ihrer Partei angehören, auch der Auffassung sind, dass diese Regierungsbeschlüsse wichtig sind, dann ziehen Sie die ins Lächerliche? *(Abg. Mag. Georg Pehm: Nein, Nein! Das habe ich auch nicht gesagt.)*

Dann sollten Sie einmal mit den eigenen KollegInnen reden, warum Sie solchen skandalösen Beschlüssen zustimmen können. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich möchte nur einmal noch festhalten: Diese Inserate, die am Sonntag in den Tageszeitungen Kurier und Krone erschienen sind, die am Mittwoch in den Wochenzeitungen BVZ und Bezirksblatt erschienen sind, tragen zu Recht das Briefpapier und den Briefkopf des Landeshauptmann-Stellvertreters, denn Franz Steindl ist Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes. Aber, bezahlt hat diese Inserate die Landesparteileitung der ÖVP. *(Abg. Christian Illedits: Dann müsste auch ÖVP stehen. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn Sie in Ihren Inseraten von burgenlandfeindlichen Aktionen sprechen, dann muss ich das schon hinterfragen.

Wenn jemand zum Landtag gewählt wird, wenn jemand in die Regierung gewählt wird, dann gehe ich davon aus, dass es absolut unerträglich ist, wenn man hier seine Zeit aufwendet.

Wir wenden heute sehr viel Zeit auf, um hier gemeinsam zu diskutieren. Wir haben auch sehr viel Zeit in die Vorbereitung und in die Verhandlungen zu dieser Verfassungsreform gesteckt. Als Rückantwort erhält man dann, man sei burgenlandfeindlich, weil man bei einem konkreten Punkt - Kollege Illedits hat es ja jetzt Gott sei Dank gesagt - nicht die Zustimmung gegeben hat. *(Abg. Christian Illedits: Ein sehr wichtiger!)*

Deshalb muss man aus der Landesregierung. Deshalb muss man den Landtag sofort auflösen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Werte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ! Ich bin mir sicher, dass Sie hier auch nicht mit Herzblut argumentieren. Wo ist die Leidenschaft? Wo ist der große Skandal, der diese Auflösung notwendig macht? Das ist alles Inszenierung und Schein. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Schon vier Jahre! - Beifall bei der ÖVP)*

Interessant ist für mich nur eines: Der Kollege Hergovich hat meinen Newsletter zitiert. Ich muss ganz offen gestehen, dass ich nicht dazu bereit bin, dass ich die Newsletter und Veröffentlichung anderer Parteien hier zum Besten gebe.

Ich möchte nur, aus meiner Sicht, wiederholen, was die Kernangebote der ÖVP sind.

Die Kernangebote waren 500 Startjobs bei diesem Budget. Sie haben gesagt, dass das keine gute Idee ist. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Die Hälfte von dem, was geht! – Abg. Kurt Lentsch: Zusätzlich!)*

Kollege Pehm! Der Herr Abgeordnete Tschürtz hat es heute schon erwähnt. Diese Argumente sind bereits gefallen, aber lassen Sie mich fertig argumentieren. 500 Startjobs. Da kann man sagen, dass diese Idee nicht in Ordnung ist oder dass sie einem nicht gefällt. Gut, es war ein Angebot der ÖVP. Sie haben gesagt: Nein!

Wir haben gesagt, wir möchten den Haftungsrahmen für die burgenländischen Betriebe erweitern. Sie haben gesagt: Nein! Wir haben 5 Millionen Euro zusätzlich für burgenländische Gemeinden angeregt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe nirgends in all diesen Argumentationen gehört, wie wir diese 5 Millionen Euro auf die Gemeinden aufteilen wollen. Sie argumentieren: Im Gießkannenprinzip! (Abg. Mag. Georg Pehm: Sie bestreiten dies. Kennen Sie Ihre eigenen Anträge nicht?) Kollege Pehm! (Abg. Mag. Georg Pehm: Lesen Sie Ihre eigenen Anträge. Bitte.)

Ich habe Ihnen schon gesagt, was ich von solchen Unterstellungen zum intellektuellen Vermögen oder Unvermögen von Kollegen halte. (Abg. Mag. Georg Pehm: Ich lese Ihnen dann Ihre eigenen Anträge vor.) Sie können sich gern noch einmal beweisen. Ich weiß, es ist eine Ihrer letzten Chancen, dass hier noch einmal zeigen, dass Sie uns allen intellektuell weit überlegen sind.

Ich bin nur froh, dass die Fachhochschulstudiengänge im Burgenland einen derartig kompetenten Chef bekommen werden und dann endlich, zumindest hier im Landtag, ein Schlussstrich gezogen ist. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Paul Fasching: Ah so? Hört! Hört! - Beifall bei der ÖVP)

Die SPÖ hat diesen Budgetvorschlägen nicht zugestimmt. Sie möchte uns, nur weil sie zugestimmt hat, weismachen, dass alle Initiativen, die in diesem Land passieren, nur aufgrund des Budgets stattfinden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Schauen Sie sich in den Gemeinden des Burgenlandes um. Würde in jeder Gemeinde Stillstand herrschen, wo eine Fraktion dem Budget nicht zustimmt, würden wir sofort den Gemeinderat auflösen und der Bürgermeister würde zurücktreten, dann würde es schön ausschauen. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Das ist heute ihre einzige einleuchtende Argumentation gewesen. Die nimmt Ihnen national und auch im Burgenland niemand ab. (Abg. Christian Illedits: Keine Gemeinde kann ihren Gemeinderat auflösen? Das glauben Sie doch selber nicht? - Beifall bei der ÖVP - Abg. Christian Illedits: Er hat nichts zu verwalten.)

Präsident Walter Prior: Herr Kollege Sagartz! Sie haben mich jetzt einigermaßen überrascht, weil Sie gemeint haben, ich hätte irgendwann eine Zufahrtsstraße verlangt. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, dass ich bisher irgendwo eine Zufahrtsstraße verlangt hätte. (Abg. Christian Illedits: Nein. - Abg. Christian Sagartz, BA: Den Herrn Landtagspräsident Lentsch habe ich gemeint. - Abg. Paul Fasching: Lentsch! - Abg. Christian Illedits: Gut.)

Das müssen Sie dann aber auch noch dazusagen. (Abg. Christian Illedits: Ich habe mich auch schon gewundert. - Abg. Christian Sagartz, BA: Ich hatte in dem Fall den Blickkontakt zum Herrn Kollegen Lentsch. – Abg. Kurt Lentsch zum Präsidenten Walter Prior: Das täte Dir aber auch gut zu Gesicht stehen, wenn Du es gefordert hättest, Herr Präsident. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Er wäre in guter Gesellschaft.)

Mag sein! Aber, ich habe mich betroffen gefühlt und wusste nicht, wo ich das gefordert hätte. (Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist korrekt.)

Ich bin gerne bereit, irgendwo eine Straße zu verlangen, aber ich habe mich diesbezüglich nicht ganz ausgekannt. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Georg Pehm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Georg Pehm (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Sie haben vorhin, als Ihnen der Kollege Illedits selbstverständlich

wahrheitsgemäß gesagt hat, dass die ÖVP und Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl für die vorzeitige Auflösung des Burgenländischen Landtages verantwortlich ist, ziemlich aufgeheult. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber es ist wahr, denn Sie haben als christliche Partei ein Problem mit der Bibel. Dort hätten Sie öfter reinschauen *(Heiterkeit bei den ÖVP-Abgeordneten)* und zum Beispiel aufnehmen sollen, was bei Lukas 16₁₃ steht.

Wissen Sie, was bei Lukas 16₁₃ steht? *(Abg. Christian Sagartz, BA: Wir sind in Ihren Augen wahrscheinlich nicht so intellektuell versiert.)*

Nein, Herr Kollege Sagartz, wenn Sie reinschauen, dann werden Sie dort lesen: „Ihr könnt nicht beiden dienen.“ Was heißt: Ihr könnt nicht Regierung und gleichzeitig Opposition sein! Ihr müsst Euch entscheiden! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, muten wir das den Burgenländerinnen und Burgenländern nicht länger zu, sondern haben uns dafür eingesetzt, dass sehr rasch klare Verhältnisse für dieses Land herrschen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Kollege Strommer, an Sie persönlich: Ich nehme den Ausdruck, den ich vorhin in einem Zwischenruf verwendet habe und jetzt nicht wiederholen möchte, mit Bedauern zurück. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, ich möchte schon auch darauf hinweisen, warum das passiert.

Das passiert deswegen, weil Sie seit vielen Wochen, obwohl ich Sie im Vier-Augen-Gespräch, am Gang oder zuletzt auch hier im Hohen Haus immer wieder darauf aufmerksam gemacht habe zu respektieren, dass SPÖ „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ heißt.

Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht permanent aus Boshaftigkeit etwas anderes zu sagen, denn sonst müsste ich Ihnen unterstellen, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sagen Sie das auch der sozialistischen Jugend!)* dass Sie nicht in der Lage sind, sich die paar Wörter und die paar Silben zu merken. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sagen Sie das auch der sozialistischen Jugend! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bitte Sie also zu respektieren, dass SPÖ Sozialdemokratische Partei heißt. Das ist ein Mindestmaß an Fairness, das Sie auch im Wahlkampf noch berücksichtigen sollten, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte mich jetzt inhaltlich mit der Fragestellung auseinandersetzen, weil das, Herr Kollege Tschürtz, überhaupt keine Farce ist, dass heute die Sozialdemokratie die Frage, wie können wir mehr Beschäftigung schaffen, wie können wir die Wirtschaft ankurbeln, in den Mittelpunkt dieser Landtagssitzung stellt.

Das ist sogar sehr wichtig.

Denn, wir verzeichnen heute Tag 458 nach dieser Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers in New York am 15. September 2008 ausgelöst wurde. Wissen Sie, was seit dem passiert ist?

Es ist Vermögen von weltweit 11,9 Billionen US-Dollar vernichtet worden.

11.900 Milliarden Dollar sind an Wertschöpfung vernichtet worden, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Deshalb lösen wir jetzt den Landtag auf!)* wofür Männer und Frauen auf dieser Welt gearbeitet haben.

Das hat dazu geführt, dass Millionen von Menschen ihr Ersparnis verloren haben, dass Millionen von Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und dass insbesondere unzählige kleinere und mittlere Unternehmen nicht mithalten konnten und in die Knie gegangen sind.

Das ist überhaupt keine Farce, sich damit zu beschäftigen und zu sagen: Was tun wir im Burgenland, um diese Krise wirkungsvoll zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Menschen arbeitslos werden (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Diese Frage ist an den Bund zu stellen.*) und die, die es werden, eine Perspektive haben?

Wir wollen diesen Menschen helfen, Frau Kollegin Krojer. Deswegen diskutieren wir das und deswegen haben wir auch einen dringlichen Antrag eingebracht. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Eure Intention ist entlarvend! – Beifall bei der SPÖ*)

Wahr ist auch, dass das Burgenland, und da gebe ich allen recht, in dieser Krise einen Vorteil hat, weil wir strukturell nicht die großen Industriebetriebe haben, die jetzt in besonderer Weise von der Wirtschaftskrise betroffen sind. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber, auf der anderen Seite ist auch wahr, dass wir mit jenen Möglichkeiten, die wir tatsächlich im Land haben, auch die richtigen Maßnahmen im Land gesetzt haben.

Wir haben Investitionen geschaffen, kleinen und mittleren Unternehmen unter die Arme gegriffen und insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen eingeleitet und umgesetzt.

Das hat - und das darf man an dieser Stelle natürlich sagen - das Burgenland in eine bessere Situation versetzt und mit dazu beigetragen, dass das Burgenland diese Krise besser überstanden und bewältigt hat, als viele andere Regionen.

Das ist sehr wohl ein Erfolg dieser Burgenländischen Landesregierung unter der Leitung von Landeshauptmann Hans Niessl. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sagartz! Sie haben dieses Buch „Zukunft beginnt nach dem Tellerrand“ angesprochen. Das ist wirklich ein gutes Buch. (*Abg. Christian Sagartz, BA: Ich habe es bestellt!*)

Es sind Inhalte von 25 Autorinnen und Autoren, (*Abg. Christian Sagartz, BA: Wie gesagt: Ich habe es bestellt.*) sehr hochkarätige und kompetente Menschen, die hier mitgeschrieben und mitgewirkt haben. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Horst Horvath hat es mir persönlich gebracht. Ich habe es bezahlt!*) Das ist wunderbar Herr Kollege Strommer! (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ich habe es aber noch nicht gelesen.*)

Ich bedanke mich im Namen der 25 Autorinnen und Autoren. Ich glaube, dass es tatsächlich ein guter Beitrag ist, um über die wirtschaftspolitische Entwicklung im Burgenland zu diskutieren.

Ich könnte jetzt, zum Beispiel, mehrere Daten und Fakten vom Dr. Helmenstein, vom Chefökonom der Industriellenvereinigung nennen, der nachweist, dass das Burgenland bei der Beschäftigung besser liegt als andere Regionen, dass das Burgenland im Wirtschaftswachstum besser liegt, als andere Regionen, und dass das Burgenland vor allem in der Neustrukturierung seiner Wirtschaft mehr zu Stande gebracht hat als andere Regionen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Mich selbst freut ganz besonders, dass wir es geschafft haben, beim Einkommen zuzulegen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Bei uns ist es wirklich super!*)

Frau Kollegin Krojer! (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Bei uns ist es so super. Da brauchen wir wirklich nichts mehr unternehmen.*) Ich kann Ihnen das dann gerne zur Verfügung stellen, weil Ihre polemischen Zwischenrufe (*Abg. Maga. Margarethe Krojer:*

Nichts mehr brauchen wir machen. So einfach ist das.) einfach dem Burgenland unrecht tun.

Sie tun den Burgenländerinnen und Burgenländern total unrecht. Sie negieren die Tatsache, dass das Burgenland mit einem durchschnittlichen Einkommen von 24.200 Euro an dritter Stelle aller Bundesländer liegt.

Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis. Bitte nehmen Sie das doch zur Kenntnis, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer hier massiv aufgeholt haben. Oder, die Kaufpreisstudie 2008. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Oberösterreich liegt aber vor dem Burgenland.)*

Da steht, dass das Burgenland vom letzten oder vorletzten Platz bei der Kaufkraft auf den vierten Platz nach vorne gekommen ist.

Das hat sogar die konservative Presse anerkannt, in dem sie geschrieben hat: Aus dem Aschenputtel unter den österreichischen Bundesländern ist ein Spitzenreiter geworden! *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bitte Sie, das bringt Ihnen doch nichts, wenn Sie negieren, dass sich das Burgenland in den vergangenen Jahren hier ganz erfolgreich entwickelt hat und die Burgenländerinnen und Burgenländer wesentlich aufgeholt haben.

Da würde ich Sie schon bitten, das auch zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dies auch deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil das keine Daten sind, die wir erfinden, Frau Kollegin Krojer.

Das weist Statistik Austria nach, das weist das Wirtschaftsforschungsinstitut nach. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das sind doch Arbeitsplätze, die in Wien und hoch dotiert sind.)*

Das weist das Arbeitsmarktservice nach, das weist die Industriellenvereinigung nach. Das weist OGM nach. Ich könnte Ihnen noch einige andere unabhängige, objektive Institutionen nennen, die hier belegen, dass das Burgenland in den vergangenen Jahren einen eindrucksvollen Aufstieg hinter sich gebracht hat. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Warum sage ich das? Dieser Aufstieg hat jetzt dazu geführt, dass wir eine bessere Ausgangsposition haben, diese Krise erfolgreich zu überwinden, als das der Fall wäre, wenn wir nicht eine erfolgreiche Politik umgesetzt hätten.

Frau Kollegin Krojer! Ich komme jetzt ganz konkret zu Ihrem Antrag, weil Sie doch gesagt haben, und ich nehme das sehr ernst, wir wollen konkret über die Inhalte sprechen und da bringen Sie welche ein.

Mit Wertschätzung gesagt tut es mir leid, dass ich Sie auf unserem Zukunftsparteitag, auf unserer Zukunftskonferenz im Oktober nicht erkennen konnte. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ich war dort!)* Aber, Sie waren offensichtlich dort.

Denn, was Sie hier in diesem Antrag auflisten, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Euer „Blabla“ kennt man ohnehin!)* ist eine wunderbare Wiedergabe jenes politischen Konzeptes, das wir zusammengestellt haben. *(Abg. Ewald Gossy. Wahrscheinlich ist es abgeschrieben. - Abg. Maga. Margarethe Krojer: Rhetorisch passt es wunderbar! Rhetorisch ist es super! Aber nur rhetorisch! - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Frau Kollegin Krojer! Ich möchte Sie bitten, mir nur noch einen kurzen Moment zu folgen. Wir Burgenländerinnen und Burgenländer schreiben Zukunft. Zukunftsforum Oktober 2009. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Warum stimmt Ihr dann nicht unserem Antrag zu, wenn unser Antrag so super ist?)*

Das wissen Sie noch nicht! *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wenn unser Antrag so super ist, warum stimmt Ihr dann nicht zu?)* Warten Sie ab, Frau Kollegin.

Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Kapitel 1, erster Satz: *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wissen Sie, was hier bei Arbeitsmarkt und Wirtschaft im ersten Satz steht? Vollbeschäftigung durch ökologisches Wachstum! *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wischi Waschi!)*

Ich danke Ihnen, dass Sie diesen Punkt ... *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Was machen wir? Gasheizungen und so fort.)*

Präsident Walter Prior *(das Glockenzeichen gebend)*: Frau Kollegin Krojer! Ich habe ja nichts gegen einen Zwischenruf, aber Sie sind als Nächste zu Wort gemeldet.

Ich würde Sie bitten, sich das alles aufzuheben.

Bitte Herr Kollege Pehm.

Abgeordneter Mag. Georg Pehm (SPÖ) *(fortsetzend)*: Nein, wirklich, ich freue mich darüber, dass wir in der Zielsetzung, in der Grundaussage dieses Antrages, in eine Richtung gehen: Nämlich, die Wirtschaft zu stärken, in dem wir ökologisches Wachstum in den Vordergrund stellen.

Ich möchte auch in aller Kürze Ihre Punkte einzeln durchgehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Beim Sanierungsscheck haben Sie mit uns einen Mitstreiter. Wir haben begrüßt, dass die Bundesregierung 100 Millionen Euro - 50 für Betriebe, 50 für Privathaushalte - zur Verfügung stellt.

Wir sind jetzt die Ersten, die Minister Hundstorfer Rückenwind geben, denn der sagt, dass wir ein weiteres Konjunkturpaket mit dem Schwerpunkt Sanierung benötigen.

Da haben Sie Recht, denn das bringt insbesondere Arbeitsplätze im Inland. Auch bei den verstärkten Förderungen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind wir bei Ihnen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ihr habt doch einen eigenen Antrag gestellt.)*

Da haben wir auch in der Wohnbauförderung mehrere Schritte unternommen, dass wir vom Niedrigenergiehaus sogar in Richtung Passivhaus gehen. Ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen. Das ist Realität und das ist umgesetzt.

Auch bei der Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe finden Sie in uns ganz ehrlich den ersten Mitstreiter. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Dann stimmt doch zu!)*

Selbstverständlich wollen wir im Rahmen der Ausschreibungskriterien jene Betriebe wirken lassen, die im Burgenland ansässig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich kann Ihnen sagen, dass beim „Roten Haus“, wo wir selber, und nur die SPÖ, verantwortlich gewesen ist, bis auf zwei Unternehmen ausnahmslos burgenländische Unternehmen beschäftigt waren und Aufträge erfüllt haben.

Wer nicht aus dem Burgenland kam, war einerseits die Aufzugsfirma und das andere eine Sicherheitsfirma.

Angebote, die es in dieser Form im Burgenland leider nicht gegeben hat.

Aber, alle anderen Gewerke stammen von burgenländischen Unternehmen. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist leider falsch!*) In der Seewinkeltherme, Sie wissen das, sind ein Großteil, nämlich der überwiegende Teil aller Aufträge, von burgenländischen Unternehmen bewältigt worden. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist leider falsch!*)

Das ist Wirtschaftsförderung, wie wir sie verstehen. Da ist es uns sehr gut gelungen, die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe umzusetzen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wir haben nur Grenzen durch die Ausschreibung, aber, das wissen Sie ohnehin. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Da bist Du aber schlecht informiert. Da bist Du wirklich sehr schlecht informiert.*)

Das finde ich unfair, dass Sie uns da kritisieren.

Der nächste Punkt betrifft den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Frau Kollegin Krojer! (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Da fordern Sie hier den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, dann führen wir einen Gratiskindergarten ein (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wir haben keinen Gratiskindergarten!*) und wer ist dagegen, wer kritisiert in einem fort? (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Wer hat denn einen Gratiskindergarten? – Abg. Josko Vlasich: Wo ist denn der Gratiskindergarten?*) Die Grünen!

Hier machen Sie eine vollkommen doppelbödiges Politik! Da habe ich überhaupt kein Verständnis für Ihre Gegenschüsse, die Sie hier gegen den Gratiskindergarten einwenden, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Der nächste Punkt bezieht sich auf die Förderung der mobilen Pflege sowie der alternativen Pflegemodelle. Wissen Sie, was im Nachtragsvoranschlag enthalten war, wo Sie dagegen gestimmt haben? (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Weil Ihr zuwenig budgetiert habt!*)

Drei Millionen Euro sind (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Weil Ihr zuwenig budgetiert habt.*) zum Ausbau der Pflegeeinrichtungen enthalten gewesen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Das ist lächerlich!*)

Weiters fordern Sie eine verstärkte Qualifizierung und Ausbildung von Pflegekräften.

Frau Kollegin Krojer! Bitte informieren Sie sich. In Oberwart haben wir jetzt kürzlich einen zweiten Klassenzug eingerichtet, damit hier mehr Fachkräfte ausgebildet werden können. In der Fachhochschule in Bad Tatzmannsdorf ist mit Physiotherapie ein eigener Ausbildungszweig errichtet worden.

Wir haben in der Zweigstelle in Frauenkirchen zwei neue Lehrgänge eingerichtet, um genau diese Berufe auszubilden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Was glauben Sie, was in diesem Bereich ausgebildet worden ist?

600 junge Männer und Frauen sind für den Pflegebereich ausgebildet worden. Das sind Fakten! Da müssen wir weitermachen, da gebe ich Ihnen recht, aber, da ist auch etwas vorzuweisen und da ist etwas geschehen im Burgenland.

Ich bitte Sie nur fairerweise das auch zur Kenntnis zu nehmen, in dieser gesamten Auseinandersetzung. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich habe schon einmal mit dem Kollegen Vlasich eine Diskussion über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geführt. Wir haben große Übereinstimmung gefunden.

Ende der 80er Jahre, als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Aktion 8000 und sozialökonomische Beschäftigungsbetriebe initiiert worden sind, war ich einer der Ersten, die hier im Burgenland und in Wien mitgeholfen haben.

Das sind gute Instrumente, die wir auch weiter entwickeln müssen. Aber, da höre ich kein einziges Wort seitens der ÖVP, weil die Wirtschaft voll auf der Bremse steht, weil sie befürchten, zusätzliche Konkurrenz zu bekommen.

Ich möchte Sie auch bitten, sich dafür zu verwenden, dass hier die Vertreter der Wirtschaftskammer in den Gremien des Arbeitsmarktservice auch entsprechend diese Instrumente zur aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstützen.

Frau Kollegin Krojer! Ihr Antrag, und das freut uns wirklich sehr, ist in der Tat eine Auflistung von sozialdemokratischen Konzepten, die wir im Oktober bereits in diesem Büchlein, das ich Ihnen dann gerne zur Verfügung stelle, auch schon dargelegt haben.

Wir laden Sie sehr herzlich ein, mit uns diese Politik auch umzusetzen, denn da geht im Burgenland etwas weiter, was ich auch mit mehreren Daten und Fakten belegen konnte. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich bitte Sie, unterstützen Sie uns da und tun Sie mit! *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es tut mir leid, aber, ich muss, weil das fast könnte man sagen penetrant von der ÖVP immer wieder ins Spiel gebracht worden ist, die ÖVP-Anträge vom November und vom Februar des Vorjahres wiederholen. Zum Glück sind ja heute einige Dinge, wie zum Beispiel im Landhaus eine neue Bank einzurichten, nicht mehr wirklich ventiliert worden. Da hat die ÖVP dazu gelernt.

Aber, wie schauen die verbliebenen Vorstellungen aus? Da ist zunächst der Punkt, dass Sie den Haftungsrahmen mehr als verdoppeln wollen. Ja, Sie können sich erinnern, es waren der Herr Landeshauptmann und der Herr Landesrat Bieler, die sich dazu bereit erklärt und den Vorstoß übernommen haben, diesen Haftungsrahmen zu ergänzen und aufzustocken. Heute ist er zu 75 Prozent ausgelastet, aber nicht zur Gänze.

Wenn gestern der Herr Liebscher in der ZIB 2 sagt, er ist der Meinung, der Höhepunkt dieser Wirtschaftskrise könnte vorbei sein, dann schauen wir uns das an, wie sich das entwickelt. Ich kann Ihnen sagen, wenn es notwendig ist, die Haftungen für kleine, mittlere Unternehmen aufzustocken, dann werden wir das tun.

Aber uns stört massiv Ihre Doppelbödigkeit. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter stellt sich hin, fasst alle Schulden, Haftungen in einem Betrag zusammen und spricht davon, dass das Land Burgenland mit einer Milliarde Euro hochgradig verschuldet wäre.

Das ist unredlich. Vor allem dann, wenn Sie im selben Moment eine Verzweieinhalbfachung des Haftungsrahmens fordern. Denn da widersprechen Sie sich selbst. Daher ist das, was Sie da machen, keine Wirtschaftspolitik, sondern eine windige Politik, je nachdem wo man ein Fähnchen in den Wind hängt.

Die Wirtschaftspolitik im Burgenland braucht Sicherheit und Stabilität und das versuchen wir umzusetzen.

Der Herr Kollege Sagartz liest ja die ÖVP-Anträge nicht. Weil wenn er sie lesen würde, dann könnte er nicht etwas sagen, was nicht den Tatsachen entspricht.

Ich lese Ihnen Ihren eigenen Antrag vom 5. Februar 2009 vor. Da steht zum Punkt „Fünf Millionen Euro für burgenländische Gemeinden“, Antrag der Frau Kollegin Gottweis, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung, wörtlich, ich zitiere:

Für das Jahr 2009 soll das Land Burgenland für alle 171 Gemeinden eine Gesamtsumme von fünf Millionen Euro zur Verfügung stellen. Jede Gemeinde soll anteilig nach ihrer Größe, (*Zwischenruf der Abg. Andrea Gottweis*) Frau Kollegin Gottweis, nach ihrer Größe einen konkreten Betrag erhalten.

Das kritisieren wir und das wollen Sie nicht verstehen, weil Sie einen Fehler gemacht haben.

Korrigieren Sie den Antrag, bringen Sie einen Abänderungsantrag ein. (*Abg. Andrea Gottweis: Haben wir schon!*) Wenn Sie das tun, jeder Gemeinde nach der Kopffanzahl seiner Bürgerinnen und Bürger fünf Millionen Euro auszuschütten, dann bekommen die Gemeinden im Durchschnitt 29.000 Euro.

Das ist nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Das ist Gießkannenpolitik. Und Gießkanne bedeutet, da fördert man kein Pflänzchen, (*Zwischenruf der Abg. Andrea Gottweis*) sondern man vergeudet wesentliche Mittel, die anders eingesetzt werden können.

Also, wir wollen, dass die Kommunen bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise mitmachen, aber nicht mit ineffektiven Maßnahmen, sondern mit konkreten Projekten in allen Bereichen.

Im Bereich der Bildung, im Bereich der Pflege, im Bereich der Gesundheit. Das bringt nachhaltig etwas und das bringt vor allem nachhaltige Arbeitsplätze und nicht etwas, wo sie irgendein Wahlzuckerl vergeben wollen. Dagegen wehren wir uns! (*Beifall bei der SPÖ*)

Noch ein Wort zu ihrem „Gschichtl“ von den 500 Start Jobs. Also, das können Sie niemandem weismachen. Da fordern Sie Geld für 500 Jobs. Aber lehnen im selben Moment Geld für 1.000 Jobs für junge Menschen, für eine Ausbildungsgarantie ab.

Damit nehmen Sie sich selber nicht ernst. Auch wenn Sie das auf Ihre Wahlplakate picken, es wird ihnen niemand glauben. Denn wer 1.000 Möglichkeiten für junge Leute ablehnt, der kann schwer vermitteln, dass er sich schon mit der Hälfte zufrieden gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen von der ÖVP und Herren von der ÖVP! Ihre Modelle sind keine ernst zu nehmenden Modelle. Sie sind entweder unbrauchbar, wie diese Landesbank im Landhaus oder sie sind ineffizient, weil Steuergeld als Füllhorn über die Gemeinden ausgeschüttet werden soll, ohne wirklichen Effekt. Oder sie sind fast zynisch, weil sie 500 Jobs für junge Leute zwar propagieren, aber bei 1.000 Jobs für junge Leute „nein“ sagen. Damit hat sich der Wirtschaftsreferent von der Wirtschaftspolitik in diesem Land vollkommen abgemeldet.

Frau Kollegin Gottweis, ich bin froh, dass in dieses Vakuum, das mit dem Abgang von Karl Kaplan in der Wirtschaftspolitik der ÖVP entstanden ist, jetzt wenigstens die Wirtschaftskammer eingesprungen ist und gemeinsam mit der Arbeiterkammer und dem Land Burgenland, Konzepte auf den Tisch legen, die gegen die Krise wirken. (*Abg. Matthias Weghofer: Du machst aber auch einen schlechten Abgang! – Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Abg. Matthias Weghofer: Das war ein schlechter Abgang!*) Die Zielrichtungen unserer Politik konnte ich kennzeichnen. Sie sind

auch Bestandteil des Dringlichkeitsantrages, den der Herr Kollege Illedits bereits begründet und eingebracht hat.

In diesem Sinne möchten wir diesen Dringlichkeitsantrag, plus der Verstärkung unserer Zielrichtung erneuerbare Energie, einen Abänderungsantrag einbringen.

Dieser bildet zusammen mit dem Dringlichkeitsantrag vom Kollegen Illedits unsere Vorwärtsstrategie in der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Er betont, dass gerade im Bereich des Klimaschutzes, des Umweltschutzes und im Bereich erneuerbare Energie, im wahrsten Sinn des Wortes mehr Wind von der Bundesregierung kommen muss.

Der Kollege Strommer hat schon darauf hingewiesen. Der Abänderungsantrag liegt allen Fraktionen vor. Auch den Grünen, auch den Freiheitlichen. Ich beschränke mich also auf die Verlesung der Schlussformel, die lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, massive Impulse zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau von erneuerbaren Energien wie Biomasse, Biogas, Geothermie, Photovoltaik, Windenergie oder Solarthermie zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir in diesem Punkt gemeinsam an einem Strang ziehen, und dazu lade ich insbesondere die ÖVP ein, dann kann uns noch einiges gelingen, dass das Burgenland die Krise gut bewältigt. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Georg Pehm übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten)*

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Der mir überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen ist gehö­rig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich abermals der Frau Abgeordneten Maga. Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ein paar Sätze zu diesem Abänderungsantrag sagen, der mir bei meinem Redebeitrag noch nicht vorgelegen ist, mir jetzt aber vorliegt.

Es ist zu wenig, in bunte Heftchen schöne Worte zu schreiben. Denn, Herr Kollege Pehm, wenn Sie der Meinung sind, dass unser Antrag alles beinhaltet, was hier auch drinnen steht, dann frage ich mich, warum haben Sie nicht einfach gesagt: „Ja, Euer Antrag ist gut, der Meinung sind wir auch, wir stimmen Eurem Antrag zu“. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Hab ich ja begründet!)*

Aber, was haben Sie gemacht? Sie lehnen unseren Antrag ab. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Nein!)* Na, dann stimmen Sie zu. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Wir haben Vieles von Ihrem Antrag drinnen! Wir übernehmen Ihren Antrag!)* Nein. Noch einmal. Die Analyse, die Argumente, die haben Sie übernommen von unserem Antrag. Nur, wo sind die Taten?

Das ist genau das, was ich gesagt habe. Unser ganzer Antrag war nur das, was wir vorschlagen, was aus unserer Sicht jetzt zu arbeiten ist. Sie gehen her und sagen, es ist super. Steht alles in dem „Heftl“. *(Abg. Christian Illedits: Hat er nicht gesagt!)*

Aber tun wir es nicht. Das brauchen wir nicht. Sie gehen her, schieben die Verantwortung ab und sagen, der Burgenländische Landtag wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten.

Ich meine, das ist für mich typisch. Statt selber zu handeln, (*Abg. Christian Illedits: Das tun wir ja!*) geben Sie Aufträge. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Sie haben nicht zugehört!*) Sie schicken wertlose Papiere (*Abg. Mag. Georg Pehm: Sie haben nicht zugehört!*) nach Wien, lehnen unseren Antrag ab. Das ist politische Arbeit? Nein danke. (*Abg. Mag. Georg Pehm: Ich habe gesagt, mit beiden Anträgen! Sie haben mir überhaupt nicht zugehört!*)

Präsident Walter Prior: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Pehm eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer und Mag. Josko Vlasich auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftsförderung, Zahl 19 - 866, Beilage 1386, ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die nächste Sitzung des Landtages findet am Montag, dem 21. Dezember 2009, um 10.00 Uhr statt.

Außerdem möchte ich mitteilen und Sie ersuchen, gleich ihre Plätze zu behalten, damit die Sitzung des Rechtsausschusses im Anschluss an diese Landtagssitzung stattfinden kann.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ich bitte Herrn Kollegen Moser, den Vorsitz im Rechtsausschuss zu übernehmen.

Ich darf ersuchen, dass die Damen und Herren auf der Galerie bitte den Sitzungssaal verlassen, weil die Ausschusssitzungen nicht öffentlich sind. Danke schön!

Schluss der Sitzung: 15 Uhr 39 Minuten